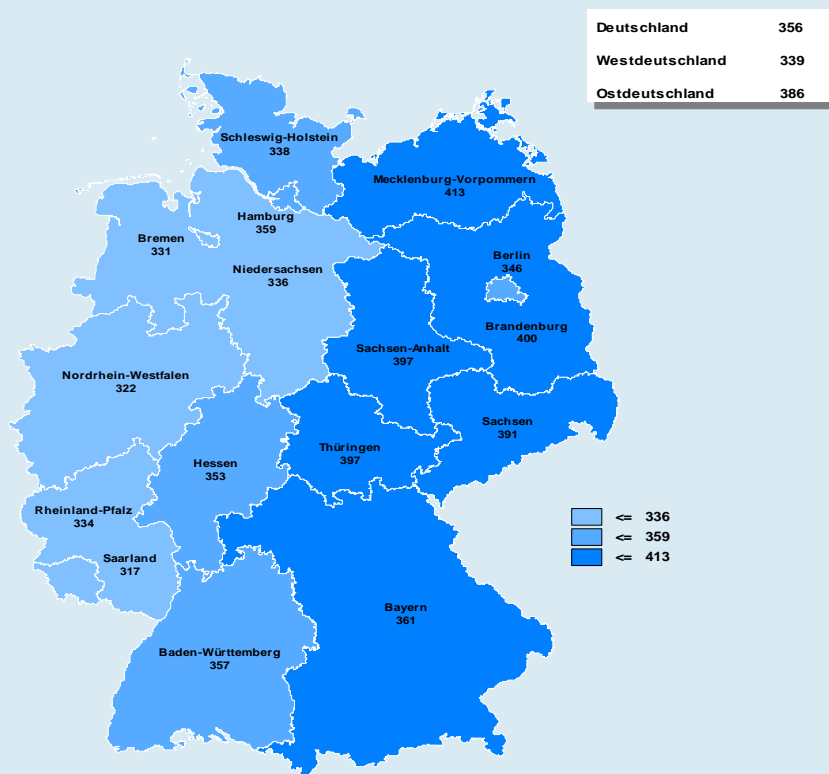


Bericht der Statistik der BA

August 2007

Durchschnittliches anrechenbares Einkommen aus Erwerbstätigkeit von Bedarfsgemeinschaften nach Bundesländern in Euro

- Januar 2007 -



Grundsicherung für Arbeitsuchende:
Anrechenbare Einkommen und
Erwerbstätigkeit



Bundesagentur für Arbeit
Statistik

Bundesagentur für Arbeit
Statistik
Regensburger Straße 104

90478 Nürnberg

Autoren: Michael Hartmann

Telefon 0911 179 - 3611
Telefax 0911 179 - 1014

Robert Bergdolt

Telefon 0911 179 - 2428

Internet: <http://statistik.arbeitsagentur.de>

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, 2007

Kenn-Nr. CF3/524 SB2.5

Nachdruck und Verbreitung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte vorbehalten.

Zitierhinweis:

Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Grundsicherung für Arbeitsuchende: Anrechenbare Einkommen und Erwerbstätigkeit. Nürnberg im August 2007.

Publikationen über den Arbeitsmarkt können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Darüber hinaus gehende detaillierte Statistiken werden ebenfalls im Internet veröffentlicht.

Berichte über den Arbeitsmarkt werden auf Grundlage des § 280 SGB III i.V.m. §§ 281, 283 SGB III sowie § 53 SGB II veröffentlicht. Sie werden kostenlos an Interessenten abgegeben.

Inhaltsverzeichnis

KURZ: DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE	- 4 -
1. METHODISCHE VORBEMERKUNGEN	- 5 -
2. GELDLEISTUNGEN AN BEDARFSGEMEINSCHAFTEN UND ANRECHNUNG VON EINKOMMEN	- 6 -
3. ERWERBSTÄTIGKEIT UND BEZUG VON LEISTUNGEN AUS DER GRUNDSICHERUNG	- 8 -
3.1 Erwerbsfähige Leistungsbezieher mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit.....	- 8 -
3.2 Bedarfsgemeinschaften mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	- 13 -
3.3 Struktur und Verteilung von Bruttoeinkommen nach Alter und Geschlecht	- 16 -
3.4 Geringfügige und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von erwerbsfähigen Leistungsbeziehern	- 17 -
4. ANRECHNUNG VON EINKOMMEN NACH REGIONEN	- 20 -
RECHTLICHE BESTIMMUNGEN ZUR ANRECHNUNG VON EINKOMMEN AUF DIE GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE	- 23 -
METHODISCHE ERLÄUTERUNGEN.....	- 24 -
TABELLENANHANG.....	- 30 -

Grundsicherung für Arbeitsuchende: Anrechenbare Einkommen und Erwerbstätigkeit

Kurz: Die wichtigsten Ergebnisse

Im Rahmen der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird u.a. über das Einkommen der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen berichtet. Ab dem Berichtsmonat Januar 2007 ist wieder eine zuverlässige Differenzierung nach **Einkommen aus Erwerbstätigkeit** möglich. In diesem Monat wurden für 3,77 Mio Bedarfsgemeinschaften durchschnittlich 822 Euro an passiven Leistungen der Grundsicherung für den Lebensunterhalt aufgewandt. Bei der Ermittlung des Anspruchs war **bei 2,22 Mio oder 59 Prozent der Bedarfsgemeinschaften eigenes Einkommen anrechenbar**. Im Durchschnitt wurden so vom Bedarf 434 Euro durch eigene Einkommensquellen gedeckt, am häufigsten durch Kindergeld und Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit. 139.000 oder 4 Prozent der Bedarfsgemeinschaften erhielten Leistungen aus der Grundsicherung ergänzend zu Leistungen aus dem SGB III.

In 989.000 Bedarfsgemeinschaften lebten **1.093.000 Leistungsbezieher, die Einkommen aus Erwerbstätigkeit erzielten**. Im Durchschnitt verdienten Hilfebedürftige durch ihre Erwerbstätigkeit ein Bruttoeinkommen von 617 Euro, wovon 289 Euro auf den Anspruch auf Grundsicherung anrechenbar waren. Bezogen auf alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erzielten damit 20 Prozent Erwerbseinkommen, zum **weitaus größten Teil in abhängiger Beschäftigung**. Von den Leistungsbeziehern mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit verdienten 558.000 ein Bruttoeinkommen bis zur Geringfügigkeitsgrenze von 400 Euro, 191.000 verdienten über 400 Euro und nicht mehr als 800 Euro und 344.000 über 800 Euro. Im Vergleich zu September 2005 – dem letzten auswertbaren Monat – hat die Zahl der erwerbstätigen Leistungsbezieher um 144.000 oder 15 Prozent zugenommen. Dabei war der Anstieg in den Einkommensklassen über 400 Euro deutlich stärker ausgeprägt als unterhalb dieser Grenze.

Das von den erwerbsfähigen Mitgliedern der Bedarfsgemeinschaft verdiente Einkommen wird der gesamten Bedarfsgemeinschaft zugerechnet und mindert entsprechend den Anspruch auf Hilfsleistungen. **Bedarfsgemeinschaften mit Brutto-Einkommen aus Erwerbstätigkeit** erhielten durchschnittlich 724 Euro passive Leistungen, im Vergleich zu 859 Euro für Bedarfsgemeinschaften ohne Erwerbseinkommen. Je mehr Brutto-Einkommen verdient wird, desto geringer fallen die passiven Geldleistungen aus. Dabei wird **Erwerbseinkommen vor allem von Paar-Bedarfsgemeinschaften erzielt**, und zwar besonders Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in Paar-Bedarfsgemeinschaften mehrere Personen Einkommen erzielen können.

Nach der integrierten Auswertung von Beschäftigten- und Grundsicherungsstatistik **erhielten 2,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und 12,5 Prozent der Minijobber ergänzende Leistungen** aus der Grundsicherung. Vor allem sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer, Ungelehrte und Teilzeitbeschäftigte sind überdurchschnittlich häufig auf Leistung aus der Grundsicherung angewiesen. Deutliche Unterschiede gibt es auch zwischen West und Ost: Während in Ostdeutschland 5,3 Prozent der sozialversicherungspflichtig und 27,9 Prozent der geringfügig entlohnt Beschäftigten Leistungen aus der Grundsicherung erhalten, belaufen sich in Westdeutschland diese Anteilswerte „nur“ auf 1,9 Prozent bzw. 10,0 Prozent.

1. Methodische Vorbemerkungen

Im Rahmen der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird u.a. über das Einkommen der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen berichtet. Ab dem Berichtsmonat Januar 2007 ist wieder eine zuverlässige Differenzierung nach **Einkommen aus Erwerbstätigkeit** möglich. Zuletzt wurden vollständige Ergebnisse aus der Grundsicherungsstatistik zu diesem Thema für den September 2005 veröffentlicht. In der Zwischenzeit standen zwar verwandte Darstellungen aus einer integrierten Auswertung von Beschäftigten- und Grundsicherungsstatistik zur Verfügung, damit konnten aber nicht alle Fragen beantwortet werden. Grund für die Unterbrechung war, dass – aufgrund der gesetzlichen Änderung der Freibetragsregelung – für eine Übergangszeit die Anrechnung von Erwerbseinkommen nicht mehr innerhalb des operativen Fachverfahrens A2LL, sondern über „Umgehungslösungen“ bearbeitet werden musste. Damit standen hinreichend differenzierte Daten aus A2LL für statistische Auswertungen zum Erwerbseinkommen nicht mehr zur Verfügung. Betroffen waren alle Arbeitsgemeinschaften aus Kommunen und Arbeitsagenturen (ARGEen). Mittlerweile ist die notwendige Funktionalität in A2LL implementiert und alle laufenden Fälle sind darüber bearbeitet, so dass die Fälle mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit ab Januar 2007 wieder vollständig differenziert im operativen Fachverfahren A2LL erfasst sind. Damit kann die vollständige Berichterstattung für die ARGEen wieder aufgenommen werden.

Für eine große Zahl zugelassener kommunaler Träger stehen inzwischen ebenfalls Daten über Einkommen der Hilfebedürftigen zur Verfügung. Ebenso gibt es Daten für die Agenturen in getrennter Trägerschaft. Allerdings bestehen angesichts methodischer Unterschiede gegenwärtig noch Hindernisse, die relevanten Fragestellungen zu Einkommen aus Erwerbstätigkeit in vergleichbare Darstellungen zu bringen. Die Auswertungen in diesem Bericht basieren daher auf Daten für Arbeitsgemeinschaften; sie können aber insgesamt als repräsentativ angesehen werden (siehe hierzu auch S. 26). Inhaltlich konzentriert sich der Bericht auf die Nutzung von statistischen Daten über anrechenbare Einkommen aus Erwerbstätigkeit.

Parallel wurde die integrierte Auswertung von Beschäftigten- und Grundsicherungsstatistik verbessert. Weitere methodische Erläuterungen dazu finden sich am Ende des Berichts, Ergebnisse im Abschnitt 3.4.

Einkommen

Die Gewährung der Leistungen zum Lebensunterhalt im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist abhängig von der Bedürftigkeit der Bedarfsgemeinschaft. Grundsätzlich müssen alle Einnahmen in Geld und Geldeswert mit Ausnahme bestimmter privilegierter Einnahmen bei der Bedürftigkeitsprüfung berücksichtigt werden. Die Summe der in die Prüfung einfließenden Einkommen wird als „**zu berücksichtigendes Einkommen**“ bezeichnet (auch: Brutto-Einkommen). Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben (sowie Betriebsausgaben bei Selbständigen) verbleibt das „**verfügbare Einkommen**“ (auch: Netto-Einkommen). Bei der Bedürftigkeitsprüfung bleiben bestimmte Einkommensanteile unberücksichtigt und bei bestimmten Einkommensarten werden Freibeträge gewährt. Das um diese Absetzungs- bzw. Freibeträge verminderte verfügbare Einkommen wird als „**anrechenbares Einkommen**“ bezeichnet. Die Summe aller anrechenbaren Einkommen der Personen in Bedarfsgemeinschaften zusammen ergibt das anrechenbare Einkommen der Bedarfsgemeinschaft. Siehe auch Kasten „Rechtliche Bestimmungen zur Anrechnung von Einkommen auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende“ auf Seite 23.

2. Geldleistungen an Bedarfsgemeinschaften und Anrechnung von Einkommen

Im Januar 2007 wurden für **3,77 Mio Bedarfsgemeinschaften durchschnittlich 822 Euro an passiven Geldleistungen der Grundsicherung** für den Lebensunterhalt aufgewandt.¹ Die Leistungen variieren nach Größe und Typ der Bedarfsgemeinschaft und reichen von durchschnittlich 694 Euro für einen allein stehenden Hilfebedürftigen bis zu durchschnittlich 1.120 Euro für ein Paar mit Kindern. Dabei gibt es auch innerhalb des gleichen Typs von Bedarfsgemeinschaften deutliche Unterschiede. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen variieren mit dem Mietniveau die Leistungen für Unterkunft und Heizung, zum andern erhalten nicht alle Bedarfsgemeinschaften einen befristeten Zuschlag nach dem vorherigen Arbeitslosengeldbezug oder Mehrbedarfe z.B. bei Schwangerschaft. Ein weiterer wichtiger Grund ist, dass der Bedarf in unterschiedlich großem Umfang durch eigenes Einkommen gedeckt wird.

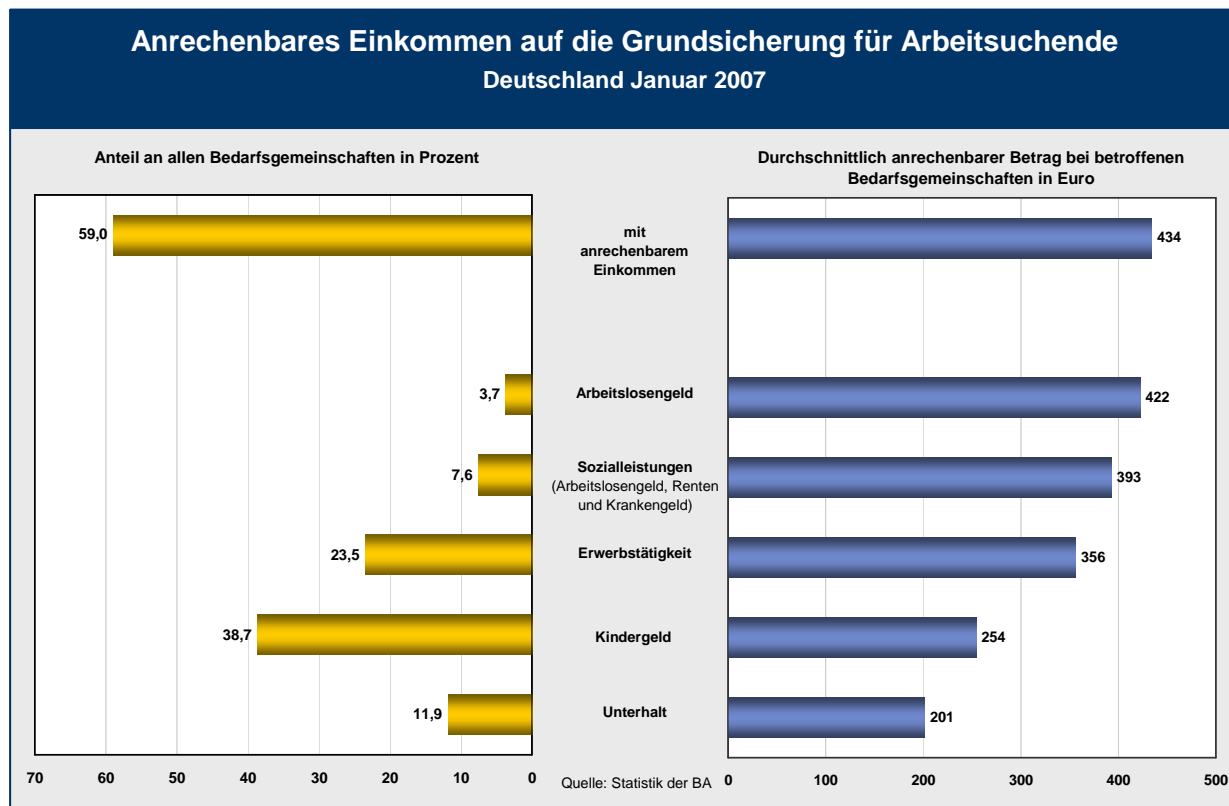
So waren im Januar 2007 bei **2,22 Mio oder 59 Prozent der Bedarfsgemeinschaften Einkommen auf den Bedarf an Geldleistungen aus der Grundsicherung anrechenbar**. Im Durchschnitt reduzierte das den Bedarf, der durch die Grundsicherung abzudecken ist, für die betroffenen Bedarfsgemeinschaften um 434 Euro.² Diese Bedarfsgemeinschaften erhielten durchschnittlich 834 Euro passive Geldleistungen, im Vergleich zu 809 Euro für Bedarfsgemeinschaften ohne Einkommen. Die Tatsache, dass Bedarfsgemeinschaften mit anrechenbarem Einkommen durchschnittlich einen höheren Leistungsbetrag erhalten, erklärt sich damit, dass sie sich häufiger aus mehr Mitgliedern zusammensetzen als Bedarfsgemeinschaften ohne anrechenbares Einkommen. Dieser zunächst unerwartete Effekt ist wesentlich beeinflusst durch das Kindergeld. Betrachtet man ausschließlich Erwerbseinkommen, so sieht man bei höheren Einkommen die niedrigeren Arbeitslosengeld II-Leistungen (siehe Kasten auf S. 4 und Abschnitt 3.2). 274.000 der Bedarfsgemeinschaften mit anrechenbarem Einkommen bekommen nur Leistungen für Unterkunft und Heizung, das sind 7 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften.

Die häufigste Einkommensquelle war das **Kindergeld**; bei 39 Prozent der Bedarfsgemeinschaften waren aus diesem Grund durchschnittlich 254 Euro anrechenbar. Dann folgt Einkommen aus **Erwerbstätigkeit**, das bei immerhin 24 Prozent der Bedarfsgemeinschaften anrechenbar war, und zwar mit durchschnittlich 356 Euro. Bei 12 Prozent der Bedarfsgemeinschaften deckten **Unterhaltsansprüche** den Bedarf im Durchschnitt um 201 Euro. Außerdem erhielten 8 Prozent der Bedarfsgemeinschaften Arbeitslosengeld II als aufstockende Leistung zu **anderen Sozialleistungen** (Arbeitslosengeld, Renten und Krankengeld), darunter 4 Prozentpunkte ergänzend zum Arbeitslosengeld nach dem SGB III. Der Bedarf wurde durch diese Sozialleistungen um 393 Euro bzw. 422 Euro gedeckt (vgl. Schaubild 1 und Tabelle 1 im Anhang).

¹ Rechnet man die Sozialversicherungsbeiträge heraus, bekam eine Bedarfsgemeinschaft (einschließlich Einmalleistungen sowie Leistungen für Unterkunft und Heizung) durchschnittlich 670 Euro ausbezahlt. Im Folgenden sind bei Angaben zu Geldleistungen stets die Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt.

² Statistisch nachweisbar ist zurzeit nur das anrechenbare Einkommen, vom Hilfebedarf abgezogen wird aber das angerechnete Einkommen. Das angerechnete Einkommen unterscheidet sich vom anrechenbaren Einkommen der Bedarfsgemeinschaft dadurch, dass das Einkommen von Kindern nur insoweit berücksichtigt wird, als es den eigenen Bedarf nicht übersteigt. Der Unterschied zwischen anrechenbarem und angerechnetem Einkommen ist aber nicht sehr groß. Um den Text nicht mit dieser Differenzierung zu belasten und lesbar zu halten, wird im folgenden das eigentlich nur anrechenbare Einkommen wie tatsächlich angerechnetes Einkommen behandelt.

Schaubild 1:

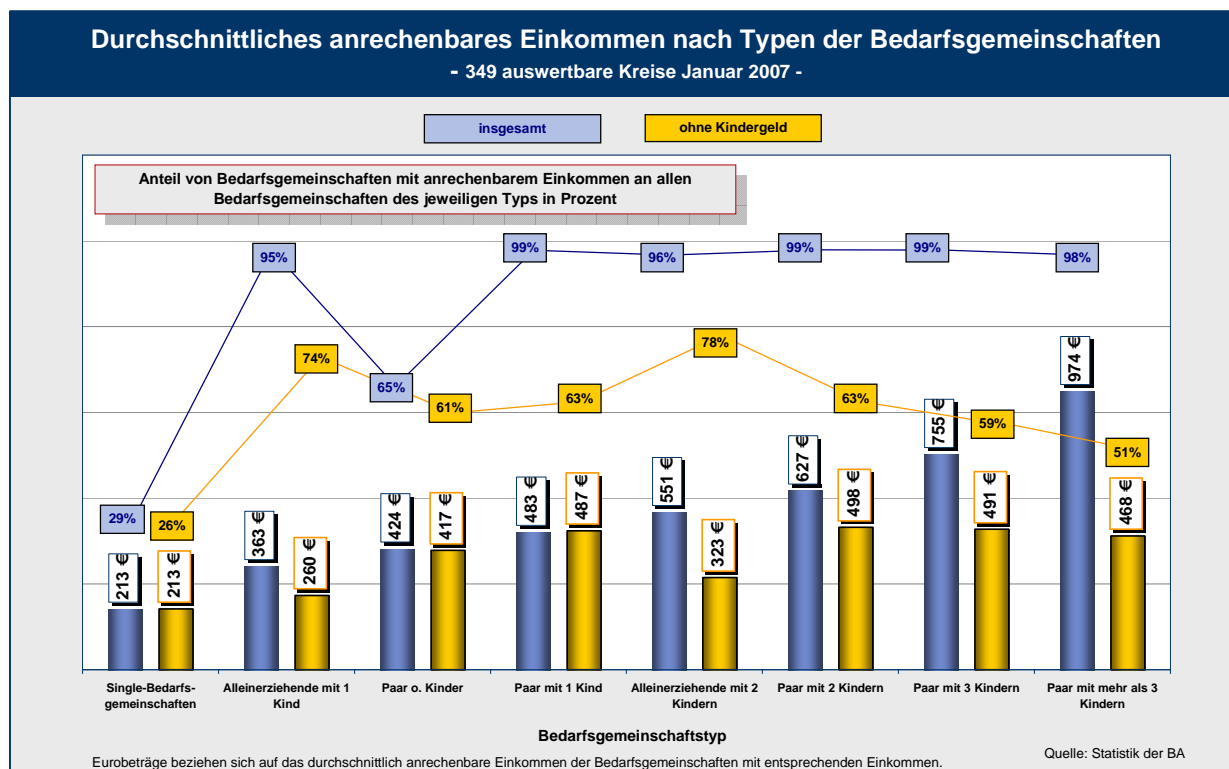


Das **anrechenbare Einkommen variiert deutlich zwischen den Bedarfsgemeinschaften**. So waren nur bei 29 Prozent der Single-Bedarfsgemeinschaften, aber bei 65 Prozent der Paar-Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder und bei 95 bis 99 Prozent der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern Einkommen anrechenbar. Der Anrechnungsbetrag reicht von 213 Euro für Single-Bedarfsgemeinschaften bis zu 974 Euro für Paare mit mehr als drei Kindern. Diese Unterschiede erklären sich vor allem mit der Anrechnung von Kindergeld, aber auch damit, dass bei hilfebedürftigen Paaren mit Kindern ein höheres anrechenbares Einkommen aus Erwerbstätigkeit vorliegt. Differenzierte Tabellen zu Verteilung der Anrechnungsbeträge nach Typ der Bedarfsgemeinschaft und Einkommensart finden sich im nachfolgenden Schaubild 2 und in den Tabellen 2, 3 und 4 im Anhang.

Durch die Anrechnung von Einkommen auf den Bedarf mindert sich entsprechend der **Anspruch auf Hilfeleistungen aus der Grundsicherung**. So erhielten Single-Bedarfsgemeinschaften mit anrechenbarem Einkommen durchschnittlich 520 Euro und Paare ohne Kinder 707 Euro passive Geldleistungen, im Vergleich zu 767 Euro bzw. 1.111 Euro für Bedarfsgemeinschaften ohne anrechenbares Einkommen. Bei den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern macht diese Unterscheidung wenig Sinn, weil fast allen dieser Bedarfsgemeinschaften Einkommen angerechnet wird. Bemerkenswert ist auch die Verteilung der Bedarfsgemeinschaften, die nur **Leistungen für Unterkunft und Heizung** erhalten.³ Diese Konstellation findet sich vor allem bei Paaren ohne Kinder, die zu 13 Prozent in diese Kategorie fallen. Bei Paaren mit Kindern waren es 9 Prozent und bei Single-Bedarfsgemeinschaften sowie Alleinerziehenden noch 6 Prozent bzw. 4 Prozent (vgl. auch Tabelle 5 im Anhang).

³ Dass eine solche Konstellation eintreten kann, beruht auf den Regelungen des § 19 SGB II. Diese besagen, dass das zu berücksichtigende Einkommen zunächst die Geldleistungen der Agentur für Arbeit mindert; soweit Einkommen darüber hinaus zu berücksichtigen ist, mindert es die Leistungen der kommunalen Träger für Unterkunft und Heizung.

Schaubild 2:



3. Erwerbstätigkeit und Bezug von Leistungen aus der Grundsicherung

3.1 Erwerbsfähige Leistungsbezieher mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit

Im Januar 2007 verdiente **1.093.000 erwerbsfähige Leistungsbezieher⁴ Einkommen aus Erwerbstätigkeit**. Das waren 20 Prozent aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Sie erzielten ein durchschnittliches Brutto-Einkommen in Höhe von 617 Euro. Nach Abzug von Steuern und Abgaben überstieg bei 975.000 Personen das verbleibende Netto-Einkommen die Freibeträge; über alle erwerbstätigen Leistungsbezieher waren durchschnittlich 289 Euro auf den Anspruch auf Grundsicherung anrechenbar. Dabei variiert das verdiente Brutto-Einkommen zwischen den Leistungsbeziehern in erheblichem Maße (vgl. Schaubild 3 und Tabellen 6 und 7 im Anhang). Um die dahinterstehenden Problemlagen besser beschreiben zu können, wird deshalb eine Unterscheidung nach Einkommenshöhe vorgenommen. So gibt es **558.000 Personen mit Brutto-Einkommen bis zur Geringfügigkeitsgrenze von einschließlich 400 Euro**, darunter 310.000 mit weniger als 200 Euro. Leistungen aus der Grundsicherung werden hier durch Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung (eher) ergänzt, ohne dass dadurch prinzipiell der Arbeitslosenstatus beendet wird;⁵ darüber hinaus wird auch die Nähe zum Arbeitsmarkt erhalten. Anders zu bewerten ist

⁴ Es gibt auch Personen in der Grundsicherung, die keine Leistungen beziehen, aber als Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft weiter als Hilfebedürftige gezählt werden. Die hier vorgestellten Daten berücksichtigen nur Angaben von Leistungsbeziehern. Methodischen Erläuterungen hierzu finden sich am Ende des Berichts. Außerdem gibt es noch knapp 600 nicht erwerbsfähige Leistungsbezieher, die Einkommen aus Erwerbstätigkeit beziehen. Wegen des sehr geringen Umfangs beschränkt sich die Analyse auf die erwerbsfähigen Leistungsbezieher.

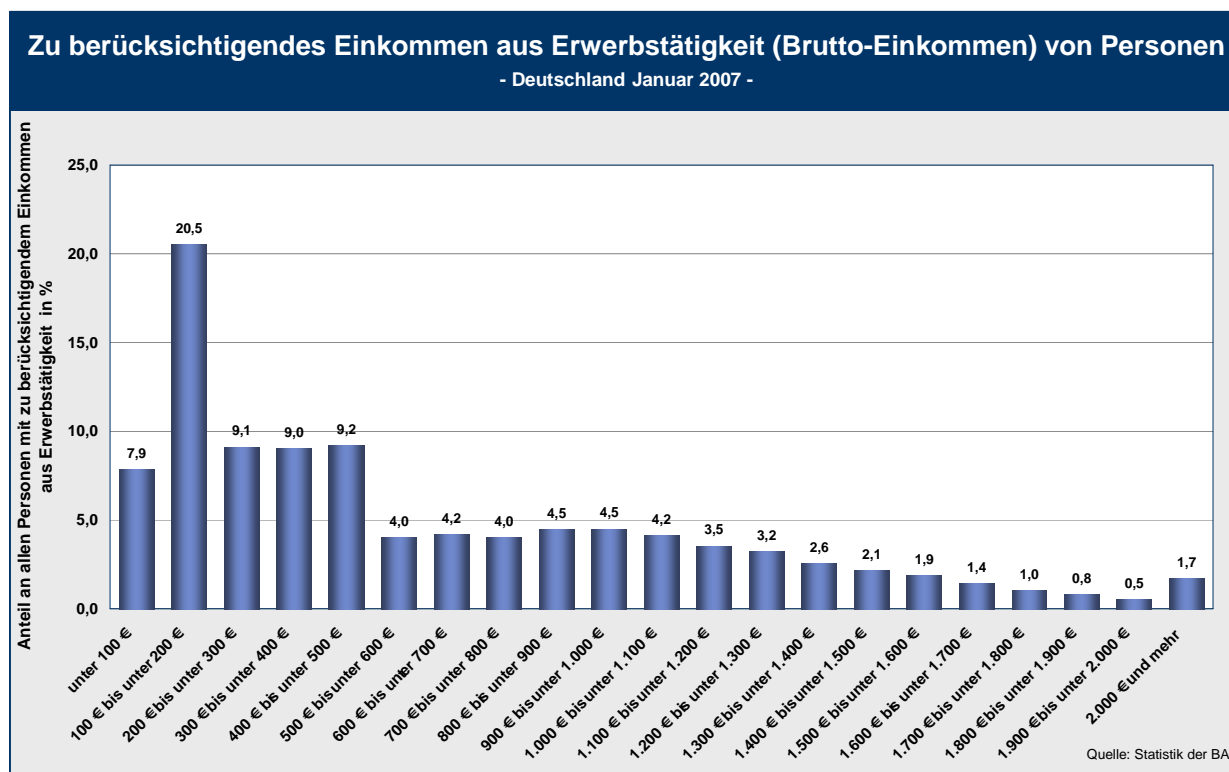
⁵ Auch Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III bessern sich durch einen Minijob ihren Lebensunterhalt auf. Nach der letzten Auswertung waren im Januar 212.000 oder 15 Prozent der Arbeitslosengeld-Empfänger gleichzeitig in einem Minijob beschäftigt.

die Gruppe der **Hilfebedürftigen, die über 400 Euro verdienen**. Im Januar waren das **536.000 Leistungsbezieher**, darunter 344.000 mit einem Einkommen über 800 Euro. Bei Einkommen über 400 Euro lässt sich nämlich die Perspektive zunehmend umdrehen im Sinne der Feststellung, dass das Einkommen aus der Erwerbstätigkeit nicht ausreicht, für sich selbst bzw. für die Bedarfsgemeinschaft den Lebensunterhalt zu sichern, und durch die Grundsicherung aufgestockt werden muss. Diese Gruppe macht an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen 10 Prozent aus. Allerdings ist die Grenze zur ersten Gruppe fließend.

Einkommensklassengrenzen

Mit Ausnahme eines Großteils des Kapitels 3.1, des Schaubildes 5 und der Tabelle 7 reichen die Einkommensklassen in den zugrunde liegenden Auswertungen stets bis **unter** einen bestimmten Eurobetrag. Insofern sind in allen anderen Schaubildern und Tabellen diejenigen erwerbsfähigen Leistungsbezieher, die mit einem Bruttoeinkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit von exakt 400,00 Euro noch unter die Geringfügigkeitsgrenze fallen, in der Einkommensklasse „< 400 Euro“ nicht enthalten. Deren Anzahl liegt bei 49.000 (Anteil 4,5 Prozent). Dies muss im Folgenden bei Einkommensklassen, die bis unter 400 Euro reichen bzw. die bei 400 Euro beginnen, berücksichtigt werden. Bei anderer Zuordnung würde sich im Schaubild 3 der Anteilswert der Gruppe „400 Euro bis unter 500 Euro“ auf ca. 4,7 Prozent reduzieren und der Anteilswert der Gruppe „300 Euro bis unter 400 Euro“ auf ca. 13,6 Prozent erhöhen.

Schaubild 3:



Die **Gründe für die Hilfebedürftigkeit in dem Einkommenssegment über 400 Euro** können unterschiedlich sein. Das Einkommen kann etwa deshalb so niedrig sein, weil nur (sozialversicherungspflichtige) **Teilzeit** gearbeitet werden kann, insbesondere weil ein Kind oder ein pflegebedürftiger Angehöriger zu betreuen ist. Anhand der statistischen Daten aus dem Fachverfahren A2LL kann allerdings keine Differenzierung nach Arbeitszeit vorgenommen werden. Die folgenden Ergebnisse sind deshalb eher im Sinne von Größenordnungen zu interpretieren. So kann man als Annäherung an die Gruppe der (sozialversicherungspflichtig) Teilzeitbeschäftigten die erwerbstätigen Leistungsbezieher in der Einkommensgruppe über 400 und nicht mehr als 800 Euro heranziehen, im Januar waren das 191.000 Personen. Die Grenze ist allerdings nicht trennscharf; so gibt es Teilzeitbeschäftigte mit mehr als 800 Euro, wie auch Vollzeitbeschäftigte mit einem Brutto-Einkommen bis 800 Euro.⁶ Außerdem ist zu berücksichtigen, dass in der Einkommensgruppe bis 800 Euro mehrere zehntausend Auszubildende enthalten sind, die unter 25 Jahre sind, im Haushalt der Eltern leben und wegen fehlenden Anspruchs auf Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz nicht mehr unter den Ausschlussgrund nach § 7 Abs. 5 SGB II fallen. Es verbleiben 344.000 erwerbstätige Leistungsbezieher mit einem Brutto-Einkommen von über 800 Euro, von denen der größere Teil eine **Vollzeitbeschäftigung**⁷ ausüben dürften.⁸ Die Hilfebedürftigkeit von vollzeitbeschäftigten Leistungsbeziehern kann durch einen niedrigen Lohn und/oder durch die Familiengröße bzw. hohe Wohnkosten verursacht sein. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) lag die Niedriglohnschwelle für sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte 2004 bundesweit bei einem Brutto-Monatsentgelt von 1.722 Euro (einschließlich anteilig enthaltener Sonderzahlungen).⁹ Orientiert man sich an dieser Grenze, erhält man in dem Einkommenssegment über 800 bis einschließlich 1.700 Euro 301.000 erwerbstätige Leistungsbezieher, die dem Niedriglohnbereich zugeordnet werden können und 44.000 erwerbstätige Leistungsbezieher, deren Löhne über der so bestimmten Niedriglohnschwelle liegen dürften.

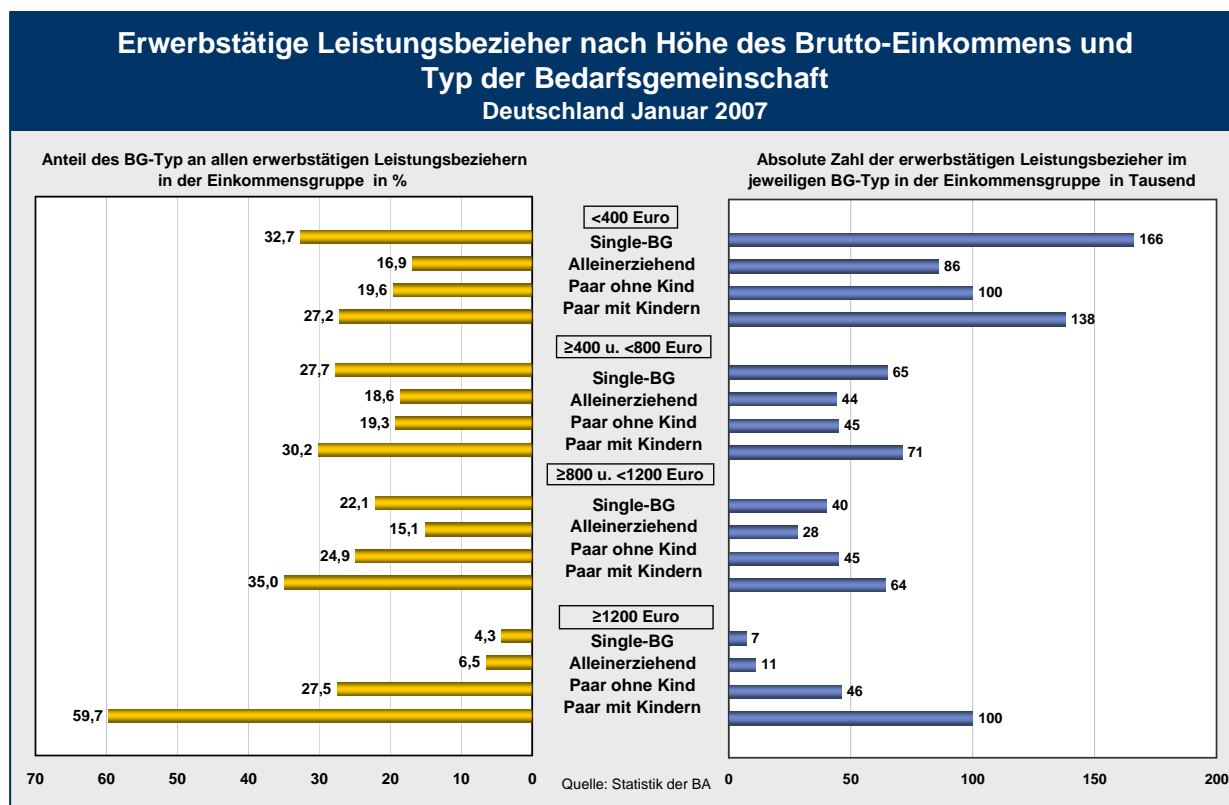
⁶ Informationen zur Beschäftigung im Rahmen dieser Grenzen liefert auch ein Bericht der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Mini- und Midijobs in Deutschland. Nürnberg im Mai 2007. 59 Prozent der Midi-Jobber arbeiteten im Dezember 2005 in Teilzeit (Seite 21).

⁷ Bei 38 Wochenstunden wird ein Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) von 800 Euro mit einem Stundenlohn von knapp 5 Euro verdient.

⁸ Diese Aufteilung wird auch in etwa durch die integrierte Auswertung von Grundsicherungs- und Beschäftigungsstatistik bestätigt; danach arbeiteten 29 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Leistungsbezieher in Teilzeit und 71 Prozent in Vollzeit. Dabei muss noch berücksichtigt werden, dass Vollzeitbeschäftigte wegen der Erfassung von Übergängen in der integrierten Auswertung stärker erfasst sein dürften als in der Grundsicherungsstatistik. Vgl. Kapitel 3.4.

⁹ Die Niedriglohnschwelle wird auf zwei Drittel des Medianlohns angesetzt; das ermittelte Brutto-Monatseinkommen entspricht einem Stundenlohn von 9,78 Euro (bei 22 Arbeitstagen mit je acht Arbeitsstunden). Vgl. Thomas Rhein, Melanie Stamm, Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, IAB-Forschungsbericht Nr. 12/2006.

Schaubild 4:



Dass die Hilfebedürftigkeit bei höheren Erwerbseinkommen vor allem mit der **Familiengröße** zusammen hängt, zeigen Auswertungen, die den Typ der Bedarfsgemeinschaft feststellen, zu der der erwerbstätige Leistungsbezieher gehört. Je mehr Einkommen verdient wird, desto größer ist der Anteil der Erwerbstätigen in Bedarfsgemeinschaften mit Kindern. Von den Leistungsbeziehern, die mit einem Einkommen von 800 Euro und mehr eher zu den Vollzeitbeschäftigten gehören, leben 164.000 in Paar-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, 92.000 in Paar-Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder, 38.000 als Alleinerziehende und 47.000 in Single-Bedarfsgemeinschaften (vgl. Schaubild 4 und Tabelle 8 im Anhang).

Zum weitaus größten Teil wird das Einkommen in **abhängiger Beschäftigung** erzielt. 1.040.000 oder 95 Prozent der Leistungsbezieher mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit waren in solchen Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Ihr Brutto-Einkommen betrug durchschnittlich 600 Euro, wovon durchschnittlich 292 Euro anrechenbar waren. Nur 56.000 oder 5 Prozent der erwerbstätigen Leistungsbezieher bezogen ihr Einkommen aus einer **selbständigen Tätigkeit** (vgl. Tabelle 7 im Anhang). Ihr Brutto-Einkommen lag mit durchschnittlich 897 Euro deutlich über dem Einkommen von abhängig Beschäftigten. Bei 52.000 selbständigen Leistungsbeziehern waren die Brutto-Einnahmen größer als die Betriebsausgaben (Differenz = verfügbares Einkommen). Nach Berücksichtigung von Absetzungs- und Freibeträgen war letztlich das Einkommen von 46.000 selbständigen Leistungsbeziehern anrechenbar. Bezogen auf alle selbständigen Leistungsbezieher lag das verfügbare Einkommen im Durchschnitt bei 363 Euro und das anrechenbare Einkommen im Durchschnitt bei 225 Euro. Somit war bei selbständigen Leistungsbeziehern deutlich weniger auf die Geldleistungen aus der Grundsicherung anrechenbar als bei abhängig erwerbstätigen Leistungsbeziehern.

Nach der Definition der Arbeitslosigkeit im Sozialgesetzbuch (SGB) werden erwerbstätige Leistungsbezieher dann nicht als **arbeitslos** gezählt, wenn sie mindestens 15 Wochenstunden arbeiten. Da im Fachverfahren A2LL nur Erwerbseinkommen und keine Arbeitszeiten erhoben werden, kann zunächst nicht genau festgestellt werden, wer genau aus diesem Grund nicht als arbeitslos gilt. Neben einer Erwerbstätigkeit können nämlich zum Beispiel auch der Schulbesuch oder die Betreuung kleiner Kinder oder pflegebedürftiger Angehöriger den Arbeitslosenstatus ausschließen.¹⁰ Im Januar 2007 waren 705.000 oder 64 Prozent der erwerbstätigen Leistungsbezieher nicht als arbeitslos registriert. Unterstellt man, dass bei einem Brutto-Einkommen von über 400 Euro die 15-Wochenstunden-Grenze überschritten wird, waren schätzungsweise 474.000 oder 43 Prozent der erwerbstätigen Leistungsbezieher aus diesem Grund nicht arbeitslos.¹¹ Das waren immerhin 17 Prozent aller nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen.

Die letzte vergleichbare Auswertung zu erwerbsfähigen Leistungsbeziehern mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit liegt für **September 2005** vor.¹² In diesem Monat erzielten 949.000 erwerbsfähige Leistungsbezieher durchschnittlich 591 Euro Brutto-Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Davon waren durchschnittlich 310 Euro auf den Anspruch auf passive Geldleistungen anrechenbar. Die Zahl der erwerbstätigen Leistungsbezieher hat von September 2005 bis Januar 2007 um 144.000 oder 15 Prozent zugenommen. Dabei war der Anstieg in den Einkommensklassen über 400 Euro mit +120.000 oder +29 Prozent deutlich stärker ausgeprägt als unterhalb dieser Grenze. Im Einklang damit hat auch die Zahl der erwerbstätigen Leistungsbezieher, die mehr als 400 Euro Brutto-Einkommen erzielten und nicht arbeitslos waren, um 114.000 oder 32 Prozent zugenommen (vgl. Schaubild 5 und Tabelle 7 im Anhang). Die Neuregelung der Anrechnung von Einkommen aus Erwerbstätigkeit zum 1. Oktober 2005¹³ hat dazu geführt, dass die Relation von anrechenbarem Einkommen zu Brutto-Einkommen von 52 Prozent auf 47 Prozent gesunken ist.

Es muss allerdings offen bleiben, ob und in welchem Verhältnis der Anstieg der erwerbstätigen Leistungsbezieher in dem Einkommenssegment über der Geringfügigkeitsgrenze von 400 Euro eine zunehmende soziale Problematik oder eine stärkere Inanspruchnahme der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende widerspiegelt. Simulationsrechnungen hatten gezeigt, dass die alte Sozialhilfe von einem Viertel bis zu zwei Fünfteln der Betroffenen nicht in Anspruch genommen wurde, unter anderem weil der Gang zum Sozialamt oftmals als stigmatisierend empfunden wurde.¹⁴ Die Grundsicherung für Arbeitsuchende hat hier mutmaßlich Hemmschwellen gesenkt, zumal die Leistungsgewährung direkt mit der Hilfe zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt verbunden wurde. Dies muss auch beim Vergleich mit früheren Auswertungen zu erwerbstätigen Sozialhilfeempfängern beachtet werden.

¹⁰ Die Integration entsprechender Informationen in die Grundsicherungsstatistik aus anderen Quellen wird vorbereitet.

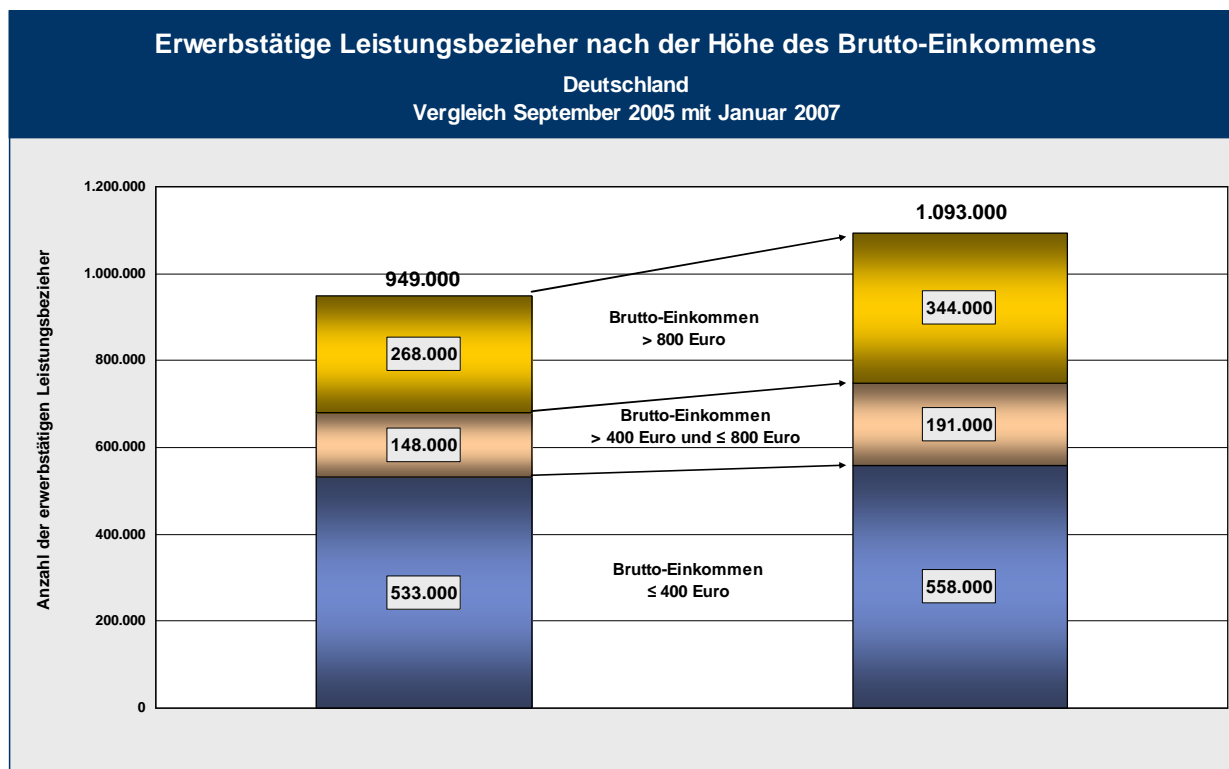
¹¹ Dass es gleichzeitig 91.000 erwerbstätige Leistungsbezieher gab, die mehr als 400 Euro verdienten und trotzdem als arbeitslos gezählt wurden, dürfte im Wesentlichen zwei Gründe haben. Zum einen wurde weniger als 15 Wochenstunden gearbeitet. Zum anderen wird Einkommen erst dann berücksichtigt, wenn es der Bedarfsgemeinschaft zufließt, und das kann auch nachträglich aus einem schon beendeten Beschäftigungsverhältnis sein (Zuflussprinzip).

¹² Den Ergebnissen für September 2005 liegt hier ein anderer Datenstand zugrunde als in den Auswertungen für den Bericht vom März 2006; daher weichen die Werte hier etwas von den damals publizierten ab.

¹³ Vgl. Kasten „Rechtliche Bestimmungen zur Anrechnung von Einkommen auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende“ auf S.23.

¹⁴ Vgl. 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 65 ff. sowie J. Wilde, A. Kubis, Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 2005, Bd. 225/3.

Schaubild 5:



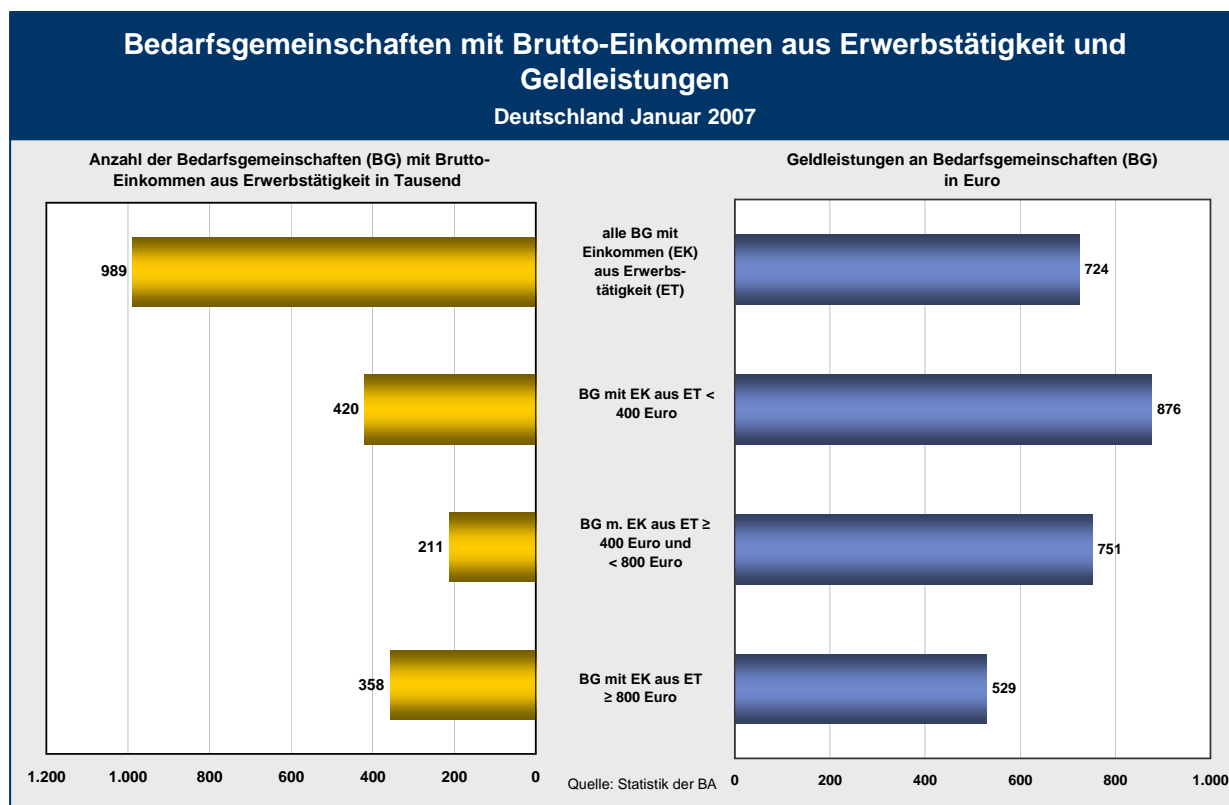
3.2 Bedarfsgemeinschaften mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit

Das im Januar 2007 von den 1.093.000 erwerbsfähigen Leistungsbeziehern **verdiente Einkommen wird jeweils der gesamten Bedarfsgemeinschaft zugerechnet**. Da in 10 Prozent der Bedarfsgemeinschaften von mehreren Personen Einkommen aus Erwerbstätigkeit berücksichtigt wurde, beläuft sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Brutto-Einkommen aus Erwerbstätigkeit auf insgesamt 989.000; im Vergleich zu September 2005 entspricht das einer Zunahme von 105.000 oder 12 Prozent.¹⁵ Der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit an allen Bedarfsgemeinschaften beträgt 26 Prozent. Von diesen Bedarfsgemeinschaften wurden durchschnittlich 681 Euro Brutto-Einkommen verdient.¹⁶ Nach Anrechnung von durchschnittlich 319 Euro erhielten diese Bedarfsgemeinschaften durchschnittlich 724 Euro **passive Geldleistungen** aus der Grundsicherung, im Vergleich zu 859 Euro für Bedarfsgemeinschaften ohne Erwerbseinkommen. Je mehr Brutto-Einkommen verdient wird, desto weniger Geldleistungen aus der Grundsicherung waren notwendig. So erhielten 420.000 Bedarfsgemeinschaften mit einem Brutto-Einkommen von unter 400 Euro durchschnittlich 876 Euro, 211.000 Bedarfsgemeinschaften mit einem Brutto-Einkommen von 400 bis unter 800 Euro durchschnittlich 751 Euro und 358.000 Bedarfsgemeinschaften mit einem Brutto-Einkommen von 800 Euro und mehr durchschnittlich 529 Euro passive Geldleistungen (vgl. Schaubild 6 und Tabelle 9 im Anhang).

¹⁵ Den Ergebnissen für September 2005 liegt hier ein anderer Datenstand zugrunde als in den Auswertungen für den Bericht vom März 2006; daher weichen die Werte hier etwas von den damals publizierten ab.

¹⁶ In Kapitel 2 wurde dargestellt, dass 887.000 oder 24 Prozent der Bedarfsgemeinschaften Einkommen aus Erwerbstätigkeit anrechnet wurden. In diesem Kapitel wird dagegen untersucht, wie viele Bedarfsgemeinschaften überhaupt Einkommen aus Erwerbstätigkeit erzielen, und zwar unabhängig davon, ob es anrechenbar war oder nicht. Der Unterschied folgt daraus, dass in 102.000 Bedarfsgemeinschaften das Einkommen aus Erwerbstätigkeit nicht auf den Leistungsanspruch anrechenbar war.

Schaubild 6:



Die **Differenzierung nach Typ der Bedarfsgemeinschaft** zeigt bemerkenswerte Unterschiede. So wird **Erwerbseinkommen vor allem von Paar-Bedarfsgemeinschaften erzielt**. Dies ist dadurch erklärbar, dass sich in diesem Bedarfsgemeinschaftstyp im Vergleich zu anderen Konstellationen mehr Personen finden, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Umgekehrt dürfte es bei größeren Bedarfsgemeinschaften nicht so leicht sein, den Lebensunterhalt zu decken, wenn nur eine Person erwerbstätig ist. Im Januar 2007 gaben 319.000 Paare mit Kindern und 200.000 Paare ohne Kinder Einkommen aus Erwerbstätigkeit an, das waren 48 Prozent der Paare mit Kindern bzw. 40 Prozent der Paare ohne Kinder. Von den Alleinerziehenden verdienten 162.000 oder 25 Prozent und von den Single-Bedarfsgemeinschaften 277.000 oder 15 Prozent Brutto-Einkommen. Darüber hinaus wird in Paar-Bedarfsgemeinschaften besonders häufig Brutto-Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze erzielt. So verdienten von den Paaren mit Kindern 226.000 oder 34 Prozent und von den Paaren ohne Kinder 132.000 oder 26 Prozent 400 Euro und mehr, im Vergleich zu 82.000 oder 12 Prozent bei Alleinerziehenden und 112.000 oder 6 Prozent bei Single-Bedarfsgemeinschaften (vgl. Schaubild 7 und Tabelle 9 im Anhang). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass bei Alleinerziehenden in knapp 4 Prozent, bei Paaren ohne Kinder in 18 Prozent und bei Paaren mit Kindern in 16 Prozent der Bedarfsgemeinschaften mehrere Personen Einkommen verdienen; zudem nimmt der Anteil der Mehrverdiener-Bedarfsgemeinschaften mit steigendem Erwerbseinkommen zu (vgl. nachfolgende Texttabelle 1).

Texttabelle 1: Bedarfsgemeinschaften mit Brutto-Einkommen aus Erwerbstätigkeit nach Einkommenshöhe und Anteil der erwerbstätigen Personen

Deutschland - Werte auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind

Januar 2007

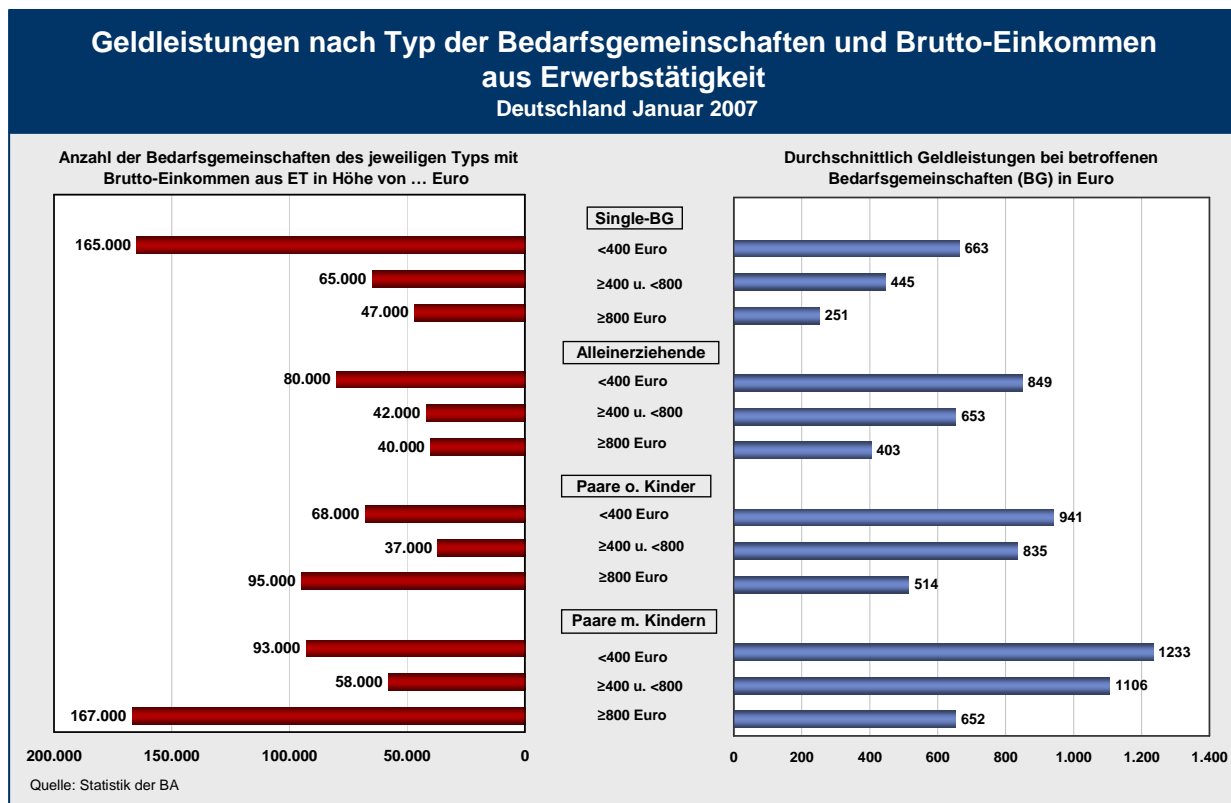
Anzahl / Einkommensart	alle Bedarfs- gemeinschaften	darunter		
		Alleinerziehende ¹⁾	Paar ohne Kinder	Paar mit Kindern
		Anteil in Prozent		
BG mit Brutto-Einkommen				
1 Person erwerbstätig	90,2	96,5	82,3	84,0
2 und mehr Personen erwerbstätig	9,8	3,5	17,7	16,0
BG mit Brutto-Einkommen < 400 Euro				
1 Person erwerbstätig	97,1	99,0	92,0	94,2
2 und mehr Personen erwerbstätig	2,9	1,0	8,0	5,8
BG mit Brutto-Einkommen ≥ 400 u. < 800 Euro				
1 Person erwerbstätig	90,4	95,4	81,5	83,4
2 und mehr Personen erwerbstätig	9,6	4,6	18,5	16,6
BG mit Brutto-Einkommen ≥ 800 u. < 1200 Euro				
1 Person erwerbstätig	89,1	94,8	83,0	84,5
2 und mehr Personen erwerbstätig	10,9	5,2	17,0	15,5
BG mit Brutto-Einkommen ≥ 1200 Euro				
1 Person erwerbstätig	75,3	86,8	69,8	75,5
2 und mehr Personen erwerbstätig	24,7	13,2	30,2	24,5

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Es gibt verschiedene Konstellationen, bei denen mehrere Personen in einer Alleinerziehenden-BG erwerbstätig sind. Beispiel: Erwerbstätige Mutter mit 2 Kindern, eines davon ist in Ausbildung.

Mit dem erzielten Erwerbseinkommen mindert sich auch der Hilfebedarf der jeweiligen Bedarfsgemeinschaftstypen. So erhalten Paare mit Kindern ohne Erwerbseinkommen durchschnittlich 1.321 Euro passive Geldleistungen. Wird ein Brutto-Einkommen von weniger als 400 Euro erzielt, werden noch durchschnittlich 1.233 Euro, bei einem Einkommen von 400 bis unter 800 Euro durchschnittlich 1.106 Euro und bei Einkommen ab 800 Euro durchschnittlich noch 652 Euro ausgezahlt. Ähnlich, nur auf niedrigerem Niveau verändern sich die Geldleistungen nach Höhe des Erwerbseinkommens in den anderen Bedarfsgemeinschafts-Typen. So bezieht eine Single-Bedarfsgemeinschaften bei einem Brutto-Einkommen von weniger als 400 Euro durchschnittlich 663 Euro, bei Einkommen von 400 bis unter 800 Euro durchschnittlich 445 Euro und bei Einkommen ab 800 Euro durchschnittlich 251 Euro (vgl. Schaubild 7 und Tabelle 9 im Anhang).

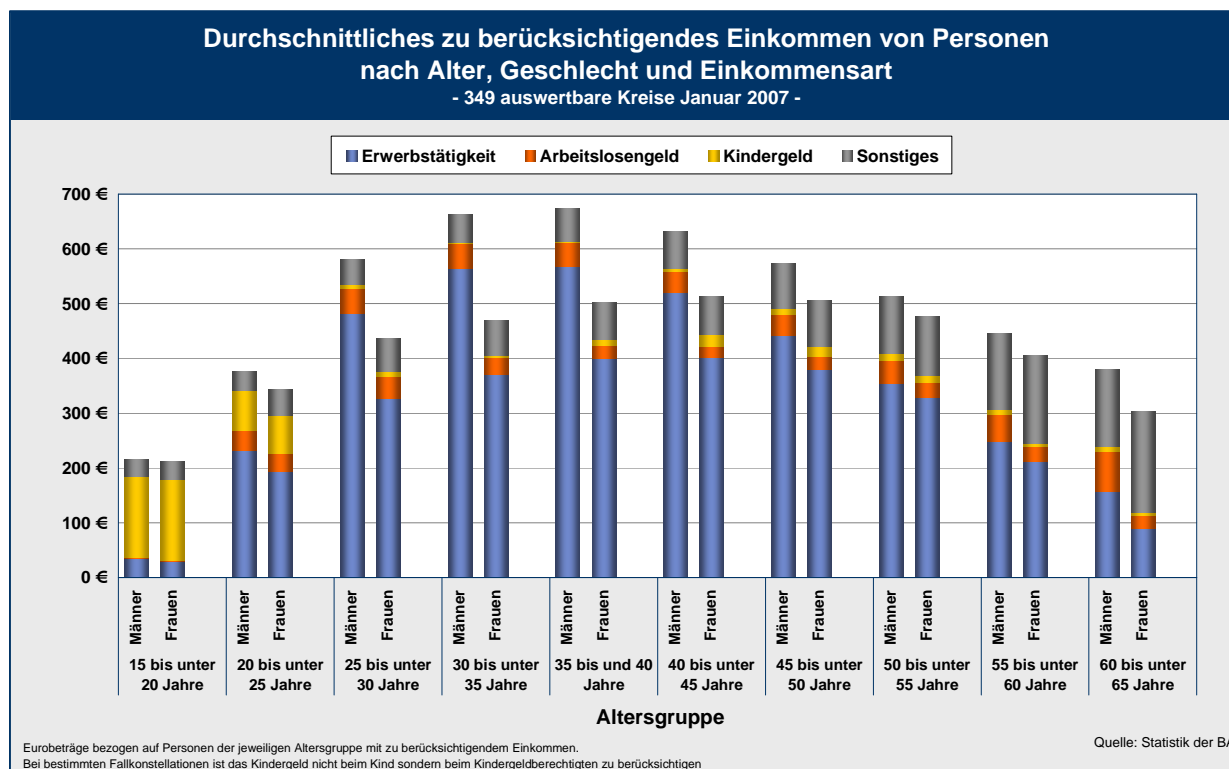
Schaubild 7:



3.3 Struktur und Verteilung von Bruttoeinkommen nach Alter und Geschlecht

Das Bruttoeinkommen von hilfebedürftigen Personen setzt sich aus verschiedenen Einkommensarten zusammen. Die Zusammensetzung unterscheidet sich nach Alter und Geschlecht. Bei den Jüngeren dominiert zunächst noch das Kindergeld. Bei Älteren steigen andere Einkommensarten, die insbesondere Unterhaltsleistungen, Renten und Krankengeld umfassen. Die höchsten Einkommen aus Erwerbstätigkeit befinden sich in den mittleren Altersgruppen. Dabei liegen die Einkommen aus Erwerbstätigkeit bei Männern stets deutlich über denen bei Frauen (vgl. Schaubild 8).

Schaubild 8:



3.4 Geringfügige und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von erwerbsfähigen Leistungsbeziehern

Weitere Informationen über die Struktur der Erwerbstätigen mit Leistungen aus der Grundsicherung können über eine **integrierte Auswertung von Beschäftigten- und Grundsicherungsstatistik** gewonnen werden. Die Ergebnisse solcher integrierten Auswertungen wurden zuletzt im Frühjahr dieses Jahres veröffentlicht. Für den September 2005 waren damals 49,2% der erwerbsfähigen Leistungsbezieher mit Beschäftigungsverhältnis als geringfügig entlohnt beschäftigt ausgewiesen worden und 50,8% als sozialversicherungspflichtig beschäftigt; von letzteren 72,4% in Vollzeit und 27,6% in Teilzeit.

In diesem Bericht werden nun erstmals vorläufige Ergebnisse einer überarbeiteten Version der integrierten Auswertung verwendet. Mit der neuen Datenabfrage werden etwa 200.000 Arbeitslosengeld II-Empfänger mit Beschäftigungsverhältnis mehr identifiziert werden als in der alten Version. Im Anhang finden sich dazu weitere methodische Erläuterungen.

Das Verhältnis zwischen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern in einem sozialversicherungspflichtigen und in einem ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnis hat sich mit 52,8% zu 47,2% im Januar 2007 gegenüber September 2005 nur wenig verschoben.

In der absoluten Höhe ergibt die integrierte Auswertung höhere Zahlen als die Analyse der Leistungsbezieher mit Einkommen. Für diese Abweichung dürften vor allem Auswirkungen bei Übergängen von Hilfebedürftigkeit in Beschäftigung und umgekehrt ursächlich sein, aber auch Situationen wie Bezug von

Krankengeld und Arbeitslosengeld II bei fortbestehendem Beschäftigungsverhältnis.¹⁷ Für den Januar 2007 ergeben sich hochgerechnet 1.278.000 erwerbsfähige Leistungsempfänger mit einem Beschäftigungsverhältnis, davon **675.000 in einem sozialversicherungspflichtigen und 603.000 in einem ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnis**. Diese Zahl ist um 238.000 größer, als die in der Grundsicherungsstatistik ermittelten 1.040.000 erwerbsfähigen Leistungsbezieher, die zu berücksichtigendes Brutto-Einkommen aus einer abhängigen Beschäftigung haben. Sie ist angesichts der genannten Unschärfen aber tendenziell überhöht.

Konkrete Beispiele für Unschärfen im Übergang sind:

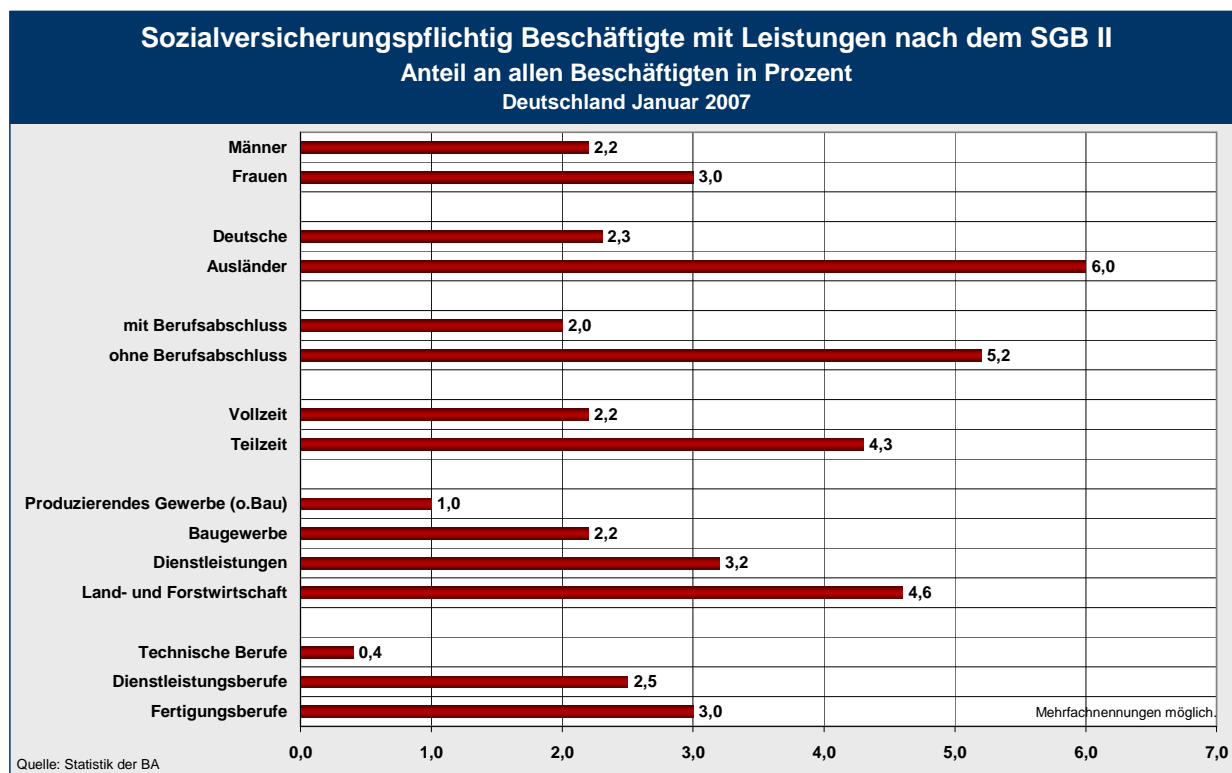
- ▶ **Übergang von Hilfebedürftigkeit in Beschäftigung:** Arbeitslosengeld II wird auch dann gezahlt, wenn ein Beschäftigungsverhältnis schon begonnen wurde, etwa am Ersten eines Monats, die erste Lohnzahlung aber im Folgemonat eingeht. Dann wird der Hilfebedürftige zur Monatsmitte noch als Leistungsbezieher geführt, und zwar – da ja noch kein Lohn zugeflossen ist – als erwerbsfähiger Leistungsbezieher ohne Bruttoeinkommen. Gleichzeitig findet die integrierte Auswertung einen erwerbsfähigen Leistungsbezieher, für den eine Beschäftigungsmeldung vorliegt. Das gleiche gilt für Minijobber, bei denen der Lohn erst im nachfolgenden Monat des Zuflusses berücksichtigt wird. Außerdem sind die Überschneidungsfälle überhöht, weil die Leistungsempfängerstatistik zur Monatsmitte und die Beschäftigtenstatistik zum Monatsende ausgewertet werden. Damit werden auch die Leistungsbezieher als Beschäftigte identifiziert, die nach dem Zähltag ihren Leistungsbezug wegen Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beendet haben und am Monatsende in der Beschäftigtenstatistik geführt werden.
- ▶ **Übergang von Beschäftigung in Hilfebedürftigkeit:** Die Analyse der Beschäftigungsmeldungen zeigt, dass potentielle Arbeitslosengeld II-Bezieher eher in häufiger wechselnden Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, die entsprechend an- und abgemeldet werden müssen. Es gibt nun Anhaltspunkte dafür, dass in nennenswertem Umfang das faktisch beendete Beschäftigungsverhältnis vom Arbeitgeber (noch) nicht abgemeldet wurde. Der Verlust des Arbeitsplatzes löst dann Hilfebedürftigkeit aus und die integrierte Auswertung ermittelt einen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Leistungsbezieher ohne Brutto-Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Ähnliches gilt bei geringfügig entlohnter Beschäftigung, etwa wenn ein Hilfebedürftiger einen Minijob beendet und keine Abmeldung erfolgt.

Durch die integrierte Auswertung von Beschäftigten- und Grundsicherungsstatistik können trotz der Unschärfen wichtige **ergänzende Informationen** gewonnen werden, z.B. im Hinblick auf Branchen, Wirtschaftszweige und der Arbeitszeitform der Beschäftigung sowie im Vergleich zu den allgemeinen Strukturen der Beschäftigten; allerdings sind die oben erläuterten Sachverhalte immer zu berücksichtigen. Möglichkeiten zur Bereinigung werden geprüft.

Fazit: Die tendenzielle Überzeichnung ist zu beachten und für die Gesamtzahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit Einkommen aus Beschäftigung sind die oben dargestellten Ergebnisse aus der Grundsicherungsstatistik heranzuziehen; das heißt die Zahl der **1.093.000 erwerbsfähigen Leistungsbezieher mit Brutto-Einkommen** als Maßstab für die Zahl der **erwerbstätigen Leistungsbezieher** zu verwenden.

¹⁷ Quantitative Analysen der Zusammenhänge sind in Vorbereitung.

Schaubild 9:



Männer und Frauen: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit ergänzenden Leistungen nach dem SGB II verteilen sich zu 53 Prozent auf Frauen und zu 47 Prozent auf Männer. Bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gleichen Geschlechts sind Frauen mit 3,0 Prozent häufiger auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen als Männer mit 2,2 Prozent. Auch bei den Minijobs waren Frauen mit 57 Prozent stärker vertreten als Männer mit 43 Prozent. Bezogen auf alle Minijobber gleichen Geschlechts aber war der Bezug von SGB II-Leistungen bei Männern mit 16,5 Prozent deutlich ausgeprägter als bei Frauen mit 10,6 Prozent.

Nationalität: Der Anteil der Ausländer an den beschäftigten Hilfebedürftigen mit Bezug von Leistungen nach dem SGB II betrug bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 15 Prozent und bei den geringfügig Entlohnerten 16 Prozent. Die Anteile sind deutlich größer als an den Beschäftigten ohne Leistungen nach dem SGB II, entsprechend erhalten Ausländer bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit 6,0 Prozent und bezogen auf die Minijobber mit 23,9 Prozent deutlich häufiger Leistungen nach dem SGB II als Deutsche (2,3 Prozent bzw. 11,5 Prozent).

Qualifikation: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Berufsabschluss bekommen überdurchschnittlich häufig ergänzende Leistungen nach dem SGB II. Verteilt man die Beschäftigten ohne Angabe zur Qualifikation proportional auf alle Qualifikationsgruppen beträgt der Anteil der Ungelernten an den Beschäftigten mit SGB II-Leistung 37 Prozent. Damit sind 5,2 Prozent der ungelerten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf ergänzende Leistungen aus dem SGB II angewiesen, im Vergleich zu 2,0 Prozent bei Arbeitnehmern mit Berufsabschluss. Ähnlich verhält es sich bei den Minijobbern: Bei ebenfalls proportionaler Verteilung der Beschäftigten ohne Angaben zur Qualifikation waren 39 Prozent der Minijobber mit SGB II-Leistungen ohne Berufsabschluss. Bezogen auf alle ungelerten Minijobber

war der Anteil mit 13,1 Prozent aber nur etwas größer als der bei den Minijobbern mit Berufsabschluss (12,2 Prozent). Wegen des hohen Anteils von Minijobbern ohne Angaben zur Qualifikation, sind diese Aussagen allerdings mit größerer Unsicherheit behaftet.

Arbeitszeit: Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit SGB II-Leistungen arbeiten 29 Prozent in Teilzeit, darunter entfallen 6 Prozentpunkte auf weniger als 18 Stunden Beschäftigung. Damit waren von allen sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten 4,3 Prozent auf Leistungen aus dem SGB II angewiesen. Bei Vollzeitbeschäftigten betrug dieser Anteil „nur“ 2,2 Prozent.

Wirtschaftszweige: Beschäftigte mit ergänzenden SGB II-Leistungen sind vor allem im Dienstleistungsgewerbe zu finden, sie stellen 83 Prozent der sozialversicherungspflichtig und 86 Prozent der geringfügig entlohnt Beschäftigten mit SGB II-Leistung. In diesem Wirtschaftszweig beziehen 3,2 Prozent der sozialversicherungspflichtigen und 13,1 Prozent der geringfügig entlohnt Beschäftigten Leistungen nach dem SGB II. Überdurchschnittlich sind die Anteilswerte vor allem im Gastgewerbe (7,5 Prozent bzw. 21,6 Prozent), bei unternehmensnahen Dienstleistern (4,9 Prozent bzw. 15,5 Prozent) und bei sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleistern (4,3 Prozent bzw. 10,9 Prozent). Im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) sind dagegen sowohl sozialversicherungspflichtig als auch ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte mit SGB II-Leistungen unterdurchschnittlich vertreten; in diesen Wirtschaftszweigen bekommen „nur“ 1,0 Prozent bzw. 7,2 Prozent von ihnen Leistungen nach dem SGB II. Anders verhält es sich in der Land- und Forstwirtschaft: Bezogen auf alle Beschäftigten in dieser Branche sind die Anteile mit 4,6 Prozent bzw. 12,9 Prozent überdurchschnittlich groß. Der Wert für die Baubranche liegt bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit 1,0 Prozent unter und bei der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung mit 16,4 Prozent über dem jeweiligen Durchschnitt.

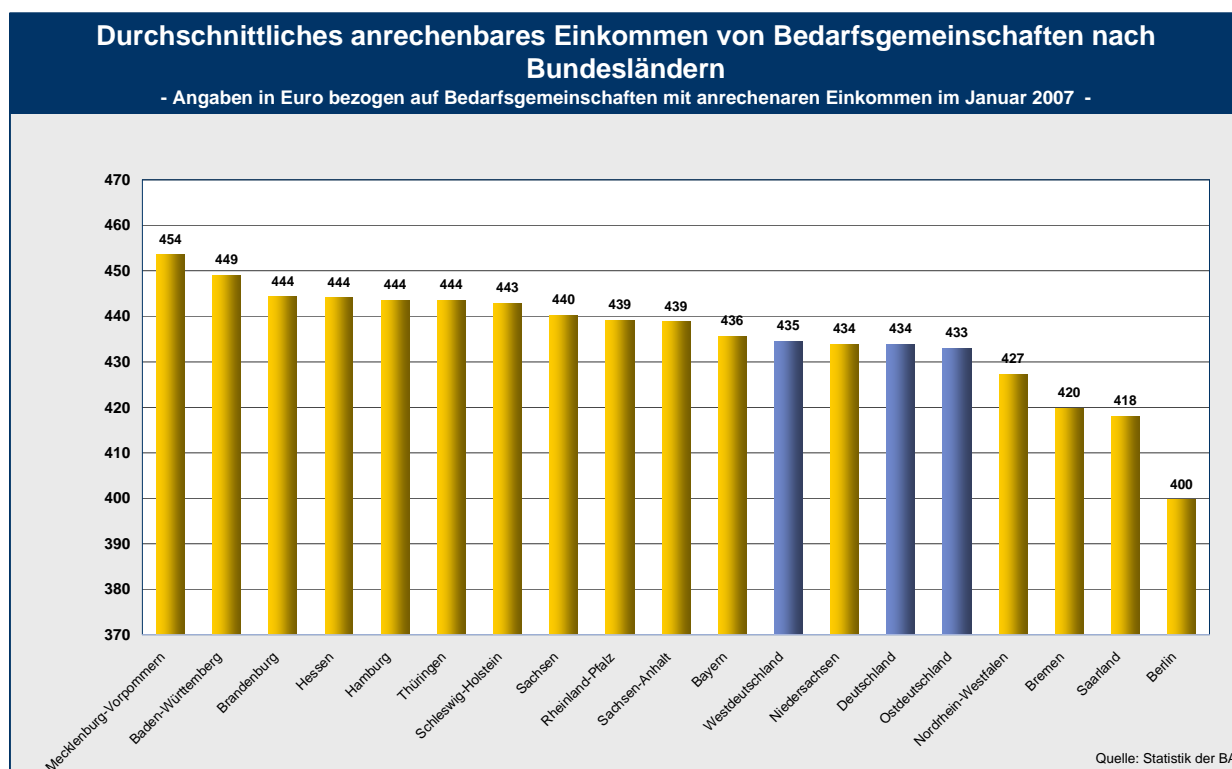
Berufe: Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit SGB II-Leistungen arbeiten 31 Prozent und von den Minijobbern 20 Prozent in Fertigungsberufen. Beschäftigte in Fertigungsberufen finden sich nicht nur im Produzierenden Gewerbe, sondern auch im Baugewerbe und in Dienstleistungsbranchen. Die Anteile sind deutlich größer als die bei den Beschäftigten ohne SGB II-Leistungen, deshalb erhalten mit 3,0 Prozent bzw. 16,6 Prozent vergleichsweise viele sozialversicherungspflichtig bzw. geringfügig entlohnt Beschäftigte Leistungen nach dem SGB II. Häufiger vertreten sind insbesondere Hilfsarbeiter ohne nähere Angaben, Ernährungs- und Bauberufe. Dienstleistungsberufe üben von den sozialversicherungspflichtig beschäftigten SGB II-Leistungsbeziehern 63 Prozent und von den Minijobbern 75 Prozent aus, dies ist etwas weniger als bei den Beschäftigten ohne SGB II-Leistungen. Bezogen auf alle Beschäftigten beziehen in dieser Berufsgruppe 2,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und 11,8 Prozent der Minijobber Leistungen nach dem SGB II. Überdurchschnittliche Anteilswerte finden sich für beide Beschäftigungsformen bei allgemeinen Dienstleistungsberufen und Verkehrsberufen.

4. Anrechnung von Einkommen nach Regionen

Der Anteil der Bedarfsgemeinschaften, denen **Einkommen anrechenbar** war, unterscheidet sich zwischen West und Ost nur wenig. In Westdeutschland wird bei 60 Prozent der Bedarfsgemeinschaften der Bedarf durch Einkommen gemindert, in Ostdeutschland bei 57 Prozent. Die Spanne ist im Westen etwas größer und reicht von 54 Prozent in Hamburg bis 62 Prozent in Baden-Württemberg und im Osten von 56 Prozent in Berlin bis 59 Prozent in Thüringen. Für die auswertbaren Kreise und kreisfreien Städte liegt

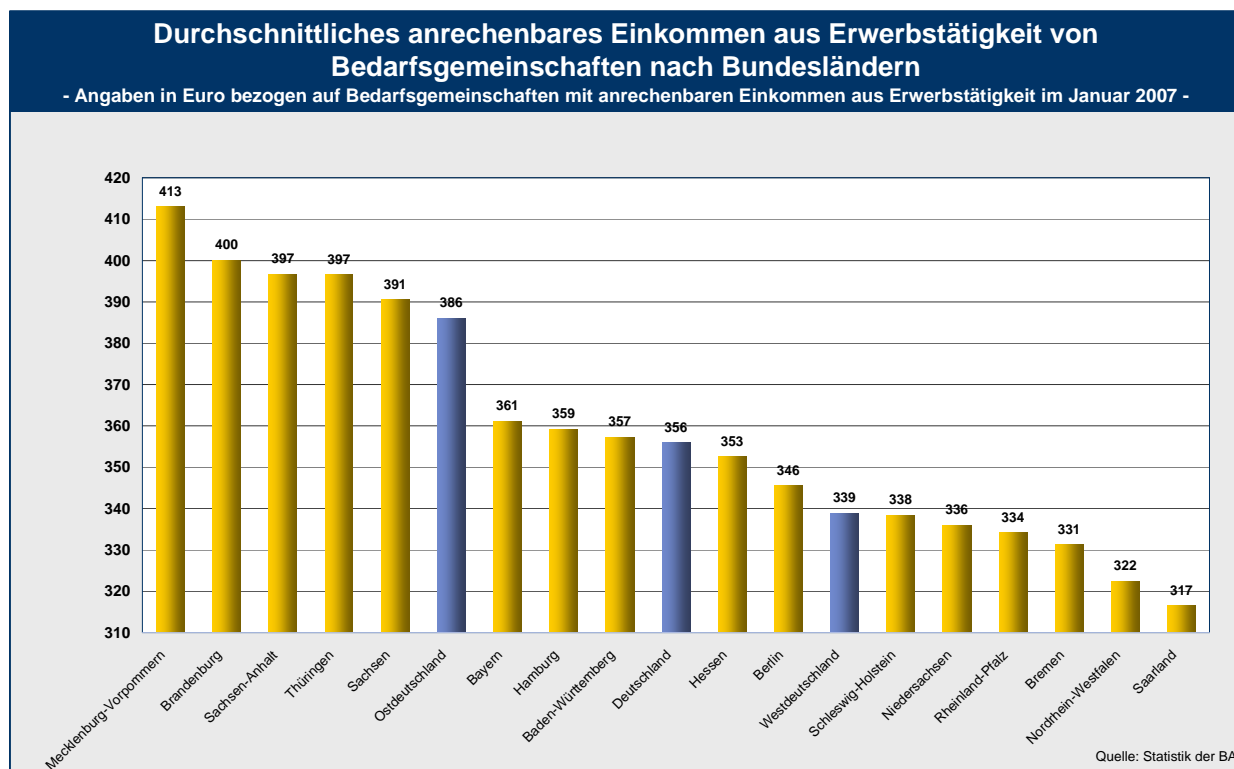
das Minimum bei 52 Prozent für die Stadt Heidelberg (Baden-Württemberg) sowie die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt Düsseldorf und das Maximum bei 75 Prozent für den Landkreis Eichstätt (Bayern). Der Anrechnungsbetrag ist mit 435 Euro in Westdeutschland geringfügig größer als im Osten mit 433 Euro. Mit 454 Euro wird in Mecklenburg-Vorpommern am meisten Einkommen angerechnet, am wenigsten in Berlin mit 400 Euro. Auf Ebene der auswertbaren Kreise und kreisfreien Städte wird der größte Wert mit 541 Euro für den Landkreis Dachau (Bayern) und der kleinste mit 324 Euro für den Landkreis Freyung-Grafenau (Bayern) ausgewiesen (vgl. Schaubild 10 und Tabellen 11, 12, 13 und 14 im Anhang).

Schaubild 10:



Einkommen aus Erwerbstätigkeit war in West- und Ostdeutschland bei 23 Prozent bzw. 24 Prozent der Bedarfsgemeinschaften anrechenbar. Den geringsten Anteil weist Hamburg mit 21 Prozent, den höchsten Sachsen und Rheinland-Pfalz mit jeweils 25 Prozent auf. Eine Analyse auf der Ebene der auswertbaren Kreise und kreisfreien Städte zeigt deutlichere Unterschiede. Der Anteil reicht von 6 Prozent im Landkreis Regensburg (Bayern) bis 32 Prozent im Landkreis Aschaffenburg (Bayern). Im Osten war mit durchschnittlich 386 Euro mehr Einkommen anrechenbar als im Westen mit 339 Euro. Am oberen Rand liegt hier Mecklenburg-Vorpommern mit 413 Euro, am unteren Rand das Saarland mit 317 Euro. Auf der Ebene der auswertbaren Kreise und kreisfreien Städte werden die durchschnittlich höchsten Einkommen im bayerischen Landkreis Erding (450 Euro) berücksichtigt, die niedrigsten im bayerischen Landkreis Freyung-Grafenau (274 Euro; vgl. Schaubild 11 und Tabellen 11, 12, 13 und 14 im Anhang).

Schaubild 11:



Deutliche Unterschiede zwischen West und Ost zeigen sich dann, wenn man die **sozialversicherungspflichtig bzw. die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten mit Leistungen aus der Grundsicherung zu allen Beschäftigten** in Beziehung setzt. Während in Ostdeutschland 5,3 Prozent der dort wohnhaften sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und 27,9 Prozent der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten Leistungen aus der Grundsicherung erhalten, belaufen sich in Westdeutschland diese Anteilswerte nur auf 1,9 Prozent bzw. 10,0 Prozent. Auf der Ebene der Länder sowie der auswertbaren Kreise und kreisfreien Städte reicht bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung die Spanne der Anteilswerte von 1,3 Prozent (Bayern und Baden-Württemberg) bis 6,1 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) bzw. von 0,5 Prozent im baden-württembergischen Enzkreis und in den bayerischen Landkreisen München, Eichstätt, Ebersberg, Freising sowie Unterallgäu bis 8,3 Prozent in der Hansestadt Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern), bei der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung von 6,3 Prozent in Bayern bis 30,8 Prozent in Berlin bzw. von 2,4 Prozent im Landkreis Eichstätt (Bayern) bis 42,6 Prozent in der Stadt Görlitz (Sachsen; vgl. Tabelle 15 im Anhang).

Rechtliche Bestimmungen zur Anrechnung von Einkommen auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende

Hilfebedürftig ist nach § 9 SGB II, wer seinen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der mit ihm in der Bedarfsgemeinschaft lebenden Angehörigen aus eigenen Kräften nicht oder nicht ausreichend sichern kann. Zuerst müssen die eigenen Mittel eingesetzt werden, bevor finanzielle Hilfen aus der Grundsicherung geleistet werden. Zu den eigenen Mitteln gehören Einkommen und Vermögen. Einkommen ist nach § 11 SGB II grundsätzlich jede Einnahme in Geld oder Geldeswert. Einkommen wird in dem Monat angerechnet, in dem es zugeflossen ist. Zum Einkommen gehören beispielsweise:

- Einnahmen aus einer nicht selbständigen oder selbständigen Tätigkeit,
- Entgeltersatzleistungen wie Arbeitslosengeld oder Krankengeld,
- Kapital- und Zinserträge,
- Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Land- und Forstwirtschaft,
- Unterhaltsleistungen, Kindergeld,
- Renten, Einnahmen aus Aktienbesitz,
- Steuererstattungen.

Bestimmte Einnahmen gelten nicht als Einkommen im Sinne der Vorschriften für die Grundsicherung, sie werden nicht angerechnet. Dazu gehören insbesondere Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz, Teile des Elterngeldes und Blindengeld.

Vom Einkommen werden folgende Beträge und Freibeträge abgezogen:

- a) Steuern: z.B. Lohn- und Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer, Gewerbesteuer und Kapitalertragssteuer,
- b) Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, also vor allem die Beiträge zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie zur Arbeitsförderung,
- c) gesetzlich vorgeschriebene und angemessene private Versicherungen, letztere mit einem Pauschalbetrag von 30 €,
- d) die nach dem Einkommensteuergesetz geförderten Beiträge zur Altersversorgung,
- e) der notwendige Aufwand zum Erwerb, zur Sicherung und zur Entfaltung der Einnahmen (Werbungskosten),
- f) Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltspflichten, bis zu einem im Unterhaltstitel festgelegten Betrag,
- g) Beträge, die bereits als Einkommen bei der Berufsausbildung oder -vorbereitung für ein Kind berücksichtigt wurden,
- g) Freibeträge bei Erwerbstätigkeit seit **1. Oktober 2005**: Vom Brutto-Erwerbseinkommen wird anstelle der unter c, d und e genannten Kosten (Versicherungen, Vorsorge für Krankheit und Alter, Werbungskosten) ein Pauschalbetrag von 100 Euro abgezogen. Sind die tatsächlichen Aufwendungen höher, können die höheren Beträge abgesetzt werden, sofern das Brutto-Einkommen 400 Euro monatlich überschreitet. Darüber hinaus wird nach § 30 SGB II ein weiterer Teil nicht angerechnet:
 - Vom Brutto-Einkommen zwischen 100,01 bis 800 Euro sind 20 Prozent frei.
 - Vom Brutto-Einkommen zwischen 800,01 bis 1.200 Euro sind nochmals 10 Prozent frei. Wenn der Hilfebedürftige ein minderjähriges Kind hat, erhöht sich der Betrag auf 1.500 Euro.

Freibeträge bei Erwerbstätigkeit bis **30. September 2005**: Vom Bruttoeinkommen wurden die Steuern, die Sozialversicherungsbeiträge, bestimmte Versicherungen und die Werbungskosten abgezogen. Von den verbleibenden Nettoeinkommen waren anrechnungsfrei:

- 15 Prozent des Teils, der auf das Bruttoeinkommen bis 400 Euro entfiel,
- 30 Prozent des Teils, der auf das Bruttoeinkommen zwischen 400,01 und 900 Euro entfiel,
- 15 Prozent des Teils, der auf das Bruttoeinkommen zwischen 900,01 Euro und 1.500 Euro entfiel.

Methodische Erläuterungen

Die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende basiert auf Prozessdaten der SGB II - Träger, also auf den Daten der IT-Verfahren zur Gewährung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II. Für die ARGE n und die Agenturen in getrennter Trägerschaft wird das IT-Fachverfahren A2LL eingesetzt, aus dem direkt Daten für die Statistik-Verfahren bei der BA gewonnen werden können. Zugelassene kommunale Träger (zkT) sowie Kommunen, die in getrennter Trägerschaft Aufgaben außerhalb von Arbeitsgemeinschaften wahrnehmen, verwenden eigene IT-Verfahren, aus denen die Daten für die Statistik nicht unmittelbar zugänglich sind. Die kommunalen Träger sind gemäß § 51 b SGB II dazu verpflichtet, der BA die entsprechenden Einzeldaten zu übermitteln. Es wurden dafür geeignete Datenstandards und Datenlieferverfahren vereinbart (XSozial-BA-SGB II). Alle zugelassenen kommunalen Träger liefern regelmäßig über dieses Verfahren und für die meisten Kommunen können kontinuierlich Statistiken zumindest in den Eckdaten veröffentlicht werden. Die innere Konsistenz und Vollständigkeit der gelieferten Daten ist fortwährend gestiegen, so dass zunehmend mehr Merkmale ausgewertet werden können und die Zahl der Kommunen mit breiterer statistischer Berichterstattung zunimmt.

Soweit für einzelne Kreise in einem Monat die Eckdaten nicht zur Verfügung stehen, werden diese mit Hilfe von Schätzverfahren auf Kreisebene ergänzt. Bundes- und Länderzahlen werden durch Aggregation von Kreisdaten ermittelt (bottom-up). Bei Auswertungen differenzierterer Merkmale werden auf Kreisebene fehlende Werte aus den Eckdaten ebenfalls proportional geschätzt und in der Länder- und Bundesaggregation verwendet.

Basis und Hochrechnung für diesen Bericht

Die Auswertungen dieses Berichtes basieren zum überwiegenden Teil auf Informationen aus 349 Kreisen, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind und bei denen die Grundsicherung in Form von ARGE n organisiert ist. Die Daten wurden in den wichtigsten Merkmalen getrennt für jedes Bundesland proportional zum relevanten Eckwert (Bedarfsgemeinschaft, hilfebedürftige Personen) hochgerechnet und zum Bundeswert aufaddiert. In den Eckzahlen kann es zu leichten Abweichungen zu den veröffentlichten Daten für Gesamtdeutschland kommen. Einzelne Strukturauswertungen wurden nur für Deutschland proportional hochgerechnet.

Kriterium für die Auswahl dieser Kreise war, dass nur so für eine große Anzahl von Kreise eine vergleichbare Auswertung mit Differenzierung nach Einkommen aus Erwerbstätigkeit möglich wurde. Zu berücksichtigende Einkommen und anrechenbare Einkommen werden im Datensatz XSozial-BA-SGB II nicht in der Differenzierung nach Einkommensarten erfasst, weil diese Anforderung zumindest in der noch laufenden Startphase für zu aufwändig erachtet wurde. Es bleibt als Vergleichsbasis das verfügbare Einkommen. Allerdings kann wegen unterschiedlicher Anrechnungsmodelle zurzeit keine vergleichbare Zahl der Leistungsbezieher als Ausgangsbasis gewonnen werden; das gilt auch im Verhältnis Agenturen in getrennter Trägerschaft zu ARGE n und zkT. Vorbereitet werden Tabellen für alle Kreise (soweit Daten vorhanden), die diesen Bericht ergänzen und auf verfügbarem Einkommen bezogen auf alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen basieren.

Hilfebedürftige Personen und Leistungsbezieher

Es gibt Personen in der Grundsicherung, die keine Leistungen beziehen, aber als Personen einer Bedarfsgemeinschaft weiter als erwerbsfähige oder nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige gezählt werden. Dabei handelt es sich vor allem um Kinder (bis zum 25. Lebensjahr), die in der Bedarfsgemeinschaft der Eltern leben und deren Einkommen ihren Bedarf übersteigt. Nach den Bestimmungen des SGB II verbleibt das Einkommen eines Kindes (z.B. Unterhaltszahlungen oder Einkommen aus Erwerbstätigkeit) beim Kind und muss nicht zur Bedarfsdeckung der übrigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft eingesetzt werden (Ausnahme: Kindergeld). Die Kinder mit ausreichendem Einkommen haben damit keinen individuellen Leistungsanspruch im SGB II. Im Januar 2007 waren das in den 349 vollständigen A2LL Kreisen 37.000 erwerbsfähige und 103.000 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Alle hier vorgestellten Berechnungen zum anrechenbaren Einkommen von Bedarfsgemeinschaften und Personen berücksichtigen nur Einkommen von Leistungsbeziehern. Anrechenbare Einkommen von Personen in Bedarfsgemeinschaften, die keinen individuellen Leistungsanspruch zum statistischen Stichtag haben, werden nicht berücksichtigt. Bedarfsgemeinschaften, in denen nur solchen Personen anrechenbares Einkommen zufließt, werden nicht als Bedarfsgemeinschaft mit anrechenbarem Einkommen gewertet.

Texttabelle 2: Personen mit Brutto-Einkommen aus ET und anrechenbarem Einkommen aus ET in der Grundsicherung

Deutschland - Werte auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind

Januar 2007

Anzahl / Einkommensart	Personen			Erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb)			Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (nef)		
	alle	Lbez	nLbez	alle	Lbez	nLbez	alle	Lbez	nLbez
alle	6.176.300	6.035.790	140.510	4.519.781	4.482.627	37.154	1.656.519	1.553.163	103.356
mit Brutto-EK aus ET	940.588	921.338	19.250	940.043	920.836	19.207	545	502	43
mit anrechenb. EK aus ET	838.007	819.469	18.538	837.705	819.199	18.506	302	270	32
alle	100,0	97,7	2,3	100,0	99,2	0,8	100,0	93,8	6,2
mit Brutto-EK aus ET	100,0	98,0	2,0	100,0	98,0	2,0	100,0	92,1	7,9
mit anrechenb. EK aus ET	100,0	97,8	2,2	100,0	97,8	2,2	100,0	89,4	10,6
alle	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
mit Brutto-EK aus ET	15,2	15,3	13,7	20,8	20,5	51,7	0,0	0,0	0,0
mit anrechenb. EK aus ET	13,6	13,6	13,2	18,5	18,3	49,8	0,0	0,0	0,0
alle	100,0	97,7	2,3	100,0	99,2	0,8	100,0	93,8	6,2
mit Brutto-EK aus ET	15,2	14,9	0,3	20,8	20,4	0,4	0,0	0,0	0,0
mit anrechenb. EK aus ET	13,6	13,3	0,3	18,5	18,1	0,4	0,0	0,0	0,0

Lbez = Leistungsbezieher
nLbez = Nicht-Leistungsbezieher

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Im Rahmen der SGB II-Kennzahlen für interregionale Vergleiche wird von dieser Festlegung abgewichen, um vergleichbare Ergebnisse zu generieren. Dort wird in der Kennzahl D2 die Summe anrechenbarer Einkommen je Bedarfsgemeinschaft ausgewiesen. In diese Berechnung fließen auch die Einkommen von hilfebedürftigen Personen ein, die keinen Leistungsanspruch haben (erweiterte Grundgesamtheit). Grund für diese Vorgehensweise ist, dass ein Teil der zugelassenen kommunalen Trägern das Einkommen nicht nur bei Kindern, sondern bei jedem Hilfebedürftigen zunächst auf den individuellen Bedarf anrechnet (Vertikal-Methode). Wird nun der gesamte Bedarf dieser Personen durch das anrechenbare Einkommen reduziert, würde kein individueller Leistungsanspruch mehr vorliegen und das anrechenbare Einkommen bliebe unberücksichtigt. Die Folge wäre eine systematisch niedrigere Summe anrechenbaren Einkommens je Bedarfsgemeinschaft bei den zugelassenen kommunalen Trägern, die dieses Anrechnungsverfahren anwenden. Um trägerübergreifende Vergleichbarkeit herzustellen, werden deshalb im Rahmen der SGB II-Kennzahlen alle hilfebedürftigen Personen in die Berechnung mit einbezogen.

Repräsentativität

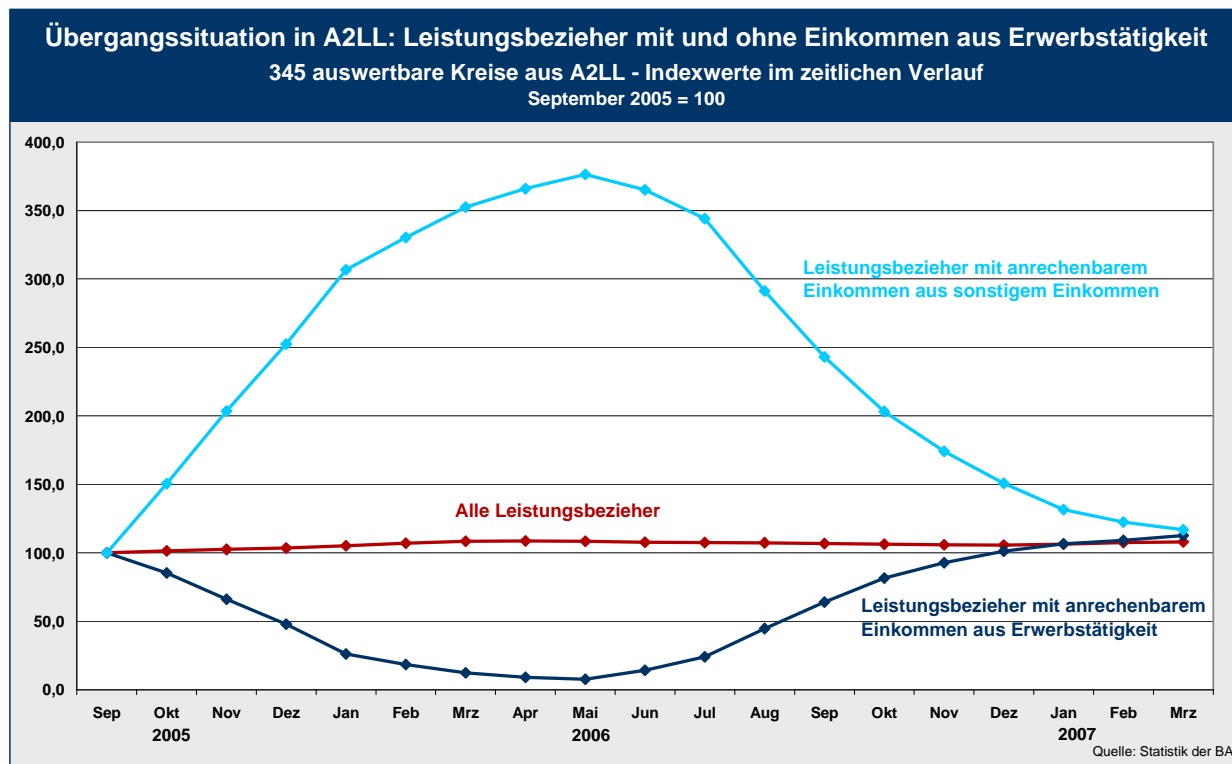
Die Kennzahlen D1 und D2 können für einen Vergleich der Einkommenssituation bei den vollständig einbezogenen ARGEn, den Agenturen in getrennter Trägerschaft und den zKT dienen. Im März 2007 konnten für 47 der 69 zKT Einkommensdaten ausgewiesen werden.

Der Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit anrechenbarem Einkommen (D1) lag insgesamt bei 42,0%: ARGEn 42,1%, zKT 41,4%, gT 41,6%. Die durchschnittliche Höhe des anrechenbaren Einkommens je Bedarfsgemeinschaft lag insgesamt bei 297 Euro: ARGEn 297 Euro, zKT 298 Euro, gT 299 Euro. Die Werte sind so gleichartig, dass in Bezug auf das hier behandelte Thema von einer Repräsentativität der ARGEn ausgegangen werden kann. Bei den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen decken die einbezogenen ARGEn ungefähr 84,5% aller Fälle ab.

Erfassung anrechenbares Einkommen aus Erwerbstätigkeit im Fachverfahren A2LL

Auswertungen aus der Grundsicherungsstatistik auf Basis des Fachverfahrens A2LL zur Anrechnung von Einkommen aus Erwerbstätigkeit auf Leistungen der Grundsicherung wurden zuletzt für den September 2005 veröffentlicht. Mit der gesetzlichen Änderung der Freibetragsberechnung nach §§ 11, 30 SGB II zum 1. Oktober 2005 konnte das anrechenbare Einkommen aus Erwerbstätigkeit als solches in A2LL nicht mehr erfasst werden. Es wurde eine Umgehungslösung geschaffen, mit der die Anrechnung extern zu ermitteln und das errechnete anrechenbare Einkommen dann in A2LL als sonstiges Einkommen einzugeben war. Damit konnten in A2LL alle Fälle, die mit der Umgehungslösung bearbeitet wurden, ab Oktober 2005 nicht mehr als Einkommen aus Erwerbstätigkeit identifiziert werden. Aufgrund einer gesetzlichen Übergangsregelung waren laufende Fälle nicht umzustellen. Ab Oktober 2005 reduzierten sich dann von Monat zu Monat die Fälle mit anrechenbarem Einkommen aus Erwerbstätigkeit, während die Fälle mit sonstigem Einkommen zunahm. Seit August 2006 ist in A2LL die Funktionalität der neuen Freibetragsrechnung implementiert. Es bestand die verfahrenstechnische Übergangslösung, dass nur die Fälle mit der neuen Funktionalität bearbeitet werden mussten, die auch hinsichtlich des Einkommens neu zu berechnen waren (insbesondere Neubewilligungen, Fortzahlungen, Änderung der Einkommenshöhe, neues Einkommen). Konsequenz war, dass die Zahl der Fälle mit anrechenbarem Einkommen aus Erwerbstätigkeit monatlich kontinuierlich anstieg, während die Zahl der Fälle mit sonstigem Einkommen wieder zurückging. Die Fälle mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit dürften ab Januar 2007 nahezu vollständig in A2LL als solche erfasst sein. Die Berichterstattung über berücksichtigungsfähiges und anrechenbares Einkommen aus Erwerbstätigkeit beginnt deshalb mit diesem Berichtsmonat.

Schaubild 11:



Integrierte Auswertung von Beschäftigtenstatistik und Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) erstellt auf der Basis der Daten aus dem Meldeverfahren zur Sozialversicherung eine Statistik der sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnt Beschäftigten. Um qualitativ hochwertige Ergebnisse zu erzielen, beträgt die Wartezeit zwischen Stichtag und Aufbereitung sechs Monate. Damit wird der Laufzeit der Meldungen zwischen Arbeitgebern, Krankenversicherungs- und Rentenversicherungs-Trägern und der BA sowie möglichen Korrekturen fehlerhaft erstatteter Meldungen Rechnung getragen. Die Statistik der Grundsicherung wird nach einer Wartezeit von drei Monaten festgeschrieben, um nachträgliche Bewilligungen und Aberkennungen noch berücksichtigen zu können. Die Bestandsstatistik der sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnt Beschäftigten zum Monatsende wird mit der Leistungsempfängerstatistik des entsprechenden Monats abgeglichen und die Bestandsfälle erhalten eine Kennzeichnung („Bezug einer SGB II-Leistung“), mit deren Hilfe die Beschäftigten mit Leistungsbezug nach allen statistischen Merkmalen der Beschäftigtenstatistik ausgewertet werden können.

Da die Leistungsempfängerstatistik zu einem Stichtag um die Monatsmitte und die Beschäftigtenstatistik zum Monatsletzten ausgewertet werden, ergibt sich aufgrund dieses zeitlichen Verzugs eine geringe Unschärfe.

Für die integrierte Auswertung konnte bislang nur die auf dem Verfahren A2LL basierenden Statistik-Daten herangezogen werden. Die Schnittmenge ist deshalb um die Leistungsempfänger untererfasst, die nicht im Fachverfahren A2LL registriert sind. Im Januar 2007 waren in A2LL/SGB II bundesweit 4.653.000 erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb) registriert, im Vergleich zu den in der Grundsicherungsstatistik insgesamt ermittelten 5.350.000 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Dabei variiert der berücksichtigte Anteil aller eHb von Land zu Land, je nach Anzahl und Größe der zugelassenen kommunalen Träger. Um diese Untererfassung auszugleichen werden die Daten mit einem einfachen proportionalen Verfahren hochgerechnet. Dabei erfolgt die Hochrechnung jeweils getrennt für die Länder; die Länderergebnisse werden dann in den Eckwerten für Deutschland, West- und Ostdeutschland aufaddiert und der entsprechende Hochrechnungsfaktor ermittelt. Die soziodemografischen, berufsfachlichen und nach Wirtschaftszweigen differenzierten Überschneidungsfälle werden dann jeweils mit dem gleichen regionalen Faktor hochgerechnet.

Texttabelle 3: Hochrechnung der Daten zu den Leistungsempfängern aus dem Fachverfahren A2LL

Abgrenzung	Erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb) im Januar 2007			
	eHb-Eckwert	eHb aus A2LL	Anteil eHb an eHb-Eckwert	Hochrechnungsfaktor eHb ¹⁾
	absolut		in Prozent	
Schleswig-Holstein	183.734	165.589	90,1	1,110
Hamburg	149.451	149.451	100,0	1,000
Niedersachsen	501.017	389.879	77,8	1,285
Bremen	72.214	72.214	100,0	1,000
Nordrhein-Westfalen	1.207.086	1.068.431	88,5	1,130
Hessen	324.339	196.778	60,7	1,648
Rheinland-Pfalz	184.885	179.522	97,1	1,030
Baden-Württemberg	360.195	331.991	92,2	1,085
Bayern	397.214	384.930	96,9	1,032
Saarland	64.247	60.568	94,3	1,061
Berlin	454.561	454.561	100,0	1,000
Brandenburg	273.696	184.929	67,6	1,480
Mecklenburg-Vorpommern	220.976	204.639	92,6	1,080
Sachsen	443.886	362.142	81,6	1,226
Sachsen-Anhalt	299.372	248.961	83,2	1,202
Thüringen	212.696	198.111	93,1	1,074
Deutschland	5.349.569	4.652.696	87,0	1,153
Westdeutschland	3.444.382	2.999.353	87,1	1,148
Ostdeutschland	1.905.187	1.653.343	86,8	1,161

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Die Hochrechnungsfaktoren für Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland wurden dadurch ermittelt, dass die Summe der hochgerechneten Anzahl an beschäftigten SGB II-Leistungsempfängern der zum jeweiligen Gebiet gehörenden Länder durch das Ergebnis der integrierten Auswertung von Beschäftigtenstatistik und Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende in der jeweiligen territorialen Abgrenzung dividiert wurde.

Die Ergebnisse der integrierten Auswertung wurden zuletzt für den Oktober 2006 veröffentlicht. Mit diesem Bericht werden nun erstmals Ergebnisse einer verbesserten Version der integrierten Auswertung vorgelegt. In der alten Version wurde auf einen Datenpool zugegriffen, der wegen unterschiedlicher Primärschlüssel im Leistungsbewilligungs- und im Meldeverfahren zur Sozialversicherung nicht vollständig war. In der neuen Version kann dagegen auf vollständiges und aktuelles Datenmaterial zugegriffen werden. Aus diesem Grund liegen die Ergebnisse der neuen Version um ca. 200.000 Leistungsbezieher mit Beschäftigungsverhältnis über den Ergebnissen der alten Version. Aktuell stehen nur Daten für Januar 2007 zur Verfügung. Das Verfahren zur rückwirkenden Aufbereitung wird derzeit geklärt. Dabei soll auch die Einbeziehung der Statistikdaten auf Basis der Datenlieferungen der zugelassenen kommunalen Träger vorbereitet werden. Mit deren Einbeziehung wird auch das Ausmaß der Hochrechnung reduziert.

Tabellenanhang

Tab. 1: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften und hilfebedürftigen Personen nach Einkommensarten	- 31 -
Tab. 2a: Anrechenbares Einkommen aller Bedarfsgemeinschaften nach Einkommensarten und Größenklassen	- 32 -
Tab. 2b: Anrechenbares Einkommen aller Bedarfsgemeinschaften nach Einkommensarten und Größenklassen (kumuliert)	- 32 -
Tab. 3a: Anrechenbares Gesamteinkommen nach verschiedenen Typen von Bedarfsgemeinschaften und Größenklassen	- 33 -
Tab. 3b: Anrechenbares Gesamteinkommen nach verschiedenen Typen von Bedarfsgemeinschaften und Größenklassen (kumuliert)	- 33 -
Tab. 4a: Anrechenbares Einkommen aus Erwerbstätigkeit nach verschiedenen Typen von Bedarfsgemeinschaften und Größenklassen	- 34 -
Tab. 4b: Anrechenbares Einkommen aus Erwerbstätigkeit nach verschiedenen Typen von Bedarfsgemeinschaften und Größenklassen (kumuliert).....	- 34 -
Tab.5: Bedarfsgemeinschaften mit anrechenbarem Einkommen und ausschließlicher Leistungen für Unterkunft und Heizung.....	- 35 -
Tab. 6a: Zu berücksichtigendes Einkommen von Personen aus Erwerbstätigkeit nach Art und Größenklassen	- 36 -
Tab. 6b: Zu berücksichtigendes Einkommen von Personen aus Erwerbstätigkeit nach Art und Größenklassen (kumuliert)	- 36 -
Tab. 7: Erwerbstätige Leistungsbezieher nach Höhe des Brutto-Einkommens und Arbeitslosigkeit-Status	- 37 -
Tab. 8a: Struktur der erwerbstätigen Leistungsbezieher nach verschiedenen Typen von Bedarfsgemeinschaften und Größenklassen des Einkommens	- 38 -
Tab. 8b: Struktur der erwerbstätigen Leistungsbezieher nach verschiedenen Typen von Bedarfsgemeinschaften und Größenklassen des Einkommens (prozentuiert nach Klassen)	- 38 -
Tab. 9: Bedarfsgemeinschaften mit zu berücksichtigendem Einkommen aus Erwerbstätigkeit nach Typen von Bedarfsgemeinschaften	- 39 -
Tab. 10: Strukturvergleich von Beschäftigten mit und ohne ergänzende Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	- 40 -
Tab. 11: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften nach Bundesländern	- 41 -
Tab. 12: Anrechenbares Einkommen von hilfebedürftigen Personen nach Bundesländern	- 41 -
Tab. 13: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften nach Kreisen	- 42 -
Tab. 14: Anrechenbares Einkommen von hilfebedürftigen Personen nach Kreisen	- 52 -
Tab. 15: Anteil von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten mit SGB II-Leistungen an allen Beschäftigten in Kreisen, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind	- 62 -

Tabelle 1: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften und hilfebedürftigen Personen nach Einkommensarten

Januar 2007

Anzahl der Fälle, durchschnittliche Höhe der Einkommen

Deutschland - Hochgerechnete Werte auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind

Einkommen	Bedarfsgemeinschaften (BG)			Hilfebedürftige Personen (hP) ¹⁾		
	Anzahl		Anrechenbare Einkommen je BG in Euro	Anzahl		Anrechenbare Einkommen je hP in Euro
	absolut	Anteil in %		absolut	Anteil in %	
Deutschland						
insgesamt	3.771.767		256	7.328.987		132
mit anrechenbarem Einkommen	2.224.216	59,0	434	3.950.135	53,9	244
davon: ²⁾						
Erwerbstätigkeit	886.904	23,5	356	975.178	13,3	324
Kindergeld	1.461.150	38,7	254	2.435.792	33,2	153
Unterhalt	448.530	11,9	201	586.791	8,0	154
Sozialleistungen (Alg, Renten u. Krankengeld)	286.346	7,6	393	309.988	4,2	363
dar.: Arbeitslosengeld (Alg)	139.223	3,7	422	141.249	1,9	416
Einkommen aus Kapitalverm., Vermiet. u. Verp.	21.144	0,6	183	21.798	0,3	178
sonstige Einkommen	423.934	11,2	169	452.763	6,2	158
Westdeutschland						
insgesamt	2.431.407		260	4.860.608		130
mit anrechenbarem Einkommen	1.455.669	59,9	435	2.668.990	54,9	237
davon: ²⁾						
Erwerbstätigkeit	566.717	23,3	339	620.005	12,8	310
Kindergeld	987.884	40,6	264	1.700.468	35,0	153
Unterhalt	300.480	12,4	215	401.428	8,3	161
Sozialleistungen (Alg, Renten u. Krankengeld)	167.202	6,9	410	182.718	3,8	375
dar.: Arbeitslosengeld (Alg)	78.784	3,2	460	79.773	1,6	454
Einkommen aus Kapitalverm., Vermiet. u. Verp.	10.956	0,5	218	11.140	0,2	214
sonstige Einkommen	278.126	11,4	162	295.015	6,1	153
Ostdeutschland						
insgesamt	1.340.360		248	2.468.379		135
mit anrechenbarem Einkommen	768.547	57,3	433	1.281.145	51,9	260
davon: ²⁾						
Erwerbstätigkeit	320.187	23,9	386	355.173	14,4	348
Kindergeld	473.266	35,3	235	735.324	29,8	151
Unterhalt	148.050	11,0	173	185.363	7,5	138
Sozialleistungen (Alg, Renten u. Krankengeld)	119.144	8,9	368	127.270	5,2	345
dar.: Arbeitslosengeld (Alg)	60.439	4,5	373	61.476	2,5	367
Einkommen aus Kapitalverm., Vermiet. u. Verp.	10.188	0,8	146	10.658	0,4	140
sonstige Einkommen	145.808	10,9	182	157.748	6,4	168

²⁾ Mehrfachnennungen möglich.

¹⁾ Hilfebedürftige Personen umfassen erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige.

Tabelle 2a: Anrechenbares Einkommen aller Bedarfsgemeinschaften nach Einkommensarten und

Januar 2007

Größenklassen ¹⁾

Größenklasse	Anrechenbares Einkommen insgesamt	Erwerbstätigkeit	Kindergeld	Unterhalt	Sozialleistungen
	Anteil der Fälle einer Größenklasse an allen Fällen in Prozent				
unter 100 €	9,9	22,8	0,6	5,9	7,9
100 € bis unter 200 €	18,5	13,8	55,0	58,6	17,5
200 € bis unter 300 €	12,5	17,1	3,1	20,5	15,1
300 € bis unter 400 €	15,7	9,4	26,5	8,5	15,2
400 € bis unter 500 €	10,4	8,4	10,1	3,5	14,0
500 € bis unter 600 €	7,6	8,0	0,2	1,6	11,5
600 € bis unter 700 €	6,7	6,4	3,0	0,7	7,8
700 € bis unter 800 €	4,5	5,0	0,2	0,3	5,0
800 € bis unter 900 €	4,1	3,6	0,8	0,2	2,9
900 € bis unter 1.000 €	3,0	2,4	0,3	0,1	1,7
1.000 € bis unter 1.100 €	2,1	1,5	0,0	0,0	0,8
1.100 € bis unter 1.200 €	1,6	0,8	0,1	0,0	0,4
1.200 € bis unter 1.300 €	1,1	0,4	0,0	0,0	0,2
1.300 € bis unter 1.400 €	0,8	0,2	0,0	0,0	0,1
1.400 € bis unter 1.500 €	0,5	0,1	0,0	0,0	0,0
1.500 € bis unter 1.600 €	0,3	0,1	0,0	0,0	0,0
1.600 € bis unter 1.700 €	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
1.700 € bis unter 1.800 €	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
1.800 € bis unter 1.900 €	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
1.900 € bis unter 2.000 €	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.000 € und mehr	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil an allen BG* mit anrechenbarem Einkommen (in Prozent)	100,0	39,8	65,6	20,2	12,9
mittlerer Geldbetrag je BG mit anrechen- barem Einkommen	433 €	356 €	254 €	201 €	393 €

¹⁾ Mehrfachnennungen möglich.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Auswertungen auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind. Die so ermittelten Geldbeträge je Bedarfsgemeinschaft können sich geringfügig von den Ergebnissen einer Hochrechnung für ganz Deutschland unterscheiden.

Tabelle 2b: Anrechenbares Einkommen aller Bedarfsgemeinschaften nach Einkommensarten und

Januar 2007

Größenklassen (kumuliert) ¹⁾

Größenklasse	Anrechenbares Einkommen insgesamt	Erwerbstätigkeit	Kindergeld	Unterhalt	Sozialleistungen
	Anteil der Fälle einer Größenklasse an allen Fällen in Prozent (kumuliert)				
unter 100 €	9,9	22,8	0,6	5,9	7,9
unter 200 €	28,5	36,6	55,6	64,5	25,4
unter 300 €	41,0	53,7	58,7	85,1	40,5
unter 400 €	56,7	63,1	85,2	93,6	55,7
unter 500 €	67,1	71,5	95,2	97,0	69,6
unter 600 €	74,6	79,5	95,4	98,7	81,2
unter 700 €	81,3	85,9	98,5	99,4	88,9
unter 800 €	85,8	90,9	98,6	99,7	93,9
unter 900 €	89,9	94,6	99,4	99,9	96,8
unter 1.000 €	92,9	97,0	99,7	99,9	98,5
unter 1.100 €	95,1	98,4	99,8	100,0	99,3
unter 1.200 €	96,7	99,2	99,9	100,0	99,7
unter 1.300 €	97,8	99,6	99,9	100,0	99,9
unter 1.400 €	98,6	99,8	100,0	100,0	100,0
unter 1.500 €	99,1	99,9	100,0	100,0	100,0
unter 1.600 €	99,5	99,9	100,0	100,0	100,0
unter 1.700 €	99,7	100,0	100,0	100,0	100,0
unter 1.800 €	99,8	100,0	100,0	100,0	100,0
unter 1.900 €	99,9	100,0	100,0	100,0	100,0
unter 2.000 €	99,9	100,0	100,0	100,0	100,0
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Auswertungen auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind. Die so ermittelten Geldbeträge je Bedarfsgemeinschaft können sich geringfügig von den Ergebnissen einer Hochrechnung für ganz Deutschland unterscheiden.

Tabelle 3a: Anrechenbares Gesamteinkommen nach verschiedenen Typen von Bedarfsgemeinschaften¹⁾ und Größenklassen¹⁾

Januar 2007

Größenklasse	alle Bedarfs- gemein- schaften (BG)	Single- Bedarfs- gemein- schaften	Allein- erziehende mit 1 Kind	Allein- erziehende mit 2 Kindern	Paar o. Kinder	Paar mit 1 Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 Kindern	Paar mit mehr als 3 Kindern
	Anteil der Fälle einer Größenklasse an allen Fällen in Prozent								
unter 100 €	9,9	30,8	1,6	1,1	12,5	0,3	0,1	0,1	0,3
100 € bis unter 200 €	18,5	25,2	22,6	3,4	16,2	35,0	1,3	0,6	0,4
200 € bis unter 300 €	12,5	16,2	25,3	4,2	13,8	8,8	1,2	0,4	0,3
300 € bis unter 400 €	15,7	11,0	21,7	20,2	11,1	9,8	39,9	20	0,8
400 € bis unter 500 €	10,4	8,6	8,8	16,1	9,4	6,4	8,7	38,3	1,6
500 € bis unter 600 €	7,6	5,6	5,6	18,2	9,2	5,6	8,1	8,5	0,8
600 € bis unter 700 €	6,7	1,9	4,5	16,0	8,4	5,8	5,8	8,9	30,2
700 € bis unter 800 €	4,5	0,4	3,7	6,1	6,9	6,2	4,9	7,4	5,5
800 € bis unter 900 €	4,1	0,1	3,0	4,6	5,2	6,1	5,2	5,0	16,3
900 € bis unter 1.000 €	3,0	0,0	1,8	3,4	3,3	5,2	5,3	4,4	8,8
1.000 € bis unter 1.100 €	2,1	0,0	0,8	2,6	1,7	4,1	5,2	4,3	5,2
1.100 € bis unter 1.200 €	1,6	0,0	0,3	1,9	0,9	3,0	4,5	4,4	6,0
1.200 € bis unter 1.300 €	1,1	0,0	0,2	1,1	0,6	1,7	3,6	3,8	4,0
1.300 € bis unter 1.400 €	0,8	0,0	0,1	0,5	0,3	0,9	2,7	3,5	4,3
1.400 € bis unter 1.500 €	0,5	0,0	0,0	0,3	0,2	0,5	1,7	2,9	3,3
1.500 € bis unter 1.600 €	0,3	0,0	0,0	0,1	0,1	0,3	1,0	2,1	3,1
1.600 € bis unter 1.700 €	0,2	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	0,4	1,5	2,5
1.700 € bis unter 1.800 €	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,3	0,9	1,9
1.800 € bis unter 1.900 €	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,5	1,4
1.900 € bis unter 2.000 €	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,3	0,9
2.000 € und mehr	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,3	2,4
Anteil an allen BG* mit anrechenbarem Einkommen (in Prozent)	100,0	24,5	17,4	7,9	14,6	13,3	10,1	4,1	2,1
mittlerer Geldbetrag je BG mit anrechen- barem Einkommen	433 €	213 €	363 €	551 €	424 €	483 €	62€	755 €	974 €

¹⁾ Mehrfachnennungen möglich.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Auswertungen auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind. Die so ermittelten Geldbeträge je Bedarfsgemeinschaft können sich geringfügig von den Ergebnissen einer Hochrechnung für ganz Deutschland unterscheiden.

Tabelle 3b: Anrechenbares Gesamteinkommen nach verschiedenen Typen von Bedarfsgemeinschaften und Größenklassen (kumuliert)¹⁾

Januar 2007

Größenklasse	alle Bedarfs- gemein- schaften (BG)	Single- Bedarfs- gemein- schaften	Allein- erziehende mit 1 Kind	Allein- erziehende mit 2 Kindern	Paar o. Kinder	Paar mit 1 Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 Kindern	Paar mit mehr als 3 Kindern
	Anteil der Fälle einer Größenklasse an allen Fällen in Prozent (kumuliert)								
unter 100 €	9,9	30,8	1,6	1,1	12,5	0,3	0,1	0,1	0,3
unter 200 €	28,5	56,1	24,2	4,5	28,7	35,4	1,4	0,7	0,7
unter 300 €	41,0	72,3	49,5	8,7	42,5	44,2	2,7	1,1	1,0
unter 400 €	56,7	83,3	71,2	29,0	53,6	54,0	42,5	3,1	1,8
unter 500 €	67,1	91,9	80,0	45,0	63,0	60,3	51,2	41,3	3,3
unter 600 €	74,6	97,5	85,6	63,2	72,2	66,0	59,3	49,8	4,2
unter 700 €	81,3	99,4	90,1	79,2	80,6	71,8	65,1	58,7	34,3
unter 800 €	85,8	99,8	93,8	85,3	87,6	78,0	70,0	66,1	39,9
unter 900 €	89,9	99,9	96,8	89,9	92,7	84,1	75,1	71,1	56,2
unter 1.000 €	92,9	100,0	98,5	93,3	96,0	89,3	80,5	75,5	65,0
unter 1.100 €	95,1	100,0	99,3	95,9	97,7	93,4	85,7	79,8	70,2
unter 1.200 €	96,7	100,0	99,7	97,8	98,7	96,4	90,1	84,2	76,1
unter 1.300 €	97,8	100,0	99,8	99,0	99,3	98,1	93,7	88,0	80,1
unter 1.400 €	98,6	100,0	99,9	99,5	99,6	98,9	96,4	91,6	84,4
unter 1.500 €	99,1	100,0	100,0	99,8	99,8	99,4	98,0	94,4	87,8
unter 1.600 €	99,5	100,0	100,0	99,9	99,9	99,7	99,0	96,5	90,8
unter 1.700 €	99,7	100,0	100,0	100,0	99,9	99,8	99,5	98,0	93,4
unter 1.800 €	99,8	100,0	100,0	100,0	100,0	99,9	99,7	98,9	95,3
unter 1.900 €	99,9	100,0	100,0	100,0	100,0	99,9	99,8	99,4	96,7
unter 2.000 €	99,9	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	99,9	99,7	97,6
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Auswertungen auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind. Die so ermittelten Geldbeträge je Bedarfsgemeinschaft können sich geringfügig von den Ergebnissen einer Hochrechnung für ganz Deutschland unterscheiden.

Tabelle 4a: Anrechenbares Einkommen aus Erwerbstätigkeit nach verschiedenen Typen von Bedarfsgemeinschaften und Größenklassen ¹⁾

Januar 2007

Größenklasse	alle Bedarfs- gemein- schaften (BG)	Single- Bedarfs- gemein- schaften	Allein- erziehende mit 1 Kind	Allein- erziehende mit 2 Kindern	Paar o. Kinder	Paar mit 1 Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 Kindern	Paar mit mehr als 3 Kindern
	Anteil der Fälle einer Größenklasse an allen Fällen in Prozent								
unter 100 €	22,8	37,1	25,1	24,2	17,0	13,5	14,2	15,5	16,9
100 € bis unter 200 €	13,8	16,1	16,7	17,6	11,9	10,0	10,5	11,3	13,0
200 € bis unter 300 €	17,1	20,4	21,1	21,3	14,1	13,7	14,3	15,4	15,6
300 € bis unter 400 €	9,4	9,7	11,8	11,3	9,3	8,2	7,9	7,7	7,7
400 € bis unter 500 €	8,4	8,4	9,0	8,0	9,5	8,4	7,3	7,0	6,4
500 € bis unter 600 €	8,0	6,1	7,6	6,9	10,1	9,6	8,3	7,2	7,0
600 € bis unter 700 €	6,4	1,7	4,8	5,1	9,3	10,2	8,9	7,8	7,3
700 € bis unter 800 €	5,0	0,3	2,4	3,0	7,5	9,2	8,5	7,3	6,2
800 € bis unter 900 €	3,6	0,1	0,9	1,4	5,2	6,9	7,1	6,5	5,8
900 € bis unter 1.000 €	2,4	0,0	0,3	0,7	3,1	4,8	5,2	5,0	4,2
1.000 € bis unter 1.100 €	1,5	0,0	0,1	0,3	1,5	2,9	3,6	3,7	3,6
1.100 € bis unter 1.200 €	0,8	0,0	0,1	0,1	0,7	1,4	2,1	2,5	2,3
1.200 € bis unter 1.300 €	0,4	0,0	0,0	0,0	0,4	0,7	1,1	1,5	1,6
1.300 € bis unter 1.400 €	0,2	0,0	0,0	0,0	0,2	0,3	0,5	0,8	0,9
1.400 € bis unter 1.500 €	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	0,4	0,6
1.500 € bis unter 1.600 €	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,4
1.600 € bis unter 1.700 €	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2
1.700 € bis unter 1.800 €	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
1.800 € bis unter 1.900 €	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
1.900 € bis unter 2.000 €	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.000 € und mehr	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil an allen BG* mit anrechenbarem EK aus ET (in Prozent)	100,0	26,9	10,5	4,6	20,3	15,4	11,7	4,3	1,8
mittlerer Geldbetrag je BG mit anrechen- barem Einkommen aus ET	356 €	211 €	274 €	282 €	416 €	477 €	485 €	478 €	463 €

¹⁾ Mehrfachnennungen möglich.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Auswertungen auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind. Die so ermittelten Geldbeträge je Bedarfsgemeinschaft können sich geringfügig von den Ergebnissen einer Hochrechnung für ganz Deutschland unterscheiden.

Tabelle 4b: Anrechenbares Einkommen aus Erwerbstätigkeit nach verschiedenen Typen von Bedarfsgemeinschaften und Größenklassen (kumuliert) ¹⁾

Januar 2007

Größenklasse	alle Bedarfs- gemein- schaften (BG)	Single- Bedarfs- gemein- schaften	Allein- erziehende mit 1 Kind	Allein- erziehende mit 2 Kindern	Paar o. Kinder	Paar mit 1 Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 Kindern	Paar mit mehr als 3 Kindern
	Anteil der Fälle einer Größenklasse an allen Fällen in Prozent (kumuliert)								
unter 100 €	22,8	37,1	25,1	24,2	17,0	13,5	14,2	15,5	16,9
unter 200 €	36,6	53,1	41,8	41,8	28,8	23,5	24,6	26,8	29,9
unter 300 €	53,7	73,5	62,9	63,1	42,9	37,2	39,0	42,2	45,4
unter 400 €	63,1	83,3	74,7	74,4	52,2	45,4	46,9	49,9	53,2
unter 500 €	71,5	91,7	83,7	82,4	61,8	53,8	54,2	56,9	59,6
unter 600 €	79,5	97,8	91,3	89,3	71,9	63,4	62,5	64,1	66,6
unter 700 €	85,9	99,5	96,2	94,4	81,2	73,5	71,4	71,9	73,9
unter 800 €	90,9	99,9	98,5	97,4	88,7	82,7	79,9	79,2	80,1
unter 900 €	94,6	99,9	99,4	98,8	93,9	89,6	87,0	85,7	86,0
unter 1.000 €	97,0	100,0	99,8	99,5	97,0	94,5	92,2	90,8	90,2
unter 1.100 €	98,4	100,0	99,9	99,8	98,5	97,4	95,8	94,5	93,8
unter 1.200 €	99,2	100,0	100,0	99,9	99,2	98,7	98,0	96,9	96,0
unter 1.300 €	99,6	100,0	100,0	100,0	99,6	99,4	99,1	98,4	97,6
unter 1.400 €	99,8	100,0	100,0	100,0	99,8	99,7	99,6	99,2	98,5
unter 1.500 €	99,9	100,0	100,0	100,0	99,9	99,8	99,8	99,6	99,2
unter 1.600 €	99,9	100,0	100,0	100,0	99,9	99,9	99,9	99,8	99,5
unter 1.700 €	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	99,9	99,9	99,9	99,8
unter 1.800 €	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	99,9	99,9
unter 1.900 €	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	99,9
unter 2.000 €	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Auswertungen auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind. Die so ermittelten Geldbeträge je Bedarfsgemeinschaft können sich geringfügig von den Ergebnissen einer Hochrechnung für ganz Deutschland unterscheiden.

Tabelle 5: Bedarfsgemeinschaften mit anrechenbarem Einkommen und ausschließlicher Leistungen für Unterkunft und Heizung

Hochgerechnete Werte auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind

Januar 2007

Merkmal	alle Bedarfsgemeinschaften (BG)	Single-Bedarfsgemeinschaften	Allein-erziehende BG	Partner-BG ohne Kinder	Partner-BG mit Kindern
Bedarfsgemeinschaften mit anrechenbarem Einkommen, die nur Leistungen für Unterkunft und Heizung erhalten	274.017	113.862	27.122	65.698	58.596
Anteil an allen Bedarfsgemeinschaften des jeweiligen Typs in %	7,3	6,1	4,1	13,1	8,8
Durchschnittliche Leistungen für Unterkunft und Heizung in €	205	190	172	214	243

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 6a: Zu berücksichtigendes Einkommen von Personen aus Erwerbstätigkeit nach

Januar 2007

Art und Größenklassen ¹⁾

Größenklasse	Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit	Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit	Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit (Betriebseinnahmen)
	Anteil der Fälle einer Größenklasse an allen Fällen in Prozent		
unter 100 €	7,9	7,9	8,5
100 € bis unter 200 €	20,5	21,0	12,6
200 € bis unter 300 €	9,1	9,0	11,2
300 € bis unter 400 €	9,0	9,0	9,5
400 € bis unter 500 €	9,2	9,3	8,4
500 € bis unter 600 €	4,0	3,8	7,4
600 € bis unter 700 €	4,2	4,1	5,8
700 € bis unter 800 €	4,0	4,0	4,4
800 € bis unter 900 €	4,5	4,5	4,2
900 € bis unter 1.000 €	4,5	4,6	3,1
1.000 € bis unter 1.100 €	4,2	4,2	3,4
1.100 € bis unter 1.200 €	3,5	3,6	2,1
1.200 € bis unter 1.300 €	3,2	3,3	2,0
1.300 € bis unter 1.400 €	2,6	2,6	1,5
1.400 € bis unter 1.500 €	2,1	2,2	1,2
1.500 € bis unter 1.600 €	1,9	1,9	1,4
1.600 € bis unter 1.700 €	1,4	1,4	0,9
1.700 € bis unter 1.800 €	1,0	1,0	0,8
1.800 € bis unter 1.900 €	0,8	0,8	0,8
1.900 € bis unter 2.000 €	0,5	0,5	0,6
2.000 € und mehr	1,7	1,2	10,3
Anteil an allen Personen*) mit zu berücksichtigendem Einkommen (in Prozent)	100,0	95,1	5,2
mittlerer Geldbetrag je Person mit zu berücksichtigendem Einkommen	617 €	600 €	897 €

¹⁾ Mehrfachnennungen möglich.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Auswertungen auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind. Die so ermittelten Geldbeträge

je Bedarfsgemeinschaft können sich geringfügig von den Ergebnissen einer Hochrechnung für ganz Deutschland unterscheiden.

Tabelle 6b: Zu berücksichtigendes Einkommen von Personen aus Erwerbstätigkeit

Januar 2007

nach Art und Größenklassen (kumuliert) ¹⁾

Größenklasse	Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit	Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit	Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit
	Anteil der Fälle einer Größenklasse an allen Fällen in Prozent (kumuliert)		
unter 100 €	7,9	7,9	8,5
unter 200 €	28,4	28,9	21,1
unter 300 €	37,5	37,9	32,3
unter 400 €	46,6	47,0	41,8
unter 500 €	55,8	56,2	50,1
unter 600 €	59,8	60,1	57,5
unter 700 €	64,0	64,2	63,3
unter 800 €	68,0	68,1	67,7
unter 900 €	72,5	72,6	71,9
unter 1.000 €	77,0	77,2	75,0
unter 1.100 €	81,1	81,4	78,3
unter 1.200 €	84,7	85,0	80,5
unter 1.300 €	87,9	88,3	82,5
unter 1.400 €	90,5	90,9	84,0
unter 1.500 €	92,6	93,1	85,2
unter 1.600 €	94,5	95,0	86,6
unter 1.700 €	95,9	96,4	87,5
unter 1.800 €	97,0	97,5	88,2
unter 1.900 €	97,8	98,2	89,1
unter 2.000 €	98,3	98,8	89,7
	100,0	100,0	100,0

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Auswertungen auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind. Die so ermittelten Geldbeträge

je Bedarfsgemeinschaft können sich geringfügig von den Ergebnissen einer Hochrechnung für ganz Deutschland unterscheiden.

Tabelle 7: Erwerbstätige Leistungsbezieher nach Höhe des Brutto-Einkommens und Arbeitslosigkeit-Status

Januar 2007 / September 2005

Hochgerechnete Werte auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind

Anzahl / Einkommensart	Erwerbstätige Leistungsbezieher (Lbez)					
	Januar 2007			September 2005		
	alle Erwerbstätigen	abhängig beschäftigte Erwerbstätige	selbständig beschäftigte Erwerbstätige	alle Erwerbstätigen	abhängig beschäftigte Erwerbstätige	selbständig beschäftigte Erwerbstätige
Deutschland						
alle erwerbstätigen Leistungsbezieher	1.093.130	1.039.761	56.250	949.396	903.677	48.032
davon: arbeitslos	388.096	377.278	11.618	398.062	385.607	13.239
nicht arbeitslos	705.033	662.483	44.632	551.334	518.070	34.792
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK ≤ 400 Euro	557.583	535.992	24.673	533.470	515.370	20.539
davon: arbeitslos	326.865	320.311	7.498	342.673	334.969	8.641
nicht arbeitslos	230.718	215.681	17.174	190.797	180.401	11.898
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK > 400 Euro u. ≤ 800 Euro	191.212	177.533	13.835	147.898	136.686	11.359
davon: arbeitslos	34.501	32.144	2.291	31.217	28.646	2.492
nicht arbeitslos	156.711	145.389	11.544	116.681	108.040	8.867
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK > 800 Euro	344.335	326.236	17.743	268.028	251.621	16.134
davon: arbeitslos	26.731	24.823	1.829	24.172	21.992	2.106
nicht arbeitslos	317.604	301.413	15.914	243.856	229.629	14.028
nachrichtlich:						
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK < 400 Euro	508.166	487.571	23.442	495.048	477.632	19.715
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK ≥ 400 Euro u. < 800 Euro	234.009	219.825	14.536	181.701	170.239	11.735
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK ≥ 800 Euro	350.954	332.364	18.272	272.647	255.807	16.581
Westdeutschland						
alle erwerbstätigen Leistungsbezieher	684.406	654.649	31.869	594.870	569.797	26.761
davon: arbeitslos	266.975	259.180	8.433	275.617	266.648	9.599
nicht arbeitslos	417.431	395.469	23.436	319.253	303.148	17.162
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK ≤ 400 Euro	373.623	361.601	14.328	356.398	345.648	12.560
davon: arbeitslos	224.655	220.211	5.213	232.600	227.277	6.086
nicht arbeitslos	148.968	141.390	9.115	123.798	118.371	6.475
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK > 400 Euro u. ≤ 800 Euro	121.829	114.352	7.572	93.153	87.176	6.057
davon: arbeitslos	25.240	23.440	1.737	23.974	22.026	1.883
nicht arbeitslos	96.588	90.912	5.835	69.179	65.150	4.174
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK > 800 Euro	188.954	178.696	9.969	145.318	136.973	8.143
davon: arbeitslos	17.080	15.530	1.483	19.042	17.346	1.630
nicht arbeitslos	171.874	163.167	8.486	126.276	119.627	6.513
nachrichtlich:						
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK < 400 Euro	331.399	320.013	13.482	322.704	312.369	12.027
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK ≥ 400 Euro u. < 800 Euro	159.949	152.108	8.117	124.088	117.910	6.370
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK ≥ 800 Euro	193.057	182.528	10.270	148.078	139.518	8.363
Ostdeutschland						
alle erwerbstätigen Leistungsbezieher	408.724	385.112	24.381	354.526	333.880	21.271
davon: arbeitslos	121.121	118.098	3.185	122.445	118.959	3.640
nicht arbeitslos	287.603	267.014	21.196	232.081	214.922	17.631
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK ≤ 400 Euro	183.959	174.391	10.345	177.072	169.723	7.978
davon: arbeitslos	102.209	100.100	2.286	110.073	107.693	2.555
nicht arbeitslos	81.750	74.291	8.059	67.000	62.030	5.423
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK > 400 Euro u. ≤ 800 Euro	69.383	63.181	6.263	54.744	49.510	5.302
davon: arbeitslos	9.261	8.705	553	7.243	6.620	609
nicht arbeitslos	60.123	54.477	5.709	47.502	42.890	4.693
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK > 800 Euro	155.381	147.540	7.774	122.710	114.647	7.991
davon: arbeitslos	9.651	9.293	346	5.130	4.646	476
nicht arbeitslos	145.730	138.246	7.428	117.580	110.002	7.515
nachrichtlich:						
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK < 400 Euro	176.767	167.558	9.961	172.344	165.263	7.688
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK ≥ 400 Euro u. < 800 Euro	74.060	67.717	6.419	57.613	52.329	5.365
erwerbstätige Lbez mit Brutto-EK ≥ 800 Euro	157.897	149.836	8.002	124.569	116.288	8.218

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 8a: Struktur der erwerbstätigen Leistungsbezieher nach verschiedenen Typen von Bedarfsgemeinschaften und Größenklassen des Einkommens ¹⁾

Januar 2007

Größenklasse	alle Leistungsbezieher (Lbez)	darunter							
		Single-Bedarfsgemeinschaften	Alleinerziehende mit 1 Kind	Alleinerziehende mit 2 Kindern	Paar o. Kinder	Paar mit 1 Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 Kindern	Paar mit mehr als 3 Kindern
		Anteil der Fälle einer Größenklasse an allen Lbez in Prozent							
unter 100 €	100,0	30,4	9,8	4,2	22,0	14,4	10,3	3,6	1,5
100 € bis unter 200 €	100,0	37,8	10,2	4,3	19,3	11,4	8,5	3,1	1,3
200 € bis unter 300 €	100,0	28,3	11,5	5,3	19,0	12,9	10,1	4,0	1,8
300 € bis unter 400 €	100,0	27,5	12,1	5,9	18,7	13,3	10,9	4,1	1,7
400 € bis unter 500 €	100,0	28,9	11,4	5,1	17,5	14,3	11,1	4,4	1,8
500 € bis unter 600 €	100,0	26,9	12,0	4,9	20,4	14,0	9,7	3,7	1,6
600 € bis unter 700 €	100,0	26,9	12,7	5,2	20,4	13,9	9,9	3,8	1,6
700 € bis unter 800 €	100,0	26,7	13,2	5,5	21,0	13,9	10,1	3,6	1,4
800 € bis unter 900 €	100,0	26,5	11,7	4,7	22,7	15,1	10,3	3,6	1,4
900 € bis unter 1.000 €	100,0	26,0	10,6	4,4	24,3	15,7	10,5	3,5	1,3
1.000 € bis unter 1.100 €	100,0	19,3	9,5	3,9	25,6	18,9	13,1	4,5	1,8
1.100 € bis unter 1.200 €	100,0	14,7	8,2	3,6	27,7	21,0	14,8	4,7	1,9
1.200 € bis unter 1.300 €	100,0	8,6	6,3	3,0	29,4	24,5	17,5	5,6	2,1
1.300 € bis unter 1.400 €	100,0	4,8	5,2	2,8	30,2	26,4	19,1	6,3	2,3
1.400 € bis unter 1.500 €	100,0	2,8	3,7	2,2	29,6	27,9	21,5	7,2	2,6
1.500 € bis unter 1.600 €	100,0	2,4	3,1	1,8	27,2	29,1	23,2	7,9	2,7
1.600 € bis unter 1.700 €	100,0	1,9	2,5	1,9	25,6	29,4	24,2	8,9	3,5
1.700 € bis unter 1.800 €	100,0	1,6	1,9	1,6	24,4	30,5	25,1	9,3	3,5
1.800 € bis unter 1.900 €	100,0	2,1	1,8	1,3	23,6	32,0	24,6	9,0	3,5
1.900 € bis unter 2.000 €	100,0	1,8	1,5	1,5	24,4	30,3	24,7	9,7	3,7
2.000 € und mehr	100,0	4,9	1,9	1,1	23,7	28,5	23,6	9,8	4,6
Anteil an allen Lbez* mit Brutto-Einkommen (in Prozent)	100,0	25,5	9,9	4,3	21,6	16,0	12,0	4,3	1,8

¹⁾ Mehrfachnennungen möglich.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Auswertungen auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind. Die so ermittelten Geldbeträge je Bedarfsgemeinschaft können sich geringfügig von den Ergebnissen einer Hochrechnung für ganz Deutschland unterscheiden.

Tabelle 8b: Struktur der erwerbstätigen Leistungsbezieher nach verschiedenen Typen von Bedarfsgemeinschaften und Größenklassen des Einkommens (prozentuiert nach Klassen) ¹⁾

Januar 2007

Größenklasse	alle Leistungsbezieher (Lbez)	darunter							
		Single-Bedarfsgemeinschaften	Alleinerziehende mit 1 Kind	Alleinerziehende mit 2 Kindern	Paar o. Kinder	Paar mit 1 Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 Kindern	Paar mit mehr als 3 Kindern
		Anteil der Fälle einer Größenklasse an allen Lbez in Prozent							
unter 100 €	7,8	9,3	7,8	7,5	8,0	7,0	6,7	6,5	6,8
100 € bis unter 200 €	20,5	30,5	21,2	20,1	18,3	14,6	14,5	14,7	15,0
200 € bis unter 300 €	9,1	10,1	10,7	11,1	8,0	7,4	7,7	8,3	9,2
300 € bis unter 400 €	9,0	9,7	11,1	12,2	7,8	7,5	8,2	8,5	8,8
400 € bis unter 500 €	9,2	10,5	10,7	10,9	7,5	8,2	8,6	9,3	9,5
500 € bis unter 600 €	4,0	4,2	4,9	4,5	3,8	3,5	3,3	3,4	3,6
600 € bis unter 700 €	4,2	4,4	5,4	5,0	4,0	3,6	3,5	3,7	3,9
700 € bis unter 800 €	4,0	4,2	5,4	5,1	3,9	3,5	3,4	3,3	3,1
800 € bis unter 900 €	4,5	4,6	5,3	4,8	4,7	4,2	3,8	3,7	3,6
900 € bis unter 1.000 €	4,5	4,6	4,9	4,6	5,1	4,4	3,9	3,6	3,3
1.000 € bis unter 1.100 €	4,2	3,1	4,0	3,7	4,9	4,9	4,5	4,3	4,2
1.100 € bis unter 1.200 €	3,5	2,0	2,9	2,9	4,5	4,6	4,4	3,8	3,7
1.200 € bis unter 1.300 €	3,2	1,1	2,1	2,2	4,4	5,0	4,7	4,2	3,9
1.300 € bis unter 1.400 €	2,6	0,5	1,4	1,6	3,6	4,2	4,1	3,7	3,3
1.400 € bis unter 1.500 €	2,1	0,2	0,8	1,1	2,9	3,7	3,9	3,5	3,1
1.500 € bis unter 1.600 €	1,9	0,2	0,6	0,8	2,4	3,4	3,7	3,4	2,9
1.600 € bis unter 1.700 €	1,4	0,1	0,4	0,6	1,7	2,6	2,9	2,9	2,8
1.700 € bis unter 1.800 €	1,0	0,1	0,2	0,4	1,2	2,0	2,1	2,2	2,0
1.800 € bis unter 1.900 €	0,8	0,1	0,1	0,2	0,9	1,6	1,6	1,6	1,6
1.900 € bis unter 2.000 €	0,5	0,0	0,1	0,2	0,6	1,0	1,1	1,2	1,1
2.000 € und mehr	1,7	0,3	0,3	0,4	1,9	3,0	3,4	3,8	4,5

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Auswertungen auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind. Die so ermittelten Geldbeträge je Bedarfsgemeinschaft können sich geringfügig von den Ergebnissen einer Hochrechnung für ganz Deutschland unterscheiden.

**Tabelle 9: Bedarfsgemeinschaften mit zu berücksichtigem Einkommen aus Erwerbstätigkeit
nach Typen von Bedarfsgemeinschaften**

Januar 2007

Anzahl, Brutto-Einkommen und durchschnittliche Leistungshöhen

Deutschland - Hochgerechnete Werte auf Basis der 349 Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind

Anzahl / Einkommensart	Alle Bedarfs- gemeinschaften	Single-BG	Alleinerziehende	Paar ohne Kinder	Paar mit Kindern
	absolut				
alle Bedarfsgemeinschaften (BG)	3.771.767	1.872.086	659.503	500.249	667.433
durchschnittl. Brutto-Einkommen in Euro	177,92	61,03	126,87	323,79	439,63
durchschnittl. anrechenbares EK in Euro	83,29	26,62	60,34	150,36	211,28
durchschnittliche Leistungshöhe in Euro	822,32	694,27	866,82	846,53	1120,29
BG ohne Brutto-Einkommen	2.782.748	1.594.935	497.239	300.694	348.308
durchschnittliche Leistungshöhe in Euro	858,84	722,16	926,90	934,18	1321,28
BG mit Brutto-Einkommen	989.019	277.151	162.264	199.555	319.125
durchschnittl. Brutto-Einkommen in Euro	681,02	413,22	517,77	813,37	920,19
durchschnittl. anrechenbares EK in Euro	318,80	180,24	246,23	377,70	442,22
durchschnittliche Leistungshöhe in Euro	723,93	541,64	688,96	719,04	905,95
BG mit Brutto-Einkommen < 400 Euro	419.526	165.321	80.396	67.515	93.374
durchschnittl. Brutto-Einkommen in Euro	185,69	178,61	196,31	183,73	186,43
durchschnittl. anrechenbares EK in Euro	71,70	64,97	80,12	70,22	75,04
durchschnittliche Leistungshöhe in Euro	876,16	662,51	848,68	940,83	1232,77
BG mit Brutto-Einkommen ≥ 400 u. < 800 Euro	211.072	64.667	42.223	37.378	58.407
durchschnittl. Brutto-Einkommen in Euro	554,17	542,56	557,55	569,17	553,74
durchschnittl. anrechenbares EK in Euro	267,15	262,32	272,84	269,11	268,42
durchschnittliche Leistungshöhe in Euro	750,60	444,52	652,82	834,58	1106,08
BG mit Brutto-Einkommen ≥ 800 Euro	358.421	47.162	39.644	94.663	167.343
durchschnittl. Brutto-Einkommen in Euro	1.338,66	1.058,07	1.128,45	1.361,86	1.460,43
durchschnittl. anrechenbares EK in Euro	640,00	471,70	555,32	641,32	709,20
durchschnittliche Leistungshöhe in Euro	529,11	251,17	403,00	514,12	652,33

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 10: Strukturvergleich von Beschäftigten mit und ohne ergänzende Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Hochgerechnete Werte auf Basis der Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind

Januar 2007

Merkmal	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte		
	ohne SGB II-Leistung	mit SGB II-Leistung	Anteil mit SGB II-Leistung an allen	ohne SGB II-Leistung	mit SGB II-Leistung	Anteil mit SGB II-Leistung an allen
	Anteil in %			Anteil in %		
Geschlecht	100,0	100,0		100,0	100,0	
Männer	54,7	47,0	2,2	31,1	43,0	16,5
Frauen	45,3	53,0	3,0	68,9	57,0	10,6
Nationalität	100,0	100,0		100,0	100,0	
Deutsche	93,8	84,9	2,3	92,4	83,6	11,5
Ausländer	6,2	15,0	6,0	7,4	16,3	23,9
Alter	100,0	100,0		100,0	100,0	
15 bis unter 25 Jahre	12,3	17,2	3,5	16,0	23,6	17,5
25 bis unter 55 Jahre	75,6	77,6	2,6	50,8	67,4	16,0
55 bis unter 65 Jahre	11,6	5,2	1,2	17,9	.	x
Qualifikation	100,0	100,0		100,0	100,0	
ohne Berufsabschluss	15,3	24,1	4,0	16,5	12,0	9,5
mit Berufsabschluss	70,4	41,1	1,5	27,4	18,6	8,9
dar. Akademiker	10,1	1,5	0,4	1,6	0,5	4,7
unbekannt	14,2	34,8	6,0	56,1	69,4	15,1
Arbeitszeit	100,0	100,0				
Vollzeit	82,8	70,5	2,2	x	x	x
Teilzeit	17,1	29,5	4,3	x	x	x
dar. kleiner 18 Stunden	3,3	6,2	4,7	x	x	x
18 Stunden und mehr	13,8	23,3	4,2	x	x	x
Berufe	100,0	100,0		100,0	100,0	
Pflanzenbau, Tierzucht, Fischerei	1,3	2,4	4,7	2,0	2,1	13,3
Fertigungsberufe	26,6	31,0	3,0	14,6	20,2	16,6
dar. Ernährungsberufe	2,5	6,2	6,1	3,0	5,8	21,8
Bauberufe	2,1	2,4	2,9	0,9	3,0	31,4
Hilfsarbeiter ohne Angaben	1,7	8,5	11,4	2,9	4,2	17,1
Technische Berufe	7,1	1,1	0,4	0,8	0,4	5,9
Dienstleistungsberufe	63,7	63,1	2,5	80,5	75,4	11,8
dar. Warenkaufleute	7,9	10,6	3,4	12,8	11,1	11,0
Verkehrsberufe	7,2	11,0	3,8	11,8	14,8	15,2
Allg. Dienstleistungsberufe	5,2	18,5	8,5	25,7	34,4	16,1
Wirtschaftszweige	100,0	100,0		100,0	100,0	
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	1,0	1,8	4,6	1,7	1,8	12,9
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	26,8	10,4	1,0	12,5	6,8	7,2
Baugewerbe	5,6	4,8	2,2	3,7	5,1	16,4
Dienstleistungen	66,6	83,0	3,2	82,0	86,3	13,1
dar. Gastgewerbe	2,6	8,0	7,5	8,6	16,5	21,6
untern. Dienstleister	12,9	25,4	4,9	19,5	25,0	15,5
sonstige öffentl. private Dienstl.	4,4	7,5	4,3	7,9	6,8	10,9

Tabelle 11: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften nach Bundesländern

Hochgerechnete Werte auf Basis der Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind

Januar 2007

Bundesländer	Bedarfsgemeinschaften (BG) mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro
Schleswig-Holstein	78.623	60,1	443	32.907	25,1	338	53.370	40,8	259
Hamburg	59.440	53,7	444	23.078	20,8	359	41.170	37,2	259
Niedersachsen	213.677	60,8	434	84.682	24,1	336	146.174	41,6	264
Bremen	30.349	57,9	420	11.694	22,3	331	20.119	38,4	266
Nordrhein-Westfalen	500.063	59,5	427	182.604	21,7	322	348.125	41,4	269
Hessen	135.362	59,8	444	55.733	24,6	353	92.777	41,0	268
Rheinland-Pfalz	78.602	61,4	439	32.557	25,4	334	53.349	41,7	265
Baden-Württemberg	158.169	61,7	449	62.153	24,2	357	104.935	40,9	264
Bayern	175.342	60,5	436	71.140	24,6	361	110.695	38,2	247
Saarland	26.043	57,2	418	10.170	22,3	317	17.170	37,7	257
Berlin	188.199	56,3	400	72.099	21,6	346	118.678	35,5	256
Brandenburg	107.661	56,6	444	45.284	23,8	400	66.336	34,9	226
Mecklenburg-Vorpommern	86.799	56,9	454	36.671	24,1	413	53.937	35,4	228
Sachsen	178.655	57,7	440	78.824	25,4	391	107.784	34,8	228
Sachsen-Anhalt	119.814	58,4	439	50.978	24,9	397	73.186	35,7	231
Thüringen	87.419	58,8	444	36.331	24,4	397	53.344	35,9	229
Deutschland	2.224.216	59,0	434	886.904	23,5	356	1.461.150	38,7	254
Westdeutschland	1.455.669	59,9	435	566.717	23,3	339	987.884	40,6	264
Ostdeutschland	768.547	57,3	433	320.187	23,9	386	473.266	35,3	235

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 12: Anrechenbares Einkommen von hilfebedürftigen Personen nach Bundesländern

Hochgerechnete Werte auf Basis der Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind

Januar 2007

Bundesländer	Hilfebedürftige Personen (hP) ¹⁾ mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro
Schleswig-Holstein	143.970	55,5	242	36.299	14,0	307	90.619	34,9	152
Hamburg	106.992	52,1	246	25.010	12,2	332	69.432	33,8	153
Niedersachsen	397.235	55,7	233	93.979	13,2	303	255.245	35,8	151
Bremen	54.764	54,4	233	12.585	12,5	308	34.558	34,3	155
Nordrhein-Westfalen	925.448	54,4	231	197.926	11,6	298	607.840	35,8	154
Hessen	254.321	55,2	236	61.452	13,3	320	162.610	35,3	153
Rheinland-Pfalz	144.547	55,1	239	35.786	13,6	304	91.674	34,9	154
Baden-Württemberg	291.917	56,8	243	68.321	13,3	325	181.206	35,3	153
Bayern	303.622	54,5	252	77.561	13,9	331	178.452	32,1	153
Saarland	46.173	52,4	236	11.085	12,6	290	28.832	32,7	153
Berlin	326.572	53,5	230	77.973	12,8	320	198.091	32,5	153
Brandenburg	177.879	50,9	269	50.401	14,4	359	99.667	28,5	151
Mecklenburg-Vorpommern	143.205	50,8	275	41.302	14,7	367	81.312	28,8	151
Sachsen	294.035	51,7	268	88.638	15,6	347	164.206	28,9	150
Sachsen-Anhalt	196.002	51,3	268	56.548	14,8	358	111.476	29,2	152
Thüringen	143.452	51,9	270	40.312	14,6	357	80.573	29,2	151
Deutschland	3.950.135	53,9	244	975.178	13,3	324	2.435.792	33,2	153
Westdeutschland	2.668.990	54,9	237	620.005	12,8	310	1.700.468	35,0	153
Ostdeutschland	1.281.145	51,9	260	355.173	14,4	348	735.324	29,8	151

¹⁾ Hilfebedürftige Personen umfassen erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 13: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften nach Kreisen - Teil 1 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Bedarfsgemeinschaften (BG) mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro
Schleswig-Holstein	78.623	60,1	443	32.907	25,1	338	53.370	40,8	259
Flensburg, Stadt	3.944	59,0	417	1.541	23,1	323	2.745	41,1	251
Kiel, Landeshauptstadt	10.809	55,0	398	4.258	21,7	287	7.321	37,3	258
Lübeck, Hansestadt	9.603	58,5	404	3.677	22,4	319	6.476	39,4	257
Neumünster, Stadt	3.720	62,2	423	1.413	23,6	324	2.588	43,2	261
Dithmarschen	4.296	59,6	444	1.602	22,2	331	3.021	41,9	265
Herzogtum Lauenburg	4.760	64,6	467	2.179	29,6	355	3.249	44,1	267
Nordfriesland
Ostholstein	5.296	59,9	457	2.236	25,3	352	3.487	39,4	252
Pinneberg	6.944	60,0	479	3.134	27,1	366	4.801	41,5	257
Plön	2.955	61,6	463	1.387	28,9	341	2.002	41,8	259
Rendsburg-Eckernförde	5.869	62,0	452	2.456	25,9	337	3.918	41,4	261
Schleswig-Flensburg
Segeberg	5.463	65,2	496	2.579	30,8	389	3.650	43,6	260
Steinburg	3.662	60,3	429	1.554	25,6	321	2.412	39,7	260
Stormarn	3.644	63,7	505	1.686	29,5	393	2.502	43,7	262
Hamburg	59.440	53,7	444	23.078	20,8	359	41.170	37,2	259
Hamburg, Freie und Hansestadt	59.440	53,7	444	23.078	20,8	359	41.170	37,2	259

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 13: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften nach Kreisen - Teil 2 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Bedarfsgemeinschaften (BG) mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro
Niedersachsen	213.677	60,8	434	84.682	24,1	336	146.174	41,6	264
Braunschweig, Stadt	8.480	57,5	407	3.514	23,8	322	5.464	37,0	240
Salzgitter, Stadt	3.859	61,1	444	1.412	22,3	351	2.634	41,7	285
Wolfsburg, Stadt	2.905	62,9	423	975	21,1	348	1.930	41,8	268
Gifhorn	3.874	63,6	469	1.622	26,6	354	2.650	43,5	289
Göttingen
Goslar	4.763	59,4	418	1.984	24,7	317	3.132	39,1	251
Helmstedt	2.841	58,0	392	946	19,3	305	1.955	39,9	242
Northeim	3.946	61,3	410	1.580	24,5	314	2.571	39,9	268
Osterode am Harz
Peine
Wolfenbüttel	2.981	58,9	456	1.143	22,6	353	2.014	39,8	270
Region Hannover	36.947	58,6	416	14.012	22,2	340	25.648	40,7	254
Diepholz	4.318	62,0	490	1.880	27,0	363	3.037	43,6	282
Hameln-Pyrmont	5.244	60,9	435	2.336	27,1	331	3.531	41,0	270
Hildesheim	7.713	57,8	442	3.116	23,4	340	5.302	39,7	270
Holzminde	2.209	57,8	412	794	20,8	305	1.523	39,9	266
Nienburg (Weser)	3.174	64,4	454	1.236	25,1	321	2.360	47,9	283
Schaumburg	4.444	60,6	447	1.897	25,9	327	3.135	42,7	272
Celle
Cuxhaven	5.511	63,7	442	2.110	24,4	322	3.778	43,7	272
Harburg	4.339	66,9	477	1.865	28,8	368	3.001	46,3	272
Lüchow-Dannenberg
Lüneburg	5.281	63,8	440	2.013	24,3	367	3.546	42,8	260
Osterholz
Rotenburg (Wümme)
Soltau-Fallingb.ostel
Stade	5.124	65,8	454	2.111	27,1	342	3.550	45,6	272
Uelzen
Verden
Delmenhorst, Stadt	3.393	59,6	470	1.430	25,1	347	2.378	41,8	277
Emden, Stadt	2.008	62,4	435	777	24,2	325	1.393	43,3	267
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	6.075	60,2	421	2.535	25,1	317	3.869	38,3	256
Osnabrück, Stadt	5.062	60,5	419	2.266	27,1	338	3.297	39,4	255
Wilhelmshaven, Stadt	3.773	57,4	363	1.532	23,3	291	2.381	36,2	242
Ammerland
Aurich	5.871	63,8	450	2.124	23,1	323	4.228	46,0	272
Cloppenburg	3.432	72,3	513	1.219	25,7	377	2.507	52,8	310
Emsland
Friesland	2.630	63,1	409	1.116	26,8	316	1.884	45,2	248
Grafschaft Bentheim
Leer
Oldenburg
Osnabrück
Vechta	2.362	72,9	492	997	30,8	374	1.653	51,0	294
Wesermarsch
Wittmund	1.632	61,0	458	565	21,1	325	1.129	42,2	283
Bremen	30.349	57,9	420	11.694	22,3	331	20.119	38,4	266
Bremen, Stadt	23.157	57,4	418	8.938	22,1	327	15.210	37,7	266
Bremerhaven, Stadt	7.192	59,5	425	2.756	22,8	345	4.909	40,6	264

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 13: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften nach Kreisen - Teil 3 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Bedarfsgemeinschaften (BG) mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro
Nordrhein-Westfalen	500.063	59,5	427	182.604	21,7	322	348.125	41,4	269
Düsseldorf, Stadt	17.967	52,5	414	6.874	20,1	315	12.253	35,8	259
Duisburg, Stadt	20.921	56,4	401	6.805	18,3	297	14.964	40,3	265
Essen, Stadt	23.190	57,4	409	6.933	17,2	307	15.967	39,6	272
Krefeld, Stadt	8.466	57,4	406	2.891	19,6	297	5.923	40,1	260
Mönchengladbach, Stadt	11.171	60,5	421	3.892	21,1	324	8.090	43,8	271
Mülheim an der Ruhr, Stadt
Oberhausen, Stadt	8.106	58,0	404	2.938	21,0	280	5.742	41,1	263
Remscheid, Stadt	3.417	58,8	430	1.214	20,9	318	2.415	41,5	266
Solingen, Stadt	4.537	60,0	452	1.775	23,5	346	3.281	43,4	263
Wuppertal, Stadt	13.917	58,6	422	4.524	19,0	338	10.078	42,4	269
Kleve
Mettmann	11.618	62,0	437	4.051	21,6	337	8.024	42,8	262
Rhein-Kreis Neuss	9.558	63,5	462	3.928	26,1	345	6.566	43,7	266
Viersen	6.617	64,0	448	2.539	24,5	330	4.489	43,4	268
Wesel	12.141	63,3	453	4.903	25,6	331	8.431	44,0	266
Aachen, Stadt	7.628	55,2	418	2.844	20,6	313	5.247	37,9	274
Bonn, Stadt	7.510	58,9	449	2.850	22,4	326	5.545	43,5	293
Köln, Stadt	35.189	55,7	407	12.604	19,9	329	23.410	37,0	263
Leverkusen, Stadt	4.717	62,6	433	1.846	24,5	338	3.227	42,8	259
Aachen	8.534	62,1	454	3.418	24,9	317	6.117	44,5	274
Düren
Rhein-Erft-Kreis	10.699	61,1	439	4.186	23,9	323	7.631	43,6	268
Euskirchen	3.453	61,2	438	1.200	21,3	338	2.419	42,9	273
Heinsberg	6.114	65,7	427	2.328	25,0	283	4.310	46,3	280
Oberbergischer Kreis	5.810	62,5	443	2.438	26,2	325	3.976	42,8	269
Rheinisch-Bergischer Kreis	5.501	61,1	452	2.213	24,6	339	3.756	41,7	254
Rhein-Sieg-Kreis	11.222	60,4	468	4.287	23,1	357	8.164	44,0	277
Bottrop, Stadt	3.761	62,1	407	1.356	22,4	286	2.505	41,4	260
Gelsenkirchen, Stadt	13.273	58,1	400	4.032	17,6	294	9.195	40,2	274
Münster, Stadt	6.538	62,3	434	2.999	28,6	346	4.361	41,5	257
Borken
Coesfeld
Recklinghausen	22.186	61,9	413	7.646	21,3	308	15.212	42,5	259
Steinfurt
Warendorf	5.660	65,8	469	2.336	27,2	345	3.948	45,9	278
Bielefeld, Stadt	11.513	60,4	458	4.445	23,3	358	7.945	41,7	283
Gütersloh	6.297	66,1	475	2.703	28,4	374	4.430	46,5	277
Herford	5.656	63,2	458	2.210	24,7	360	3.843	42,9	283
Höxter	2.884	63,3	420	1.077	23,6	311	1.990	43,7	271
Lippe	9.390	63,0	472	3.741	25,1	363	6.508	43,7	293
Minden-Lübbecke
Paderborn	7.508	64,4	455	3.076	26,4	354	5.409	46,4	279
Bochum, Stadt	12.108	57,5	402	4.568	21,7	293	8.156	38,8	266
Dortmund, Stadt	24.882	57,3	406	8.022	18,5	305	17.524	40,3	269
Hagen, Stadt	7.574	60,5	426	2.551	20,4	324	5.462	43,6	276
Hamm, Stadt
Herne, Stadt	6.425	56,9	398	2.102	18,6	294	4.626	41,0	272
Ennepe-Ruhr-Kreis
Hochsauerlandkreis
Märkischer Kreis	10.961	61,5	442	4.379	24,6	322	7.620	42,8	266
Olpe	1.989	62,7	437	790	24,9	299	1.341	42,3	262
Siegen-Wittgenstein	5.922	61,5	409	2.136	22,2	300	3.989	41,4	252
Soest	7.189	63,1	426	3.170	27,8	302	4.892	43,0	265
Unna	12.426	61,8	443	4.635	23,1	325	8.824	43,9	268

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 13: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften nach Kreisen - Teil 4 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Bedarfsgemeinschaften (BG) mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro
Hessen	135.362	59,8	444	55.733	24,6	353	92.777	41,0	268
Darmstadt, Stadt	3.881	59,4	473	1.751	26,8	375	2.704	41,4	273
Frankfurt am Main, Stadt	20.647	54,7	456	8.178	21,7	394	13.977	37,0	268
Offenbach am Main, Stadt	5.727	61,2	488	2.253	24,1	400	4.057	43,3	286
Wiesbaden, Landeshauptstadt
Bergstraße
Darmstadt-Dieburg
Groß-Gerau	5.946	67,4	451	2.283	25,9	380	4.030	45,7	279
Hochtaunuskreis
Main-Kinzig-Kreis
Main-Taunus-Kreis
Odenwaldkreis
Offenbach
Rheingau-Taunus-Kreis
Wetteraukreis	5.439	61,9	465	2.320	26,4	364	3.680	41,9	269
Gießen	6.389	59,1	435	2.529	23,4	328	4.503	41,7	270
Lahn-Dill-Kreis	5.770	62,1	448	2.253	24,3	334	4.054	43,6	267
Limburg-Weilburg	4.143	64,3	466	1.704	26,5	340	3.001	46,6	274
Marburg-Biedenkopf
Vogelsbergkreis
Kassel, Stadt	9.142	59,2	405	4.053	26,3	296	6.067	39,3	263
Fulda
Hersfeld-Rotenburg
Kassel	4.644	63,4	420	2.117	28,9	310	3.135	42,8	260
Schwalm-Eder-Kreis	4.038	63,1	414	1.633	25,5	323	2.815	44,0	255
Waldeck-Frankenberg	3.564	63,3	408	1.542	27,4	318	2.424	43,0	246
Werra-Meißner-Kreis	2.847	58,1	404	1.219	24,9	326	1.877	38,3	247
Rheinland-Pfalz	78.602	61,4	439	32.557	25,4	334	53.349	41,7	265
Koblenz, Stadt	3.397	60,7	432	1.559	27,9	310	2.341	41,9	266
Ahrweiler
Altenkirchen (Westerwald)	2.636	61,7	436	970	22,7	307	1.830	42,8	270
Bad Kreuznach	3.733	62,4	445	1.537	25,7	346	2.595	43,4	267
Birkenfeld	2.169	61,3	446	935	26,4	356	1.549	43,8	254
Cochem-Zell	918	63,3	419	378	26,1	289	582	40,1	254
Mayen-Koblenz	4.406	63,9	430	1.813	26,3	327	3.017	43,7	257
Neuwied	4.124	64,0	447	1.670	25,9	327	2.815	43,7	277
Rhein-Hunsrück-Kreis	1.933	65,6	462	808	27,4	382	1.262	42,9	258
Rhein-Lahn-Kreis	2.348	63,7	445	983	26,7	334	1.555	42,2	260
Westerwaldkreis	3.415	62,5	417	1.379	25,2	305	2.340	42,8	261
Trier, Stadt	2.365	57,3	435	1.043	25,3	307	1.561	37,8	268
Bernkastel-Wittlich	1.561	61,5	454	685	27,0	349	983	38,7	269
Bitburg-Prüm	1.434	62,9	413	386	26,9	321	568	39,6	259
Daun
Trier-Saarburg	1.310	59,1	456	627	28,3	324	863	39,0	265
Frankenthal (Pfalz), Stadt	1.139	64,4	457	478	27,0	341	803	45,4	275
Kaiserslautern, Stadt	3.296	55,3	397	1.298	21,8	326	2.245	37,7	240
Landau in der Pfalz, Stadt	790	59,6	422	334	25,2	315	493	37,2	260
Ludwigshafen am Rhein, Stadt	5.264	61,6	437	2.032	23,8	321	3.765	44,1	286
Mainz, Stadt	4.779	62,7	459	2.198	28,8	360	3.091	40,5	273
Neustadt an der Weinstraße, Stadt	1.229	60,5	397	474	23,3	318	763	37,5	249
Pirmasens, Stadt	1.778	56,1	387	521	16,5	329	1.219	38,5	260
Speyer, Stadt	1.146	57,1	416	496	24,7	303	781	38,9	259
Worms, Stadt	2.270	58,6	420	788	20,3	303	1.628	42,0	262
Zweibrücken, Stadt	948	59,3	435	390	24,4	336	637	39,9	256
Alzey-Worms	2.078	64,4	477	920	28,5	355	1.431	44,3	274
Bad Dürkheim	1.817	63,9	425	752	26,5	317	1.147	40,3	260
Donnersbergkreis	1.594	60,5	460	643	24,4	369	1.103	41,9	269
Germersheim	2.035	63,1	470	939	29,1	373	1.402	43,5	263
Kaiserslautern	1.816	62,0	457	761	26,0	345	1.249	42,7	269
Kusel	1.294	58,8	430	483	22,0	320	877	39,9	285
Südliche Weinstraße	1.323	61,0	433	609	28,1	343	823	37,9	251
Rhein-Pfalz-Kreis	1.485	60,6	424	566	23,1	307	975	39,8	262
Mainz-Bingen	3.113	62,7	491	1.366	27,5	391	2.212	44,6	253
Südwestpfalz

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 13: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften nach Kreisen - Teil 5 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Bedarfsgemeinschaften (BG) mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro
Baden-Württemberg	158.169	61,7	449	62.153	24,2	357	104.935	40,9	264
Stuttgart, Landeshauptstadt	13.111	58,9	431	4.632	20,8	365	8.054	36,2	268
Böblingen	4.772	64,7	510	1.954	26,5	402	3.349	45,4	265
Esslingen	7.118	64,2	486	3.131	28,3	380	4.624	41,7	267
Göppingen	3.602	63,1	444	1.349	23,6	357	2.359	41,3	263
Ludwigsburg	6.365	65,7	457	2.411	24,9	378	4.119	42,5	265
Rems-Murr-Kreis	6.000	63,7	451	2.330	24,7	360	3.886	41,3	260
Heilbronn, Stadt
Heilbronn	4.204	65,5	432	1.490	23,2	347	2.800	43,6	275
Hohenlohekreis	1.259	69,3	441	523	28,8	377	787	43,3	260
Schwäbisch Hall	2.602	64,0	465	1.058	26,0	377	1.844	45,4	268
Main-Tauber-Kreis	1.768	65,4	425	666	24,6	322	1.203	44,5	253
Heidenheim	2.199	66,2	454	902	27,2	361	1.525	45,9	264
Ostalbkreis	4.140	61,6	450	1.706	25,4	340	2.846	42,3	268
Baden-Baden, Stadt	1.159	58,7	432	534	27,1	340	732	37,1	235
Karlsruhe, Stadt	6.662	56,9	428	2.699	23,0	335	4.329	37,0	250
Karlsruhe
Rastatt	2.904	64,9	426	1.115	24,9	341	1.762	39,4	258
Heidelberg, Stadt	2.339	52,2	434	1.047	23,4	326	1.457	32,5	264
Mannheim, Universitätsstadt	9.470	59,3	432	3.572	22,4	334	6.609	41,4	270
Neckar-Odenwald-Kreis	1.867	63,9	443	663	22,7	352	1.285	44,0	267
Rhein-Neckar-Kreis
Pforzheim, Stadt	3.133	60,0	436	1.111	21,3	349	2.149	41,2	272
Calw
Enzkreis
Freudenstadt
Freiburg im Breisgau, Stadt	5.033	56,7	432	2.035	22,9	336	3.586	40,4	258
Breisgau-Hochschwarzwald	2.979	63,3	454	1.253	26,6	361	1.938	41,2	261
Emmendingen	2.267	69,7	466	918	28,2	399	1.446	44,5	266
Ortenaukreis
Rottweil
Schwarzwald-Baar-Kreis
Tuttlingen
Konstanz	4.681	62,5	445	1.945	26,0	351	3.062	40,9	260
Lörrach	3.681	62,9	465	1.512	25,8	355	2.520	43,0	264
Waldshut
Reutlingen	3.553	61,0	471	1.340	23,0	392	2.478	42,6	259
Tübingen	2.784	61,6	488	1.248	27,6	374	1.881	41,6	272
Zollernalbkreis	2.576	60,0	447	981	22,9	332	1.748	40,7	274
Ulm, Universitätsstadt
Alb-Donau-Kreis
Biberach
Bodenseekreis
Ravensburg
Sigmaringen	1.935	64,0	443	736	24,3	321	1.362	45,1	270

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 13: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften nach Kreisen - Teil 6 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Bedarfsgemeinschaften (BG) mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro
Bayern	175.342	60,5	436	71.140	24,6	361	110.695	38,2	247
Ingolstadt, Stadt	2.689	68,8	443	1.100	28,1	371	1.742	44,6	249
München, Landeshauptstadt	22.110	52,9	463	9.029	21,6	394	13.949	33,4	251
Rosenheim, Stadt	1.263	59,9	436	469	22,2	371	818	38,8	238
Altötting	1.758	65,8	412	710	26,6	366	1.046	39,2	245
Berchtesgadener Land	1.108	62,8	449	463	26,2	407	670	38,0	238
Bad Tölz-Wolfratshausen	1.153	56,5	483	492	24,1	384	721	35,3	238
Dachau	956	63,2	541	411	27,2	411	627	41,4	262
Ebersberg	792	61,7	449	314	24,5	362	455	35,5	243
Eichstätt	703	74,9	458	277	29,5	384	449	47,9	259
Erding	1.105	70,6	522	450	28,7	450	737	47,1	256
Freising	979	64,8	497	390	25,8	393	647	42,8	246
Fürstenfeldbruck	2.127	65,1	491	921	28,2	400	1.354	41,5	241
Garmisch-Partenkirchen	719	57,8	479	322	25,9	379	412	33,1	241
Landsberg am Lech	916	63,2	475	411	28,3	354	584	40,3	246
Miesbach
Mühldorf a.Inn	1.588	59,9	417	598	22,5	331	1.008	38,0	243
München
Neuburg-Schrobenhausen	760	65,8	418	320	27,7	341	443	38,4	253
Pfaffenhofen a.d.Ilm	920	68,7	423	329	24,6	358	579	43,2	248
Rosenheim	2.174	61,9	470	878	25,0	389	1.392	39,6	245
Starnberg	962	61,1	494	437	27,8	384	576	36,6	241
Traunstein	1.864	63,8	460	799	27,3	385	1.187	40,6	240
Weilheim-Schongau	1.156	64,8	435	364	20,4	373	681	38,2	252
Landshut, Stadt	1.342	58,4	434	608	26,4	346	839	36,5	232
Passau, Stadt
Straubing, Stadt
Deggendorf	1.731	59,2	444	705	24,1	393	1.131	38,7	241
Freyung-Grafenau	943	59,0	324	320	20,0	274	495	31,0	243
Kelheim	1.015	64,9	404	388	24,8	324	643	41,1	261
Landshut	1.110	63,7	469	447	25,6	404	703	40,3	252
Passau	2.555	61,0	431	1.013	24,2	361	1.669	39,8	239
Regen	890	54,2	410	388	23,6	337	522	31,8	234
Rottal-Inn	1.286	65,3	370	412	20,9	335	740	37,6	257
Straubing-Bogen	944	66,8	466	373	26,4	406	595	42,1	268
Dingolfing-Landau	808	65,7	454	374	30,4	361	540	43,9	245
Amberg, Stadt	1.303	62,6	444	604	29,0	380	791	38,0	246
Regensburg, Stadt	3.301	56,5	422	1.430	24,5	355	2.083	35,7	235
Weiden i.d.OPf., Stadt	1.551	62,2	425	668	26,8	343	1.017	40,8	246
Amberg-Sulzbach	1.347	61,6	435	559	25,6	363	867	39,6	257
Cham	1.177	56,6	406	486	23,4	333	713	34,3	246
Neumarkt i.d.OPf.	1.081	62,5	432	391	22,6	355	697	40,3	258
Neustadt a.d.Waldnaab	1.271	61,9	437	532	25,9	351	825	40,2	251
Regensburg	1.658	63,0	468	155	5,9	375	1.019	38,7	243
Schwandorf	1.783	58,6	459	709	23,3	392	1.146	37,7	248
Tirschenreuth	1.087	56,1	395	393	20,3	308	666	34,4	243
Bamberg, Stadt	1.688	62,9	392	823	30,7	304	1.050	39,1	234
Bayreuth, Stadt	2.179	63,6	399	963	28,1	351	1.303	38,0	232
Coburg, Stadt	1.491	63,0	404	604	25,5	338	941	39,7	240

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 13: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften nach Kreisen - Teil 7 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Bedarfsgemeinschaften (BG) mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro
Bayern	175.342	60,5	436	71.140	24,6	361	110.695	38,2	247
Hof, Stadt	1.884	61,8	389	807	26,5	309	1.220	40,0	238
Bamberg	1.424	66,0	407	623	28,9	327	835	38,7	246
Bayreuth	1.316	61,2	403	575	26,7	335	805	37,4	239
Coburg	1.641	67,6	414	597	24,6	382	970	40,0	248
Forchheim	1.112	58,0	409	468	24,4	328	698	36,4	239
Hof	1.803	60,3	427	775	25,9	334	1.111	37,1	251
Kronach	1.027	57,0	423	421	23,4	337	650	36,1	242
Kulmbach	1.550	62,0	388	638	25,5	339	861	34,5	237
Lichtenfels	1.208	58,6	398	487	23,6	326	762	37,0	250
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	1.830	59,9	396	653	21,4	350	1.144	37,5	236
Ansbach, Stadt	1.012	67,7	478	441	29,5	414	660	44,1	237
Erlangen, Stadt
Fürth, Stadt	3.061	59,7	450	1.288	25,1	363	2.033	39,6	260
Nürnberg, Stadt	16.861	59,8	419	6.398	22,7	358	11.035	39,1	250
Schwabach, Stadt	784	64,2	470	367	30,0	353	510	41,7	254
Ansbach	1.768	66,6	460	757	28,5	386	1.177	44,3	247
Erlangen-Höchstadt	866	61,2	454	360	25,5	364	523	37,0	250
Fürth	1.142	59,5	464	498	25,9	373	703	36,6	235
Nürnberger Land	1.659	63,1	425	650	24,7	361	963	36,6	239
Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim	1.119	66,0	444	484	28,6	387	711	41,9	239
Roth	1.156	65,6	405	440	25,0	314	686	38,9	241
Weißenburg-Gunzenhausen	1.274	62,3	405	460	22,5	306	851	41,6	254
Aschaffenburg, Stadt	2.014	63,7	437	946	29,9	344	1.302	41,2	247
Schweinfurt, Stadt
Würzburg, Stadt	2.975	57,8	421	1.246	24,2	347	1.926	37,4	231
Aschaffenburg	1.762	65,7	477	849	31,7	352	1.138	42,5	254
Bad Kissingen	1.656	63,2	418	693	26,4	336	1.050	40,1	241
Rhön-Grabfeld	1.326	66,4	388	579	29,0	300	867	43,4	248
Haßberge	1.028	63,3	375	427	26,3	276	630	38,8	247
Kitzingen	1.207	66,2	453	495	27,2	335	812	44,5	249
Miltenberg	1.700	65,5	438	698	26,9	334	1.126	43,4	262
Main-Spessart	1.349	66,3	429	638	31,3	357	812	39,9	238
Schweinfurt	1.256	64,0	467	516	26,3	345	859	43,8	256
Würzburg
Augsburg, Stadt	7.331	58,2	418	2.918	23,2	361	4.681	37,1	247
Kaufbeuren, Stadt	1.093	63,1	418	447	25,8	339	667	38,5	234
Kempten (Allgäu), Stadt	1.185	61,5	451	511	26,5	388	731	37,9	245
Memmingen, Stadt	669	58,2	453	305	26,5	373	423	36,8	249
Aichach-Friedberg	820	64,3	452	334	26,2	386	505	39,6	256
Augsburg	2.088	65,8	453	824	26,0	371	1.340	42,2	250
Dillingen a.d. Donau	1.009	66,5	449	405	26,7	372	684	45,1	260
Günzburg	1.236	68,6	435	436	24,2	364	782	43,4	264
Neu-Ulm	1.755	59,8	445	742	25,3	323	1.150	39,2	262
Lindau (Bodensee)	764	57,3	455	340	25,5	331	481	36,1	247
Ostallgäu	1.050	63,2	436	426	25,6	340	616	37,1	250
Unterallgäu	915	61,2	381	340	22,7	326	485	32,4	248
Donau-Ries	1.078	66,0	397	394	24,1	328	659	40,3	262
Oberallgäu	1.366	64,0	416	610	28,6	348	758	35,5	231

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 13: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften nach Kreisen - Teil 8 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Bedarfsgemeinschaften (BG) mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro
Saarland	26.043	57,2	418	10.170	22,3	317	17.170	37,7	257
Stadtverband Saarbrücken	12.125	55,5	417	4.718	21,6	317	8.132	37,2	255
Merzig-Wadern	1.845	60,7	440	741	24,4	316	1.209	39,8	258
Neunkirchen	3.710	59,8	409	1.462	23,6	303	2.382	38,4	260
Saarlouis	4.210	58,2	425	1.631	22,5	328	2.767	38,2	264
Saarpfalz-Kreis	2.702	57,7	408	1.051	22,5	317	1.723	36,8	255
St. Wendel
Berlin	188.199	56,3	400	72.099	21,6	346	118.678	35,5	256
Berlin, Stadt	188.199	56,3	400	72.099	21,6	346	118.678	35,5	256
Brandenburg	107.661	56,6	444	45.284	23,8	400	66.336	34,9	226
Brandenburg an der Havel, Stadt	4.177	55,0	409	1.624	21,4	384	2.532	33,4	217
Cottbus, Stadt	5.256	55,3	404	2.286	24,1	348	3.215	33,9	211
Frankfurt (Oder), Stadt	3.690	55,1	415	1.490	22,2	402	2.287	34,1	219
Potsdam, Stadt	5.257	55,1	439	2.145	22,5	385	3.378	35,4	225
Barnim	7.015	57,0	439	2.940	23,9	395	4.335	35,2	225
Dahme-Spreewald	5.499	57,2	465	2.308	24,0	401	3.406	35,4	234
Elbe-Elster	5.313	57,1	456	2.257	24,2	412	3.189	34,3	228
Havelland	6.115	56,8	461	2.658	24,7	412	3.891	36,1	235
Märkisch-Oderland	8.764	58,5	450	3.940	26,3	400	5.238	35,0	229
Oberhavel
Oberspreewald-Lausitz	6.522	55,8	437	2.686	23,0	398	3.925	33,6	221
Oder-Spree
Ostprignitz-Ruppin
Potsdam-Mittelmark	5.188	57,0	475	2.291	25,2	437	3.228	35,4	226
Prignitz	4.309	56,7	463	1.813	23,9	445	2.662	35,0	223
Spree-Neiße
Teltow-Fläming	5.674	57,4	448	2.174	22,0	387	3.557	36,0	238
Uckermark
Mecklenburg-Vorpommern	86.799	56,9	454	36.671	24,1	413	53.937	35,4	228
Greifswald, Hansestadt	2.981	56,2	457	1.137	21,4	444	1.889	35,6	226
Neubrandenburg, Stadt	4.147	56,3	422	1.710	23,2	386	2.498	33,9	214
Rostock, Hansestadt	11.075	55,3	436	4.683	23,4	394	6.995	34,9	217
Schwerin, Landeshauptstadt	5.828	55,6	419	2.409	23,0	374	3.712	35,4	224
Stralsund, Hansestadt	3.537	55,1	429	1.524	23,7	393	2.202	34,3	215
Wismar, Hansestadt	2.436	54,4	430	1.000	22,3	374	1.525	34,1	222
Bad Doberan	4.302	59,0	487	1.957	26,8	435	2.658	36,5	234
Demmin	4.994	56,2	445	1.853	20,9	427	3.134	35,3	229
Güstrow	5.701	58,9	465	2.379	24,6	434	3.390	35,0	238
Ludwigslust	4.483	58,2	479	1.948	25,3	426	2.950	38,3	241
Mecklenburg-Strelitz	4.129	55,2	442	1.693	22,6	403	2.525	33,7	226
Müritz	3.502	59,0	472	1.538	25,9	437	2.141	36,1	228
Nordvorpommern	5.935	57,4	468	2.542	24,6	442	3.593	34,7	231
Nordwestmecklenburg	4.606	58,3	499	2.123	26,9	429	2.958	37,5	243
Ostvorpommern
Parchim	4.564	59,8	473	2.177	28,5	414	2.822	37,0	234
Rügen	3.671	58,0	481	1.578	24,9	403	2.216	35,0	226
Uecker-Randow	4.800	56,7	430	1.840	21,7	416	2.934	34,6	225

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 13: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften nach Kreisen - Teil 9 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Bedarfsgemeinschaften (BG) mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro
Sachsen	178.655	57,7	440	78.824	25,4	391	107.784	34,8	228
Chemnitz, Stadt	11.340	58,1	426	5.058	25,9	368	6.650	34,1	228
Plauen, Stadt	3.510	61,4	421	1.603	28,1	365	1.990	34,8	222
Zwickau, Stadt	4.690	59,4	446	2.298	29,1	383	2.663	33,7	224
Annaberg	3.278	60,1	455	1.484	27,2	405	1.807	33,1	225
Chemnitzer Land	4.988	60,0	454	2.207	26,5	403	2.882	34,7	235
Freiberg	5.052	60,5	444	2.313	27,7	399	3.017	36,1	232
Vogtlandkreis	6.290	61,1	457	2.911	28,3	412	3.543	34,4	226
Mittlerer Erzgebirgskreis	3.222	59,8	459	1.516	28,2	406	1.929	35,8	225
Mittweida	4.752	59,3	462	2.264	28,3	414	2.705	33,8	230
Stollberg	3.012	61,7	458	1.446	29,6	401	1.675	34,3	226
Aue-Schwarzenberg	5.801	60,0	452	2.622	27,1	414	3.300	34,1	223
Zwickauer Land	4.655	60,0	441	2.162	27,8	385	2.743	35,3	226
Dresden, Stadt	18.753	54,1	427	8.112	23,4	375	11.721	33,8	225
Görlitz, Stadt	3.699	57,5	417	1.460	22,7	349	2.290	35,6	228
Hoyerswerda, Stadt	2.292	54,1	412	956	22,6	359	1.432	33,8	222
Bautzen
Meißen
Niederschles. Oberlausitzkreis	4.113	57,7	435	1.541	21,6	401	2.615	36,7	228
Riesa-Großenhain	5.211	58,8	445	2.284	25,8	406	3.194	36,1	222
Löbau-Zittau
Sächsische Schweiz	5.442	58,2	454	2.332	25,0	408	3.362	36,0	234
Weißeritzkreis	4.157	60,0	477	1.980	28,6	420	2.591	37,4	237
Kamenz
Leipzig, Stadt	26.694	54,9	427	11.376	23,4	378	16.704	34,4	231
Delitzsch	5.400	58,3	457	2.427	26,2	414	3.403	36,7	229
Döbeln
Leipziger Land	6.313	58,1	458	2.919	26,9	402	3.708	34,1	230
Muldentalkreis
Torgau-Oschatz	4.279	58,9	441	1.561	21,5	408	2.728	37,6	234
Sachsen-Anhalt	119.814	58,4	439	50.978	24,9	397	73.186	35,7	231
Dessau, Stadt	3.732	58,1	438	1.718	26,8	411	2.131	33,2	229
Anhalt-Zerbst
Bernburg
Bitterfeld	5.097	62,0	442	2.202	26,8	411	2.893	35,2	236
Köthen	3.387	57,2	429	1.319	22,3	392	2.118	35,8	235
Wittenberg	5.317	59,1	427	2.373	26,4	366	3.120	34,7	231
Halle (Saale), Stadt	13.448	57,0	424	5.842	24,8	370	8.540	36,2	233
Burgenlandkreis	6.592	57,7	439	2.734	23,9	405	3.989	34,9	232
Mansfelder Land	5.272	59,4	447	2.177	24,5	413	3.191	36,0	233
Merseburg-Querfurt
Saalkreis
Sangerhausen	3.313	60,5	440	1.340	24,5	405	1.997	36,5	225
Weißenfels	3.647	57,8	445	1.471	23,3	404	2.274	36,0	228
Magdeburg, Landeshauptstadt	12.253	56,2	425	5.238	24,0	377	7.418	34,0	228
Aschersleben-Staßfurt	5.387	58,9	442	2.355	25,8	391	3.218	35,2	231
Bördekreis	3.363	59,2	456	1.466	25,8	429	2.076	36,5	227
Halberstadt	3.645	58,0	430	1.574	25,1	385	2.221	35,4	229
Jerichower Land	4.095	57,5	456	1.616	22,7	427	2.600	36,5	228
Ohrekreis	3.610	61,6	477	1.738	29,7	435	2.167	37,0	227
Stendal	7.382	61,0	460	3.055	25,2	421	4.709	38,9	237
Quedlinburg	3.944	57,5	433	1.557	22,7	397	2.441	35,6	227
Schönebeck
Wernigerode
Altmarkkreis Salzwedel

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 13: Anrechenbares Einkommen von Bedarfsgemeinschaften nach Kreisen - Teil 10 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Bedarfsgemeinschaften (BG) mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro	absolut	Anteil an allen BG in %	Anrechenbares Einkommen je BG in Euro
Thüringen	87.419	58,8	444	36.331	24,4	397	53.344	35,9	229
Erfurt, Stadt	10.591	58,0	447	4.421	24,2	384	6.675	36,6	232
Gera, Stadt	5.286	57,9	436	2.375	26,0	382	3.051	33,4	221
Jena, Stadt
Suhl, Stadt	1.574	56,3	421	645	23,1	360	922	33,0	219
Weimar, Stadt	2.884	58,6	423	1.166	23,7	369	1.864	37,9	227
Eisenach, Stadt	1.764	60,5	430	750	25,7	359	1.117	38,3	229
Eichsfeld
Nordhausen	4.066	58,8	452	1.530	22,1	439	2.632	38,0	228
Wartburgkreis	3.620	59,7	439	1.499	24,7	397	2.192	36,1	225
Unstrut-Hainich-Kreis	4.324	57,4	444	1.319	17,5	402	2.783	36,9	241
Kyffhäuserkreis	4.012	58,0	439	1.529	22,1	409	2.526	36,5	232
Schmalkalden-Meiningen	3.980	60,1	431	1.711	25,8	390	2.308	34,8	225
Gotha	5.307	58,5	459	2.157	23,8	400	3.388	37,4	239
Sömmerda	3.052	61,1	457	1.324	26,5	424	1.940	38,8	228
Hildburghausen	1.704	59,7	438	751	26,3	384	987	34,6	236
Ilm-Kreis	4.672	58,6	437	1.997	25,0	376	2.832	35,5	222
Weimarer Land	3.222	59,1	446	1.377	25,3	394	1.964	36,0	233
Sonneberg	1.755	59,4	476	784	26,5	443	1.066	36,1	229
Saalfeld-Rudolstadt	4.482	58,2	424	1.889	24,5	385	2.591	33,6	222
Saale-Holzland-Kreis	2.835	59,7	437	1.341	28,2	390	1.653	34,8	222
Saale-Orla-Kreis	2.965	60,0	455	1.293	26,2	419	1.737	35,2	226
Greiz	4.114	58,8	455	1.751	25,0	426	2.412	34,5	224
Altenburger Land	5.028	59,9	453	2.153	25,6	405	2.932	34,9	231

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 14: Anrechenbares Einkommen von hilfebedürftigen Personen nach Kreisen - Teil 1 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Hilfebedürftige Personen (hP) ¹⁾ mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro
Schleswig-Holstein	143.970	55,5	242	36.299	14,0	307	90.619	34,9	152
Flensburg, Stadt	6.887	55,4	239	1.649	13,3	302	4.523	36,4	152
Kiel, Landeshauptstadt	19.047	52,5	226	4.608	12,7	266	12.341	34,0	153
Lübeck, Hansestadt	16.936	54,2	229	4.013	12,8	292	10.817	34,6	154
Neumünster, Stadt	6.812	55,6	231	1.540	12,6	297	4.405	35,9	153
Dithmarschen	7.912	54,1	241	1.724	11,8	307	5.229	35,7	153
Herzogtum Lauenburg	8.944	57,7	248	2.434	15,7	318	5.636	36,4	154
Nordfriesland
Ostholstein	9.539	54,8	254	2.450	14,1	321	5.740	33,0	153
Pinneberg	12.967	56,3	257	3.459	15,0	331	8.025	34,8	154
Plön	5.415	54,9	253	1.548	15,7	306	3.388	34,4	153
Rendsburg-Eckernförde	10.818	56,5	245	2.665	13,9	311	6.669	34,9	154
Schleswig-Flensburg
Segeberg	10.296	59,8	263	2.893	16,8	346	6.158	35,7	154
Steinburg	6.573	54,6	239	1.692	14,0	295	4.079	33,9	154
Stormarn	6.978	59,3	264	1.881	16,0	352	4.265	36,2	154
Hamburg	106.992	52,1	246	25.010	12,2	332	69.432	33,8	153
Hamburg, Freie und Hansestadt	106.992	52,1	246	25.010	12,2	332	69.432	33,8	153

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Hilfebedürftige Personen umfassen erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Tabelle ist eingeschränkt auf Leistungsbezieher.

Tabelle 14: Anrechenbares Einkommen von hilfebedürftigen Personen nach Kreisen - Teil 2 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Hilfebedürftige Personen (hP) ¹⁾ mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro
Niedersachsen	397.235	55,7	233	93.979	13,2	303	255.245	35,8	151
Braunschweig, Stadt	14.515	54,1	238	3.861	14,4	293	8.634	32,2	152
Salzgitter, Stadt	7.300	55,5	235	1.520	11,6	326	4.839	36,8	155
Wolfsburg, Stadt	5.249	55,6	234	1.053	11,2	322	3.340	35,4	155
Gifhorn	7.601	56,5	239	1.836	13,6	313	4.970	36,9	154
Göttingen
Goslar	8.440	54,8	236	2.166	14,1	291	5.171	33,6	152
Helmstedt	4.849	52,5	230	1.044	11,3	276	3.134	33,9	151
Northeim	7.171	54,5	225	1.716	13,0	289	4.490	34,1	153
Osterode am Harz
Peine
Wolfenbüttel	5.498	54,1	247	1.260	12,4	321	3.512	34,6	155
Region Hannover	65.245	54,5	236	15.178	12,7	314	42.318	35,3	154
Diepholz	8.487	56,8	249	2.081	13,9	328	5.550	37,1	154
Hameln-Pyrmont	9.809	56,0	233	2.556	14,6	302	6.192	35,3	154
Hildesheim	14.296	53,6	239	3.413	12,8	311	9.261	34,8	154
Holz Minden	4.068	53,4	224	863	11,3	280	2.654	34,8	153
Nienburg (Weser)	6.324	57,8	228	1.354	12,4	293	4.320	39,5	154
Schaumburg	8.432	55,4	236	2.088	13,7	297	5.502	36,1	155
Celle
Cuxhaven	10.349	56,4	235	2.335	12,7	291	6.693	36,5	154
Harburg	8.281	60,3	250	2.072	15,1	331	5.249	38,2	156
Lüchow-Dannenberg
Lüneburg	9.501	57,9	245	2.183	13,3	338	6.057	36,9	152
Osterholz
Rotenburg (Wümme)
Soltau-Fallingb.ostel
Stade	9.662	58,1	241	2.353	14,1	307	6.281	37,8	154
Uelzen
Verden
Delmenhorst, Stadt	6.544	54,9	244	1.559	13,1	318	4.285	36,0	154
Emden, Stadt	3.706	56,2	236	826	12,5	306	2.402	36,4	155
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	10.733	57,7	238	2.769	14,9	290	6.420	34,5	154
Osnabrück, Stadt	8.940	56,4	237	2.448	15,4	312	5.476	34,6	153
Wilhelmshaven, Stadt	6.459	55,9	212	1.667	14,4	267	3.979	34,5	145
Ammerland
Aurich	11.223	55,2	236	2.338	11,5	294	7.508	36,9	153
Cloppenburg	7.293	61,6	242	1.373	11,6	335	4.987	42,1	156
Emsland
Friesland	4.756	57,3	226	1.229	14,8	287	3.207	38,6	146
Grafschaft Bentheim
Leer
Oldenburg
Osnabrück
Vechta	4.820	62,7	241	1.109	14,4	336	3.129	40,7	155
Wesermarsch
Wittmund	3.110	53,7	240	623	10,7	295	2.065	35,6	155
Bremen	54.764	54,4	233	12.585	12,5	308	34.558	34,3	155
Bremen, Stadt	41.685	54,2	232	9.583	12,5	305	26.078	33,9	155
Bremerhaven, Stadt	13.079	55,1	234	3.002	12,6	317	8.480	35,7	153

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

¹⁾ Hilfebedürftige Personen umfassen erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Tabelle ist eingeschränkt auf Leistungsbezieher.

Tabelle 14: Anrechenbares Einkommen von hilfebedürftigen Personen nach Kreisen - Teil 3 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Hilfebedürftige Personen (hP) ¹⁾ mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro
Nordrhein-Westfalen	925.448	54,4	231	197.926	11,6	298	607.840	35,8	154
Düsseldorf, Stadt	31.967	50,4	233	7.407	11,7	292	20.618	32,5	154
Duisburg, Stadt	37.975	51,4	221	7.244	9,8	279	25.917	35,1	153
Essen, Stadt	42.323	53,1	224	7.374	9,3	289	27.920	35,1	156
Krefeld, Stadt	15.306	53,5	225	3.111	10,9	276	10.035	35,1	153
Mönchengladbach, Stadt	20.598	54,6	229	4.216	11,2	299	14.115	37,4	155
Mülheim an der Ruhr, Stadt
Oberhausen, Stadt	14.552	52,0	225	3.166	11,3	260	9.848	35,2	153
Remscheid, Stadt	6.269	53,4	234	1.312	11,2	295	4.200	35,8	153
Solingen, Stadt	8.433	55,0	243	1.942	12,7	316	5.643	36,8	153
Wuppertal, Stadt	25.727	54,3	228	4.879	10,3	314	17.601	37,1	154
Kleve
Mettmann	21.415	56,5	237	4.389	11,6	311	13.547	35,7	155
Rhein-Kreis Neuss	17.928	57,6	247	4.329	13,9	313	11.321	36,4	154
Viersen	12.342	57,1	240	2.789	12,9	301	7.817	36,2	154
Wesel	22.536	56,8	244	5.395	13,6	301	14.511	36,6	154
Aachen, Stadt	14.024	52,7	227	3.078	11,6	289	9.235	34,7	156
Bonn, Stadt	14.950	55,5	226	3.087	11,5	301	10.458	38,8	155
Köln, Stadt	62.517	52,1	229	13.539	11,3	306	39.996	33,3	154
Leverkusen, Stadt	8.472	55,7	241	1.988	13,1	314	5.414	35,6	154
Aachen	16.199	55,6	239	3.692	12,7	293	10.800	37,1	155
Düren
Rhein-Erft-Kreis	19.961	54,4	235	4.533	12,4	298	13.239	36,1	154
Euskirchen	6.449	54,7	235	1.305	11,1	311	4.259	36,1	155
Heinsberg	11.662	56,6	224	2.552	12,4	258	7.754	37,6	156
Oberbergischer Kreis	10.827	55,6	238	2.659	13,7	298	6.928	35,6	155
Rheinisch-Bergischer Kreis	9.954	55,8	250	2.420	13,6	310	6.208	34,8	154
Rhein-Sieg-Kreis	21.784	55,2	241	4.710	11,9	325	14.618	37,0	155
Bottrop, Stadt	6.835	55,5	224	1.467	11,9	264	4.256	34,6	153
Gelsenkirchen, Stadt	24.547	53,0	216	4.283	9,2	277	16.411	35,4	154
Münster, Stadt	12.055	58,2	235	3.304	16,0	314	7.612	36,8	147
Borchen
Coesfeld
Recklinghausen	40.517	54,9	226	8.238	11,2	286	26.394	35,8	149
Steinfurt
Warendorf	11.088	58,9	239	2.606	13,8	309	7.131	37,9	154
Bielefeld, Stadt	22.285	57,1	237	4.829	12,4	329	14.542	37,3	155
Gütersloh	12.423	59,9	241	2.990	14,4	338	7.972	38,4	154
Herford	10.934	57,2	237	2.442	12,8	326	7.015	36,7	155
Höxter	5.385	55,7	225	1.183	12,2	283	3.475	35,9	155
Lippe	18.715	57,5	237	4.087	12,6	332	12.279	37,7	155
Minden-Lübbecke
Paderborn	14.689	57,9	233	3.419	13,5	318	9.828	38,8	153
Bochum, Stadt	21.667	53,2	225	4.927	12,1	272	13.933	34,2	156
Dortmund, Stadt	45.533	52,9	222	8.592	10,0	285	30.603	35,5	154
Hagen, Stadt	14.189	54,5	227	2.713	10,4	305	9.732	37,4	155
Hamm, Stadt
Herne, Stadt	11.791	51,1	217	2.255	9,8	274	8.184	35,4	154
Ennepe-Ruhr-Kreis
Hochsauerlandkreis
Märkischer Kreis	20.442	55,5	237	4.760	12,9	296	13.192	35,8	154
Olpe	3.599	55,4	241	857	13,2	276	2.289	35,3	153
Siegen-Wittgenstein	10.444	55,4	232	2.299	12,2	279	6.540	34,7	154
Soest	13.326	56,3	230	3.478	14,7	275	8.449	35,7	153
Unna	23.140	54,7	238	5.053	12,0	298	15.280	36,1	155

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

¹⁾ Hilfebedürftige Personen umfassen erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Tabelle ist eingeschränkt auf Leistungsbezieher.

Tabelle 14: Anrechenbares Einkommen von hilfebedürftigen Personen nach Kreisen - Teil 4 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Hilfebedürftige Personen (hP) ¹⁾ mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro
Hessen	254.321	55,2	236	61.452	13,3	320	162.610	35,3	153
Darmstadt, Stadt	7.453	56,1	246	1.929	14,5	341	4.793	36,1	154
Frankfurt am Main, Stadt	37.933	52,9	248	8.761	12,2	368	24.208	33,8	155
Offenbach am Main, Stadt	11.202	56,0	250	2.397	12,0	376	7.482	37,4	155
Wiesbaden, Landeshauptstadt
Bergstraße
Darmstadt-Dieburg
Groß-Gerau	11.454	59,3	234	2.462	12,8	353	7.288	37,8	154
Hochtaunuskreis
Main-Kinzig-Kreis
Main-Taunus-Kreis
Odenwaldkreis
Offenbach
Rheingau-Taunus-Kreis
Wetteraukreis	10.304	56,7	246	2.547	14,0	331	6.374	35,1	155
Gießen	11.926	54,8	233	2.792	12,8	297	7.900	36,3	154
Lahn-Dill-Kreis	10.863	56,2	238	2.469	12,8	304	7.023	36,3	154
Limburg-Weilburg	8.053	56,4	240	1.880	13,2	308	5.330	37,3	154
Marburg-Biedenkopf
Vogelsbergkreis
Kassel, Stadt	16.517	55,0	224	4.457	14,9	269	10.341	34,5	154
Fulda
Hersfeld-Rotenburg
Kassel	8.546	56,1	228	2.370	15,6	276	5.279	34,7	154
Schwalm-Eder-Kreis	7.287	54,9	229	1.806	13,6	292	4.666	35,1	154
Waldeck-Frankenberg	6.306	56,8	231	1.706	15,4	288	3.981	35,9	150
Werra-Meißner-Kreis	4.976	52,3	231	1.350	14,2	294	3.046	32,0	152
Rheinland-Pfalz	144.547	55,1	239	35.786	13,6	304	91.674	34,9	154
Koblenz, Stadt	6.321	56,3	232	1.704	15,2	284	4.052	36,1	154
Ahrweiler
Altenkirchen (Westerwald)	4.947	55,1	232	1.040	11,6	287	3.217	35,8	154
Bad Kreuznach	6.928	55,1	240	1.732	13,8	307	4.502	35,8	154
Birkenfeld	3.993	54,9	242	1.030	14,2	323	2.608	35,9	151
Cochem-Zell	1.603	54,6	240	415	14,1	263	951	32,4	155
Mayen-Koblenz	7.996	56,7	237	2.003	14,2	296	5.075	36,0	153
Neuwied	7.787	56,7	237	1.837	13,4	298	5.051	36,8	154
Rhein-Hunsrück-Kreis	3.517	56,6	254	926	14,9	333	2.128	34,3	153
Rhein-Lahn-Kreis	4.292	56,1	243	1.101	14,4	298	2.624	34,3	154
Westerwaldkreis	6.202	54,7	230	1.508	13,3	279	3.965	34,9	154
Trier, Stadt	4.356	53,5	236	1.128	13,9	284	2.710	33,3	154
Bernkastel-Wittlich	2.853	54,3	249	759	14,4	315	1.701	32,4	155
Bitburg-Prüm	1.579	55,1	236	428	14,9	290	956	33,4	154
Daun
Trier-Saarburg	2.434	55,0	245	686	15,5	296	1.486	33,6	154
Frankenthal (Pfalz), Stadt	2.190	56,4	238	537	13,8	303	1.434	36,9	154
Kaiserslautern, Stadt	5.599	49,8	234	1.402	12,5	301	3.545	31,5	152
Landau in der Pfalz, Stadt	1.418	54,3	235	368	14,1	286	820	31,4	157
Ludwigshafen am Rhein, Stadt	10.192	54,8	226	2.199	11,8	297	6.974	37,5	154
Mainz, Stadt	8.934	58,1	245	2.433	15,8	325	5.440	35,4	155
Neustadt an der Weinstraße, Stadt	2.079	53,6	235	506	13,0	298	1.226	31,6	155
Pirmasens, Stadt	3.132	50,5	220	564	9,1	304	2.049	33,0	155
Speyer, Stadt	2.061	52,3	231	556	14,1	270	1.307	33,2	155
Worms, Stadt	4.146	52,3	230	847	10,7	282	2.762	34,8	155
Zweibrücken, Stadt	1.704	53,4	242	432	13,5	304	1.057	33,1	154
Alzey-Worms	3.991	58,0	248	1.026	14,9	319	2.554	37,1	153
Bad Dürkheim	3.260	57,1	237	836	14,6	285	1.939	34,0	154
Donnersbergkreis	3.004	54,0	244	707	12,7	336	1.924	34,6	154
Germersheim	3.810	56,7	251	1.029	15,3	340	2.392	35,6	154
Kaiserslautern	3.426	55,8	242	835	13,6	315	2.200	35,8	153
Kusel	2.475	51,8	225	535	11,2	289	1.623	34,0	154
Südliche Weinstraße	2.286	53,0	251	664	15,4	315	1.340	31,1	154
Rhein-Pfalz-Kreis	2.676	54,0	235	627	12,7	277	1.662	33,5	154
Mainz-Bingen	5.847	56,8	261	1.527	14,8	350	3.638	35,4	154
Südwestpfalz

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

¹⁾ Hilfebedürftige Personen umfassen erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Tabelle ist eingeschränkt auf Leistungsbezieher.

Tabelle 14: Anrechenbares Einkommen von hilfebedürftigen Personen nach Kreisen - Teil 5 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Hilfebedürftige Personen (hP) ¹⁾ mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro
Baden-Württemberg	291.917	56,8	243	68.321	13,3	325	181.206	35,3	153
Stuttgart, Landeshauptstadt	23.618	56,4	239	5.028	12,0	336	13.803	33,0	156
Böblingen	9.220	59,1	264	2.142	13,7	367	5.746	36,8	155
Esslingen	13.276	58,9	261	3.447	15,3	345	8.007	35,5	154
Göppingen	6.505	56,3	246	1.470	12,7	327	4.028	34,8	154
Ludwigsburg	11.736	59,0	248	2.664	13,4	342	7.093	35,6	154
Rems-Murr-Kreis	10.801	57,7	251	2.528	13,5	332	6.555	35,0	154
Heilbronn, Stadt
Heilbronn	7.692	56,8	236	1.631	12,1	317	4.936	36,5	156
Hohenlohekreis	2.287	61,1	243	592	15,8	333	1.335	35,6	153
Schwäbisch Hall	4.906	56,5	247	1.168	13,4	342	3.184	36,6	155
Main-Tauber-Kreis	3.179	57,1	237	729	13,1	295	1.971	35,4	154
Heidenheim	4.141	59,4	241	1.014	14,5	321	2.673	38,3	150
Ostalbkreis	7.760	56,0	240	1.877	13,5	309	4.967	35,8	154
Baden-Baden, Stadt	1.953	53,2	256	583	15,9	311	1.122	30,6	153
Karlsruhe, Stadt	11.619	54,5	246	2.918	13,7	310	7.033	33,0	154
Karlsruhe
Rastatt	5.118	56,8	242	1.219	13,5	312	2.967	32,9	153
Heidelberg, Stadt	4.141	51,8	245	1.127	14,1	303	2.491	31,2	155
Mannheim, Universitätsstadt	17.654	55,7	232	3.856	12,2	309	11.630	36,7	153
Neckar-Odenwald-Kreis	3.457	56,2	240	732	11,9	319	2.205	35,8	155
Rhein-Neckar-Kreis
Pforzheim, Stadt	5.782	54,5	236	1.197	11,3	324	3.775	35,6	155
Calw
Enzkreis
Freudenstadt
Freiburg im Breisgau, Stadt	9.120	54,6	239	2.171	13,0	315	6.069	36,4	152
Breisgau-Hochschwarzwald	5.445	58,2	249	1.363	14,6	332	3.275	35,0	155
Emmendingen	4.147	62,3	255	996	15,0	368	2.489	37,4	155
Ortenaukreis
Rottweil
Schwarzwald-Baar-Kreis
Tuttlingen
Konstanz	8.503	58,3	245	2.135	14,6	320	5.166	35,4	154
Lörrach	6.865	58,1	249	1.655	14,0	325	4.368	36,9	152
Waldshut
Reutlingen	6.565	56,1	255	1.468	12,5	358	4.184	35,7	153
Tübingen	5.269	57,7	258	1.395	15,3	334	3.290	36,0	155
Zollernalbkreis	4.809	53,9	239	1.058	11,9	308	3.100	34,8	155
Ulm, Universitätsstadt
Alb-Donau-Kreis
Biberach
Bodenseekreis
Ravensburg
Sigmaringen	3.655	56,6	235	804	12,4	294	2.412	37,3	153

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

¹⁾ Hilfebedürftige Personen umfassen erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Tabelle ist eingeschränkt auf Leistungsbezieher.

Tabelle 14: Anrechenbares Einkommen von hilfebedürftigen Personen nach Kreisen - Teil 6 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Hilfebedürftige Personen (hP) ¹⁾ mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro
Bayern	303.622	54,5	252	77.561	13,9	331	178.452	32,1	153
Ingolstadt, Stadt	4.786	59,7	249	1.208	15,1	338	2.820	35,1	154
München, Landeshauptstadt	37.936	51,9	270	9.677	13,2	368	22.724	31,1	154
Rosenheim, Stadt	2.152	54,3	256	511	12,9	340	1.270	32,0	153
Altötting	2.953	55,1	245	787	14,7	330	1.682	31,4	153
Berchtesgadener Land	1.909	57,5	261	519	15,6	363	1.039	31,3	153
Bad Tölz-Wolfratshausen	1.957	52,7	285	535	14,4	353	1.111	29,9	154
Dachau	1.790	59,3	289	446	14,8	379	1.062	35,2	155
Ebersberg	1.328	58,3	268	332	14,6	342	719	31,6	154
Eichstätt	1.282	62,0	251	310	15,0	343	748	36,2	155
Erding	2.059	63,3	280	493	15,2	410	1.220	37,5	154
Freising	1.772	58,3	275	425	14,0	360	1.033	34,0	154
Fürstenfeldbruck	3.744	60,0	279	1.007	16,2	366	2.121	34,0	154
Garmisch-Partenkirchen	1.206	54,4	286	350	15,8	348	646	29,1	154
Landsberg am Lech	1.611	56,1	270	439	15,3	332	932	32,5	154
Miesbach
Mühdorf a.Inn	2.683	53,1	247	644	12,7	307	1.595	31,5	153
München
Neuburg-Schrobenhausen	1.289	55,3	246	345	14,8	316	728	31,3	154
Pfaffenhofen a.d.Ilm	1.603	58,7	243	356	13,0	331	923	33,8	156
Rosenheim	3.774	55,6	271	956	14,1	357	2.213	32,6	154
Starnberg	1.652	58,7	288	469	16,7	358	910	32,3	153
Traunstein	3.215	56,0	267	870	15,1	354	1.865	32,5	153
Weilheim-Schongau	1.967	57,0	256	392	11,4	346	1.115	32,3	154
Landshut, Stadt	2.261	54,4	257	669	16,1	314	1.277	30,7	153
Passau, Stadt
Straubing, Stadt
Deggendorf	2.951	51,6	260	760	13,3	364	1.779	31,1	153
Freyung-Grafenau	1.477	49,3	207	339	11,3	259	785	26,2	153
Kelheim	1.798	55,9	228	418	13,0	301	1.089	33,9	154
Landshut	1.967	54,3	264	498	13,8	363	1.149	31,7	154
Passau	4.463	53,4	247	1.128	13,5	324	2.699	32,3	147
Regen	1.474	47,5	248	433	14,0	302	798	25,7	153
Rottal-Inn	2.141	54,5	222	452	11,5	305	1.236	31,4	154
Straubing-Bogen	1.738	56,2	253	404	13,1	375	1.040	33,6	153
Dingolfing-Landau	1.418	54,5	259	417	16,0	324	871	33,4	152
Amberg, Stadt	2.275	55,6	254	669	16,3	343	1.281	31,3	152
Regensburg, Stadt	5.567	53,0	250	1.572	15,0	323	3.217	30,6	152
Weiden i.d.OPf., Stadt	2.702	53,9	244	743	14,8	308	1.640	32,7	152
Amberg-Sulzbach	2.403	53,5	244	625	13,9	325	1.452	32,3	153
Cham	1.998	49,0	239	532	13,0	304	1.150	28,2	152
Neumarkt i.d.OPf.	1.926	54,6	243	425	12,0	326	1.166	33,1	154
Neustadt a.d.Waldnaab	2.261	52,9	245	594	13,9	315	1.363	31,9	152
Regensburg	2.929	55,8	265	168	3,2	346	1.615	30,8	154
Schwandorf	3.113	52,0	263	759	12,7	366	1.856	31,0	153
Tirschenreuth	1.808	49,0	238	430	11,6	282	1.057	28,6	153
Bamberg, Stadt	2.872	56,9	230	922	18,3	271	1.622	32,2	151
Bayreuth, Stadt	3.633	55,3	240	1.069	16,3	316	1.998	30,4	152
Coburg, Stadt	2.618	56,4	230	667	14,4	306	1.494	32,2	151
Hof, Stadt	3.174	53,4	231	895	15,1	279	1.918	32,3	151
Bamberg	2.401	55,5	241	701	16,2	291	1.331	30,8	155
Bayreuth	2.229	54,9	238	625	15,4	308	1.321	32,6	146
Coburg	2.879	58,7	236	664	13,5	344	1.575	32,1	153
Forchheim	1.880	51,7	242	515	14,2	298	1.094	30,1	152

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

¹⁾ Hilfebedürftige Personen umfassen erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Tabelle ist eingeschränkt auf Leistungsbezieher.

Tabelle 14: Anrechenbares Einkommen von hilfebedürftigen Personen nach Kreisen - Teil 7 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Hilfebedürftige Personen (hP) ¹⁾ mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro
Bayern	303.622	54,5	252	77.561	13,9	331	178.452	32,1	153
Hof, Stadt	3.174	53,4	231	895	15,1	279	1.918	32,3	151
Bamberg	2.401	55,5	241	701	16,2	291	1.331	30,8	155
Bayreuth	2.229	54,9	238	625	15,4	308	1.321	32,6	146
Coburg	2.879	58,7	236	664	13,5	344	1.575	32,1	153
Forchheim	1.880	51,7	242	515	14,2	298	1.094	30,1	152
Hof	3.168	53,2	243	854	14,4	303	1.817	30,5	154
Kronach	1.766	50,3	246	459	13,1	309	1.023	29,2	154
Kulmbach	2.529	55,8	238	694	15,3	311	1.346	29,7	151
Lichtenfels	2.081	51,4	231	535	13,2	296	1.248	30,8	153
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	3.072	52,5	236	701	12,0	326	1.780	30,4	152
Ansbach, Stadt	1.801	60,1	269	482	16,1	379	1.035	34,5	151
Erlangen, Stadt
Fürth, Stadt	5.491	53,7	251	1.431	14,0	326	3.419	33,5	155
Nürnberg, Stadt	29.483	54,4	239	6.945	12,8	330	17.998	33,2	153
Schwabach, Stadt	1.439	58,1	256	408	16,5	318	847	34,2	153
Ansbach	3.187	57,0	255	827	14,8	353	1.904	34,1	152
Erlangen-Höchststadt	1.510	55,1	260	395	14,4	332	846	30,9	155
Fürth	1.930	53,0	274	532	14,6	349	1.075	29,5	154
Nürnberger Land	2.796	56,1	252	702	14,1	335	1.495	30,0	154
Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim	1.934	56,9	257	529	15,6	354	1.102	32,4	155
Roth	1.921	55,2	244	485	13,9	285	1.080	31,1	153
Weißenburg-Gunzenhausen	2.245	53,4	230	492	11,7	286	1.419	33,7	152
Aschaffenburg, Stadt	3.556	57,8	248	1.028	16,7	317	2.135	34,7	151
Schweinfurt, Stadt
Würzburg, Stadt	4.996	53,7	250	1.354	14,6	319	2.934	31,5	152
Aschaffenburg	3.205	57,9	262	937	16,9	319	1.882	34,0	154
Bad Kissingen	2.865	54,4	241	757	14,4	307	1.664	31,6	152
Rhön-Grabfeld	2.344	55,1	220	658	15,5	264	1.411	33,1	152
Haßberge	1.766	55,7	218	475	15,0	248	1.013	31,9	154
Kitzingen	2.153	56,9	254	537	14,2	309	1.309	34,6	154
Miltenberg	3.156	56,9	236	778	14,0	299	1.922	34,6	154
Main-Spessart	2.322	58,3	249	709	17,8	321	1.264	31,7	153
Schweinfurt	2.360	56,4	249	576	13,8	309	1.470	35,2	150
Würzburg
Augsburg, Stadt	12.526	52,9	244	3.160	13,3	333	7.563	31,9	153
Kaufbeuren, Stadt	1.809	54,7	252	486	14,7	312	1.022	30,9	153
Kempten (Allgäu), Stadt	2.049	55,7	261	569	15,5	349	1.168	31,8	153
Memmingen, Stadt	1.176	53,0	258	334	15,1	340	683	30,8	154
Aichach-Friedberg	1.432	56,4	259	362	14,3	356	835	32,9	155
Augsburg	3.698	57,3	256	899	13,9	340	2.184	33,9	153
Dillingen a.d. Donau	1.854	57,3	244	440	13,6	343	1.155	35,7	154
Günzburg	2.251	57,3	239	466	11,9	341	1.356	34,5	152
Neu-Ulm	3.133	53,9	249	809	13,9	297	1.942	33,4	155
Lindau (Bodensee)	1.333	53,9	261	368	14,9	306	773	31,2	154
Ostallgäu	1.780	55,0	257	452	14,0	320	998	30,8	154
Unterallgäu	1.485	53,2	235	366	13,1	303	778	27,9	154
Donau-Ries	1.869	56,3	229	422	12,7	306	1.117	33,6	154
Oberallgäu	2.212	57,1	257	663	17,1	320	1.149	29,7	152

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

¹⁾ Hilfebedürftige Personen umfassen erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Tabelle ist eingeschränkt auf Leistungsbezieher.

Tabelle 14: Anrechenbares Einkommen von hilfebedürftigen Personen nach Kreisen - Teil 8 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Hilfebedürftige Personen (hP) ¹⁾ mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro
Saarland	46.173	52,4	236	11.085	12,6	290	28.832	32,7	153
Stadtverband Saarbrücken	21.404	51,8	236	5.122	12,4	292	13.541	32,8	153
Merzig-Wadern	3.322	53,8	244	814	13,2	288	2.023	32,8	154
Neunkirchen	6.556	53,5	231	1.599	13,1	277	4.034	32,9	154
Saarlouis	7.535	52,8	238	1.763	12,4	303	4.733	33,2	154
Saarpfalz-Kreis	4.724	52,1	234	1.155	12,7	288	2.857	31,5	154
St. Wendel
Berlin	326.572	53,5	230	77.973	12,8	320	198.091	32,5	153
Berlin, Stadt	326.572	53,5	230	77.973	12,8	320	198.091	32,5	153
Brandenburg	177.879	50,9	269	50.401	14,4	359	99.667	28,5	151
Brandenburg an der Havel, Stadt	6.465	49,6	264	1.763	13,5	353	3.664	28,1	150
Cottbus, Stadt	8.067	50,3	263	2.494	15,5	319	4.487	28,0	151
Frankfurt (Oder), Stadt	5.816	50,1	263	1.652	14,2	362	3.305	28,5	151
Potsdam, Stadt	8.503	51,3	271	2.313	14,0	357	4.977	30,0	153
Barnim	11.448	50,0	269	3.242	14,2	358	6.446	28,1	152
Dahme-Spreewald	9.291	51,9	275	2.551	14,3	363	5.209	29,1	153
Elbe-Elster	8.877	50,8	273	2.529	14,5	367	4.862	27,8	149
Havelland	10.320	50,5	273	2.960	14,5	370	6.009	29,4	152
Märkisch-Oderland	14.694	52,5	268	4.395	15,7	359	7.896	28,2	152
Oberhavel
Oberspreewald-Lausitz	10.503	50,4	271	2.967	14,2	360	5.766	27,7	151
Oder-Spree
Ostprignitz-Ruppin
Potsdam-Mittelmark	8.818	51,9	280	2.586	15,2	387	4.807	28,3	152
Prignitz	7.035	49,1	283	2.023	14,1	399	3.959	27,6	150
Spree-Neiße
Teltow-Fläming	9.626	51,7	264	2.374	12,7	354	5.549	29,8	153
Uckermark
Mecklenburg-Vorpommern	143.205	50,8	275	41.302	14,7	367	81.312	28,8	151
Greifswald, Hansestadt	4.812	50,6	283	1.269	13,4	398	2.817	29,6	152
Neubrandenburg, Stadt	6.431	50,4	272	1.929	15,1	342	3.562	27,9	150
Rostock, Hansestadt	17.349	50,5	278	5.160	15,0	358	10.066	29,3	151
Schwerin, Landeshauptstadt	9.293	50,6	263	2.650	14,4	340	5.490	29,9	151
Stralsund, Hansestadt	5.537	49,7	274	1.730	15,5	347	3.151	28,3	150
Wismar, Hansestadt	3.804	48,8	275	1.111	14,3	337	2.225	28,6	152
Bad Doberan	7.323	51,8	286	2.236	15,8	380	4.077	28,8	152
Demmin	8.228	48,8	270	2.061	12,2	384	4.800	28,4	150
Güstrow	9.598	52,1	276	2.661	14,5	388	5.262	28,6	153
Ludwigslust	7.764	52,3	277	2.160	14,6	384	4.644	31,3	153
Mecklenburg-Strelitz	6.748	48,5	270	1.910	13,7	357	3.766	27,1	151
Müritz	5.912	52,8	280	1.725	15,4	390	3.214	28,7	152
Nordvorpommern	9.915	50,0	280	2.902	14,6	387	5.467	27,6	152
Nordwestmecklenburg	8.140	52,7	282	2.400	15,5	380	4.698	30,4	153
Ostvorpommern
Parchim	7.784	53,1	278	2.485	17,0	362	4.339	29,6	152
Rügen	6.133	51,8	288	1.809	15,3	352	3.295	27,8	152
Uecker-Randow	7.776	49,0	265	2.030	12,8	377	4.387	27,6	151

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

¹⁾ Hilfebedürftige Personen umfassen erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Tabelle ist eingeschränkt auf Leistungsbezieher.

Tabelle 14: Anrechenbares Einkommen von hilfebedürftigen Personen nach Kreisen - Teil 9 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Hilfebedürftige Personen (hP) ¹⁾ mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro
Sachsen	294.035	51,7	268	88.638	15,6	347	164.206	28,9	150
Chemnitz, Stadt	18.220	52,8	265	5.633	16,3	331	9.946	28,8	152
Plauen, Stadt	5.472	53,8	270	1.752	17,2	334	2.935	28,8	150
Zwickau, Stadt	7.537	53,3	278	2.566	18,2	343	3.929	27,8	152
Annaberg	5.348	52,3	279	1.647	16,1	365	2.718	26,6	149
Chemnitzer Land	8.291	52,9	273	2.485	15,8	358	4.460	28,4	152
Freiberg	8.337	52,8	269	2.563	16,2	360	4.621	29,3	151
Vogtlandkreis	10.324	53,5	278	3.257	16,9	368	5.322	27,6	151
Mittlerer Erzgebirgskreis	5.426	52,1	273	1.708	16,4	360	2.981	28,6	146
Mittweida	7.936	52,8	276	2.565	17,1	365	4.135	27,5	151
Stollberg	4.931	53,4	280	1.616	17,5	359	2.519	27,3	150
Aue-Schwarzenberg	9.355	52,4	280	2.937	16,4	369	4.909	27,5	150
Zwickauer Land	7.625	52,4	269	2.409	16,6	345	4.151	28,5	149
Dresden, Stadt	30.052	50,0	266	8.940	14,9	340	17.326	28,9	152
Görlitz, Stadt	6.016	51,6	256	1.621	13,9	314	3.494	30,0	150
Hoyerswerda, Stadt	3.705	49,3	255	1.071	14,3	321	2.128	28,3	150
Bautzen
Meißen
Niederschles. Oberlausitzkreis	6.842	49,3	262	1.749	12,6	354	4.027	29,0	148
Riesa-Großenhain	8.425	50,7	275	2.602	15,7	356	4.794	28,9	148
Löbau-Zittau
Sächsische Schweiz	9.109	52,0	271	2.624	15,0	362	5.197	29,7	151
Weißeritzkreis	7.137	53,8	278	2.258	17,0	368	4.023	30,3	153
Kamenz
Leipzig, Stadt	43.264	51,0	264	12.493	14,7	344	25.374	29,9	152
Delitzsch	9.002	51,8	274	2.773	16,0	362	5.156	29,7	151
Döbeln
Leipziger Land	10.446	52,1	277	3.300	16,4	355	5.614	28,0	152
Muldentalkreis
Torgau-Oschatz	7.181	50,2	263	1.774	12,4	359	4.260	29,8	150
Sachsen-Anhalt	196.002	51,3	268	56.548	14,8	358	111.476	29,2	152
Dessau, Stadt	5.922	51,8	276	1.884	16,5	374	3.215	28,1	151
Anhalt-Zerbst
Bernburg
Bitterfeld	8.374	53,5	269	2.471	15,8	367	4.496	28,7	152
Köthen	5.612	49,8	259	1.465	13,0	353	3.326	29,5	150
Wittenberg	8.669	51,2	262	2.656	15,7	327	4.743	28,0	152
Halle (Saale), Stadt	21.774	51,3	262	6.384	15,0	338	13.106	30,9	152
Burgenlandkreis	10.831	50,2	267	3.034	14,1	365	6.134	28,4	151
Mansfelder Land	8.723	50,2	270	2.425	14,0	371	4.897	28,2	152
Merseburg-Querfurt
Saalkreis
Sangerhausen	5.404	51,0	270	1.474	13,9	369	3.000	28,3	150
Weißenfels	5.946	50,2	273	1.653	14,0	360	3.422	28,9	152
Magdeburg, Landeshauptstadt	19.591	51,2	266	5.754	15,0	343	11.116	29,0	152
Aschersleben-Staßfurt	8.835	51,5	269	2.614	15,2	352	4.925	28,7	151
Bördekreis	5.544	51,2	276	1.675	15,5	375	3.098	28,6	152
Halberstadt	5.937	51,1	264	1.769	15,2	342	3.353	28,9	152
Jerichower Land	6.778	49,9	275	1.822	13,4	379	3.905	28,8	152
Ohrekreis	6.060	53,9	284	1.950	17,3	388	3.246	28,9	152
Stendal	12.559	53,0	270	3.377	14,2	381	7.389	31,2	151
Quedlinburg	6.433	50,4	265	1.732	13,6	357	3.643	28,6	152
Schönebeck
Wernigerode
Altmarkkreis Salzwedel

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

¹⁾ Hilfebedürftige Personen umfassen erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Tabelle ist eingeschränkt auf Leistungsbezieher.

Tabelle 14: Anrechenbares Einkommen von hilfebedürftigen Personen nach Kreisen - Teil 10 -*)
Berichtsmonat: Januar 2007

Kreise	Hilfebedürftige Personen (hP) ¹⁾ mit anrechenbarem Einkommen								
	Insgesamt			Erwerbstätigkeit			Kindergeld		
	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro	absolut	Anteil an allen hP in %	Anrechenbares Einkommen je hP in Euro
Thüringen	143.452	51,9	270	40.312	14,6	357	80.573	29,2	151
Erfurt, Stadt	17.452	52,7	271	4.862	14,7	349	10.153	30,6	153
Gera, Stadt	8.323	52,1	277	2.600	16,3	349	4.493	28,1	150
Jena, Stadt
Suhl, Stadt	2.502	51,5	265	715	14,7	325	1.337	27,5	151
Weimar, Stadt	4.685	52,5	260	1.270	14,2	339	2.765	31,0	153
Eisenach, Stadt	2.859	53,6	265	823	15,4	327	1.669	31,3	153
Eichsfeld
Nordhausen	6.738	50,9	273	1.672	12,6	402	4.020	30,3	150
Wartburgkreis	5.913	51,9	269	1.691	14,9	352	3.262	28,7	151
Unstrut-Hainich-Kreis	7.283	49,7	264	1.419	9,7	374	4.384	29,9	153
Kyffhäuserkreis	6.691	49,9	263	1.679	12,5	373	3.911	29,2	150
Schmalkalden-Meiningen	6.472	53,1	265	1.913	15,7	348	3.409	27,9	152
Gotha	8.986	51,4	271	2.413	13,8	358	5.285	30,2	153
Sömmerda	5.178	52,9	270	1.519	15,5	370	3.003	30,7	147
Hildburghausen	2.867	54,3	260	828	15,7	348	1.519	28,8	153
Ilm-Kreis	7.576	51,0	269	2.241	15,1	335	4.194	28,2	150
Weimarer Land	5.418	52,3	265	1.551	15,0	349	3.015	29,1	152
Sonneberg	2.905	52,9	288	859	15,6	405	1.613	29,4	151
Saalfeld-Rudolstadt	7.086	50,9	268	2.090	15,0	348	3.799	27,3	151
Saale-Holzland-Kreis	4.591	53,1	270	1.494	17,3	350	2.433	28,1	151
Saale-Orla-Kreis	4.869	52,8	277	1.442	15,6	376	2.585	28,0	152
Greiz	6.749	52,0	277	1.957	15,1	381	3.639	28,0	149
Altenburger Land	8.308	52,3	274	2.464	15,5	354	4.468	28,1	152

*) Daten basierend auf Kreisen, deren Daten vollständig im Fachverfahren A2LL enthalten sind. Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Hilfebedürftige Personen umfassen erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Tabelle ist eingeschränkt auf Leistungsbezieher.

Tabelle 15: Anteil von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten mit SGB II-Leistungen an allen Beschäftigten in Kreisen, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind - Teil 1 -

Januar 2007

Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind ^{*)}	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)	Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)
Schleswig-Holstein	2,8	13,9
Flensburg, Stadt	4,1	18,2
Kiel, Landeshauptstadt	3,9	21,2
Lübeck, Hansestadt	4,0	22,6
Neumünster, Stadt	4,2	20,4
Dithmarschen	3,3	13,5
Herzogtum Lauenburg	2,6	12,2
Nordfriesland	.	.
Ostholstein	2,9	14,3
Pinneberg	2,3	11,3
Plön	2,5	11,5
Rendsburg-Eckernförde	2,1	11,0
Schleswig-Flensburg	.	.
Segeberg	2,3	9,3
Steinburg	2,7	13,0
Stormarn	1,7	8,7
Hamburg	3,3	14,7
Hamburg, Freie und Hansestadt	3,3	14,7

^{*)} Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 15: Anteil von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten mit SGB II-Leistungen an allen Beschäftigten in Kreisen, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind - Teil 2 -

Januar 2007

Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind *)	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)	Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)
Niedersachsen	2,5	13,2
Braunschweig, Stadt	3,1	18,2
Salzgitter, Stadt	3,0	17,7
Wolfsburg, Stadt	1,7	12,4
Gifhorn	2,1	11,8
Göttingen	.	.
Goslar	3,1	17,3
Helmstedt	2,3	17,7
Northeim	2,4	13,4
Osterode am Harz	.	.
Peine	.	.
Wolfenbüttel	2,3	13,6
Region Hannover	2,8	16,0
Diepholz	1,9	8,4
Hamel-Pyrmont	3,2	18,0
Hildesheim	2,5	14,2
Holz Minden	2,4	14,2
Nienburg (Weser)	2,1	10,3
Schaumburg	2,5	14,1
Celle	2,1	14,1
Cuxhaven	2,4	12,3
Harburg	1,7	8,4
Lüchow-Dannenberg	2,4	18,7
Lüneburg	2,7	12,5
Osterholz	.	.
Rotenburg (Wümme)	.	.
Soltau-Fallingb. Bstl.	.	.
Stade	2,2	12,0
Uelzen	2,3	16,2
Verden	.	.
Delmenhorst, Stadt	4,2	19,2
Emden, Stadt	3,7	17,3
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	3,7	18,4
Osnabrück, Stadt	3,3	12,1
Wilhelmshaven, Stadt	4,2	22,7
Ammerland	.	.
Aurich	2,9	13,7
Cloppenburg	1,9	7,8
Emsland	.	.
Friesland	2,3	12,7
Grafschaft Bentheim	.	.
Leer	.	.
Oldenburg	.	.
Osnabrück	.	.
Vechta	1,6	6,0
Wesermarsch	2,5	12,6
Wittmund	2,8	12,5
Bremen	4,2	19,9
Bremen, Stadt	3,8	18,9
Bremerhaven, Stadt	6,3	24,8

*) Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 15: Anteil von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnerten Beschäftigten mit SGB II-Leistungen an allen Beschäftigten in Kreisen, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind - Teil 3 -

Januar 2007

Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind ^{*)}	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)	Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnerten Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)
Nordrhein-Westfalen	2,2	12,9
Düsseldorf, Stadt	2,4	15,8
Duisburg, Stadt	3,1	18,7
Essen, Stadt	2,7	16,4
Krefeld, Stadt	2,7	16,5
Mönchengladbach, Stadt	3,1	17,5
Mülheim an der Ruhr, Stadt	.	.
Oberhausen, Stadt	2,6	16,4
Remscheid, Stadt	2,3	12,1
Solingen, Stadt	2,4	12,2
Wuppertal, Stadt	2,8	17,0
Kleve	.	.
Mettmann	1,8	10,9
Rhein-Kreis Neuss	1,8	10,1
Viersen	1,7	10,1
Wesel	2,2	11,3
Aachen, Stadt	2,5	12,9
Bonn, Stadt	2,0	12,3
Köln, Stadt	2,6	16,0
Leverkusen, Stadt	2,4	14,2
Aachen	2,2	12,3
Düren	.	.
Rhein-Erft-Kreis	1,8	11,6
Euskirchen	1,4	7,8
Heinsberg	1,7	10,9
Oberbergischer Kreis	1,7	9,7
Rheinisch-Bergischer Kreis	1,7	10,0
Rhein-Sieg-Kreis	1,7	9,5
Bottrop, Stadt	2,3	13,1
Gelsenkirchen, Stadt	3,6	20,8
Münster, Stadt	.	.
Borken	.	.
Coesfeld	.	.
Recklinghausen	2,5	14,8
Steinfurt	.	.
Warendorf	1,6	9,0
Bielefeld, Stadt	3,3	16,2
Gütersloh	1,6	7,4
Herford	2,0	10,6
Höxter	1,5	8,7
Lippe	2,3	12,8
Minden-Lübbecke	.	.
Paderborn	2,1	10,3
Bochum, Stadt	2,4	15,5
Dortmund, Stadt	3,0	19,3
Hagen, Stadt	2,9	15,2
Hamm, Stadt	.	.
Herne, Stadt	2,7	18,2
Ennepe-Ruhr-Kreis	.	.
Hochsauerlandkreis	.	.
Märkischer Kreis	1,9	10,8
Olpe	1,0	6,2
Siegen-Wittgenstein	1,5	8,6
Soest	1,8	11,3
Unna	2,4	13,2

^{*)} Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 15: Anteil von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten mit SGB II-Leistungen an allen Beschäftigten in Kreisen, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind - Teil 4 -

Januar 2007

Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind ^{*)}	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)	Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)
Hessen	2,5	12,3
Darmstadt, Stadt	2,8	11,3
Frankfurt am Main, Stadt	3,0	14,7
Offenbach am Main, Stadt	5,0	17,6
Wiesbaden, Landeshauptstadt	.	.
Bergstraße	.	.
Darmstadt-Dieburg	.	.
Groß-Gerau	2,0	10,2
Hochtaunuskreis	.	.
Main-Kinzig-Kreis	.	.
Main-Taunus-Kreis	.	.
Odenwaldkreis	.	.
Offenbach	.	.
Rheingau-Taunus-Kreis	.	.
Wetteraukreis	1,7	7,9
Gießen	2,0	11,0
Lahn-Dill-Kreis	1,8	9,8
Limburg-Weilburg	2,1	10,2
Marburg-Biedenkopf	.	.
Vogelsbergkreis	.	.
Kassel, Stadt	4,8	23,9
Fulda	.	.
Hersfeld-Rotenburg	.	.
Kassel	1,7	10,9
Schwalm-Eder-Kreis	1,9	11,2
Waldeck-Frankenberg	1,9	11,3
Werra-Meißner-Kreis	2,6	14,7
Rheinland-Pfalz	1,7	8,8
Koblenz, Stadt	3,0	14,6
Ahrweiler	1,0	6,8
Altenkirchen (Westerwald)	1,5	8,0
Bad Kreuznach	2,1	10,9
Birkenfeld	2,4	10,7
Cochem-Zell	1,2	6,8
Mayen-Koblenz	1,7	8,8
Neuwied	1,9	10,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	1,8	7,6
Rhein-Lahn-Kreis	1,7	8,9
Westerwaldkreis	1,4	6,8
Trier, Stadt	2,5	9,8
Berncastel-Wittlich	1,2	5,7
Bitburg-Prüm	0,9	3,7
Daun	.	.
Trier-Saarburg	1,1	4,7
Frankenthal (Pfalz), Stadt	2,2	10,9
Kaiserslautern, Stadt	3,0	14,4
Landau in der Pfalz, Stadt	1,8	9,4
Ludwigshafen am Rhein, Stadt	2,7	14,8
Mainz, Stadt	2,4	10,3
Neustadt an der Weinstraße, Stadt	2,1	10,4
Pirmasens, Stadt	2,9	18,4
Speyer, Stadt	1,9	13,3
Worms, Stadt	2,3	11,9
Zweibrücken, Stadt	2,4	13,6
Alzey-Worms	1,4	7,4
Bad Dürkheim	1,2	6,3
Donnersbergkreis	1,7	9,4
Germersheim	1,5	7,4
Kaiserslautern	1,6	7,1
Kusel	1,3	8,6
Südliche Weinstraße	1,2	6,3
Rhein-Pfalz-Kreis	0,8	5,5
Mainz-Bingen	1,6	7,7
Südwestpfalz	.	.

^{*)} Ländereergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 15: Anteil von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten mit SGB II-Leistungen an allen Beschäftigten in Kreisen, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind - Teil 5 -

Januar 2007

Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind ^{*)}	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)	Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)
Baden-Württemberg	1,3	6,7
Stuttgart, Landeshauptstadt	2,1	10,5
Böblingen	1,2	6,2
Esslingen	1,3	6,5
Göppingen	1,3	6,5
Ludwigsburg	1,1	5,7
Rems-Murr-Kreis	1,2	6,5
Heilbronn, Stadt	1,7	10,2
Heilbronn	0,9	5,2
Hohenlohekreis	1,0	4,8
Schwäbisch Hall	1,3	5,5
Main-Tauber-Kreis	1,2	5,9
Heidenheim	1,5	7,0
Ostalbkreis	1,1	6,1
Baden-Baden, Stadt	2,1	9,6
Karlsruhe, Stadt	2,1	10,2
Karlsruhe	0,9	5,1
Rastatt	1,0	5,3
Heidelberg, Stadt	1,7	8,2
Mannheim, Universitätsstadt	2,7	13,7
Neckar-Odenwald-Kreis	1,0	5,5
Rhein-Neckar-Kreis	1,0	6,6
Pforzheim, Stadt	2,1	11,5
Calw	0,6	4,0
Enzkreis	0,5	3,4
Freudenstadt	0,7	4,2
Freiburg im Breisgau, Stadt	2,4	9,4
Breisgau-Hochschwarzwald	1,2	5,0
Emmendingen	1,3	5,1
Ortenaukreis	.	.
Rottweil	0,8	4,4
Schwarzwald-Baar-Kreis	1,1	6,5
Tuttlingen	.	.
Konstanz	1,5	7,0
Lörrach	1,6	6,6
Waldshut	.	.
Reutlingen	1,2	5,4
Tübingen	1,3	5,9
Zollernalbkreis	1,0	6,7
Ulm, Universitätsstadt	1,7	9,3
Alb-Donau-Kreis	0,9	4,0
Biberach	.	.
Bodenseekreis	.	.
Ravensburg	1,0	4,5
Sigmaringen	1,1	6,4

^{*)} Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 15: Anteil von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten mit SGB II-Leistungen an allen Beschäftigten in Kreisen, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind - Teil 6 -

Januar 2007

Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind ^{*)}	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)	Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)
Bayern	1,3	6,3
Ingolstadt, Stadt	1,9	9,6
München, Landeshauptstadt	1,5	7,4
Rosenheim, Stadt	1,7	9,7
Altötting	1,5	7,4
Berchtesgadener Land	1,3	4,7
Bad Tölz-Wolfratshausen	1,1	5,0
Dachau	0,7	3,2
Ebersberg	0,5	3,0
Eichstätt	0,5	2,4
Erding	0,8	3,5
Freising	0,5	2,5
Fürstenfeldbruck	1,0	4,6
Garmisch-Partenkirchen	1,1	3,6
Landsberg am Lech	0,9	4,2
Miesbach	.	.
Mühldorf a.Inn	1,1	6,6
München	0,5	3,0
Neuburg-Schrobenhausen	0,7	3,9
Pfaffenhofen a.d.Ilm	0,6	3,2
Rosenheim	0,9	3,4
Starnberg	0,8	3,4
Traunstein	1,1	4,3
Weilheim-Schongau	0,8	3,3
Landshut, Stadt	2,2	10,7
Passau, Stadt	1,7	9,4
Straubing, Stadt	2,7	14,1
Deggendorf	1,3	6,6
Freyung-Grafenau	0,7	5,4
Kelheim	0,7	4,4
Landshut	0,7	3,2
Passau	1,2	5,9
Regen	1,1	5,2
Rottal-Inn	0,8	4,4
Straubing-Bogen	1,0	4,0
Dingolfing-Landau	0,8	4,2
Amberg, Stadt	3,1	14,0
Regensburg, Stadt	2,4	11,2
Weiden i.d.OPf., Stadt	3,5	16,7
Amberg-Sulzbach	1,2	6,0
Cham	0,8	3,9
Neumarkt i.d.OPf.	0,7	3,3
Neustadt a.d.Waldnaab	1,3	5,7
Regensburg	0,9	4,1
Schwandorf	1,2	5,2
Tirschenreuth	1,1	7,5
Bamberg, Stadt	2,3	12,0
Bayreuth, Stadt	3,3	13,9
Coburg, Stadt	3,3	18,7

^{*)} Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 15: Anteil von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten mit SGB II-Leistungen an allen Beschäftigten in Kreisen, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind - Teil 7 -

Januar 2007

Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind ^{*)}	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)	Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)
Bayern	1,3	6,3
Hof, Stadt	3,6	22,1
Bamberg	0,9	4,6
Bayreuth	1,1	6,6
Coburg	1,6	9,8
Forchheim	0,8	5,5
Hof	1,5	11,1
Kronach	1,2	7,2
Kulmbach	1,7	10,3
Lichtenfels	1,5	9,4
Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2,0	13,0
Ansbach, Stadt	2,9	10,5
Erlangen, Stadt	.	.
Fürth, Stadt	2,3	12,3
Nürnberg, Stadt	3,1	16,7
Schwabach, Stadt	1,9	9,7
Ansbach	0,9	4,3
Erlangen-Höchststadt	0,7	3,5
Fürth	0,9	5,4
Nürnberger Land	0,9	5,1
Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	1,2	4,5
Roth	0,8	4,5
Weißenburg-Gunzenhausen	1,1	5,4
Aschaffenburg, Stadt	2,6	12,0
Schweinfurt, Stadt	.	.
Würzburg, Stadt	2,4	9,8
Aschaffenburg	1,0	4,3
Bad Kissingen	1,4	7,6
Rhön-Grabfeld	1,4	8,5
Haßberge	0,8	5,0
Kitzingen	1,2	5,6
Miltenberg	1,0	5,6
Main-Spessart	1,0	4,6
Schweinfurt	1,0	5,4
Würzburg	.	.
Augsburg, Stadt	2,5	11,8
Kaufbeuren, Stadt	2,2	11,5
Kempten (Allgäu), Stadt	2,0	7,6
Memmingen, Stadt	1,6	7,0
Aichach-Friedberg	0,6	2,9
Augsburg	0,7	3,7
Dillingen a.d.Donau	0,9	4,1
Günzburg	0,7	4,2
Neu-Ulm	0,9	4,5
Lindau (Bodensee)	1,0	4,6
Ostallgäu	0,7	3,1
Unterallgäu	0,5	2,7
Donau-Ries	0,6	3,3
Oberallgäu	0,9	3,8

^{*)} Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 15: Anteil von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnerten Beschäftigten mit SGB II-Leistungen an allen Beschäftigten in Kreisen, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind - Teil 8 -

Januar 2007

Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind *)	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)	Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnerten Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)
Saarland	2,3	11,0
Stadtverband Saarbrücken	3,1	14,7
Merzig-Wadern	1,7	7,9
Neunkirchen	2,3	11,2
Saarlouis	1,9	8,2
Saarpfalz-Kreis	1,4	8,6
St. Wendel	.	.
Berlin	6,0	30,8
Berlin, Stadt	6,0	30,8
Brandenburg	4,8	26,2
Brandenburg an der Havel, Stadt	6,0	35,7
Cottbus, Stadt	5,8	32,4
Frankfurt (Oder), Stadt	7,2	37,1
Potsdam, Stadt	4,0	20,0
Barnim	4,3	27,4
Dahme-Spreewald	4,0	21,2
Elbe-Elster	5,2	30,2
Havelland	4,8	24,4
Märkisch-Oderland	6,0	27,2
Oberhavel	.	.
Oberspreewald-Lausitz	6,2	31,7
Oder-Spree	.	.
Ostprignitz-Ruppin	.	.
Potsdam-Mittelmark	3,1	18,1
Prignitz	6,2	30,2
Spree-Neiße	.	.
Teltow-Fläming	3,5	21,7
Uckermark	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	6,1	29,4
Greifswald, Hansestadt	7,0	25,2
Neubrandenburg, Stadt	7,3	34,0
Rostock, Hansestadt	6,9	28,7
Schwerin, Landeshauptstadt	6,9	33,5
Stralsund, Hansestadt	8,3	36,9
Wismar, Hansestadt	6,2	31,1
Bad Doberan	4,4	23,5
Demmin	6,7	33,6
Güstrow	6,5	30,0
Ludwigslust	3,7	22,4
Mecklenburg-Strelitz	5,7	32,6
Müritz	6,5	30,7
Nordvorpommern	7,1	32,5
Nordwestmecklenburg	4,6	22,8
Ostvorpommern	.	.
Parchim	5,7	27,5
Rügen	7,4	30,4
Uecker-Randow	8,0	36,7

*) Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 15: Anteil von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten mit SGB II-Leistungen an allen Beschäftigten in Kreisen, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind - Teil 9 -

Januar 2007

Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind ^{*)}	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)	Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)
Sachsen	5,1	27,1
Chemnitz, Stadt	5,4	30,0
Plauen, Stadt	6,4	29,6
Zwickau, Stadt	6,0	31,1
Annaberg	5,1	24,0
Chemnitzer Land	4,6	24,5
Freiberg	4,3	22,9
Vogtlandkreis	4,4	20,4
Mittlerer Erzgebirgskreis	4,7	22,8
Mittweida	4,7	25,7
Stollberg	4,3	23,3
Aue-Schwarzenberg	5,7	27,8
Zwickauer Land	4,3	23,7
Dresden, Stadt	4,1	24,0
Görlitz, Stadt	8,1	42,6
Hoyerswerda, Stadt	7,1	35,1
Bautzen	.	.
Meißen	.	.
Niederschles. Oberlausitzkreis	4,7	28,2
Riesa-Großenhain	5,4	32,1
Löbau-Zittau	.	.
Sächsische Schweiz	4,8	27,4
Weißeritzkreis	4,3	23,4
Kamenz	.	.
Leipzig, Stadt	6,4	29,9
Delitzsch	5,3	30,8
Döbeln	.	.
Leipziger Land	5,5	29,1
Muldentalkreis	.	.
Torgau-Oschatz	5,1	29,1
Sachsen-Anhalt	5,7	28,4
Dessau, Stadt	5,5	26,8
Anhalt-Zerbst	.	.
Bernburg	.	.
Bitterfeld	6,6	29,5
Köthen	5,9	31,4
Wittenberg	5,1	27,0
Halle (Saale), Stadt	6,9	28,3
Burgenlandkreis	6,0	31,2
Mansfelder Land	7,1	32,5
Merseburg-Querfurt	.	.
Saalkreis	2,5	19,1
Sangerhausen	6,5	30,5
Weißenfels	5,8	30,3
Magdeburg, Landeshauptstadt	6,2	28,0
Aschersleben-Staßfurt	6,7	34,7
Bördekreis	5,0	24,3
Halberstadt	5,3	29,5
Jerichower Land	5,0	25,4
Ohrekreis	3,6	19,7
Stendal	6,8	33,6
Quedlinburg	6,6	32,4
Schönebeck	.	.
Wernigerode	.	.
Altmarkkreis Salzwedel	3,4	24,9

^{*)} Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

Tabelle 15: Anteil von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnenden Beschäftigten mit SGB II-Leistungen an allen Beschäftigten in Kreisen, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind - Teil 10 -

Januar 2007

Kreise, deren Daten im Fachverfahren A2LL vollständig enthalten sind *)	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)	Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnenden Beschäftigten (am Wohnort), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen (in Prozent)
Thüringen	4,0	22,8
Erfurt, Stadt	6,0	29,2
Gera, Stadt	6,4	32,2
Jena, Stadt	.	.
Suhl, Stadt	3,6	27,7
Weimar, Stadt	5,3	27,1
Eisenach, Stadt	4,2	24,8
Eichsfeld	.	.
Nordhausen	4,8	24,5
Wartburgkreis	2,5	17,4
Unstrut-Hainich-Kreis	4,2	22,5
Kyffhäuserkreis	5,4	27,4
Schmalkalden-Meiningen	3,0	18,9
Gotha	3,9	23,8
Sömmerda	4,9	22,1
Hildburghausen	2,4	17,3
Ilm-Kreis	4,3	25,9
Weimarer Land	4,0	24,8
Sonneberg	3,0	16,8
Saalfeld-Rudolstadt	3,9	24,2
Saale-Holzland-Kreis	3,5	20,4
Saale-Orla-Kreis	3,8	20,5
Greiz	4,2	24,1
Altenburger Land	5,7	31,2

*) Länderergebnisse wurden hochgerechnet.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Weiterführende Informationen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit finden Sie im Internet unter:

Direkt: <http://statistik.arbeitsagentur.de>

Von der Startseite aus gelangen Sie zu aktuellen statistischen Informationen und Erläuterungen.
Neben dem aktuellen Arbeitsmarktbericht können Sie auf ältere Fassungen zugreifen unter:

Publikationen

Hintergründe zur Statistik nach dem SGB und zur **Datenübermittlung nach § 51 b SGB II** finden Sie unter dem Auswahlpunkt:

Informationen (SGB II / SGB III)

Tabellen und Zahlensammlungen finden Sie unter

Detaillierte Übersichten
Detaillierte Übersichten unter SGB III und SGB II (ab Januar 2005)
bzw. Detaillierte Übersichten unter SGB III (bis Dezember 2004)

Statistiken zur **Beschäftigung** finden Sie unter der Kategorie "**Beschäftigung**":

Direkt: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/b.html>

Statistiken zur **Arbeitslosigkeit** finden Sie unter der Kategorie "**Arbeitsmarkt**":

Direkt: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/a.html>

Auf dieser Seite finden Sie u.a. das zusammenfassende monatliche Heft „Arbeitsmarkt in Zahlen, Aktuelle Daten“ und je Bundesland das monatliche Heft „Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslosigkeit und Grundsicherung für Arbeitsuchende“

Statistiken zur **Arbeitsförderung** finden Sie unter der Kategorie "**Förderung**":

Direkt: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/f.html>

Statistiken zur **Grundsicherung für Arbeitsuchende** finden Sie unter der Kategorie "**Entgeltersatzleistungen und andere finanzielle Leistungen**":

Direkt: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/l.html>

Statistiken in speziellen **Zusammenstellungen für Kreise** unter der Kategorie "**Kreisdaten**":

Direkt: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/q.html>

Auf dieser Seite stehen Ihnen auch statistische Informationen zum Thema "Arbeitslose in optierenden Kommunen" zur Verfügung, die auch Erläuterungen zur Korrektur durch regressionsanalytische Schätzung umfassen.

Für weitere Datenwünsche, Sonderauswertungen und Auskünfte:

Bundesagentur für Arbeit
Statistik Datenzentrum
Telefon: +49 911/ 179 - 3632 (Hotline)
Fax: +49 911/ 179 - 1131
E-Mail: service-haus.statistik-datenzentrum@arbeitsagentur.de
Post: Regensburger Straße 104, 90478 Nürnberg